

AutorInnenkollektiv

# ¿Qué pasa?

was passiert ? what happens ?

## Entwicklungszusammenarbeit, Biopiraterie und Aufstandsbekämpfung

*Neue Formen der Ausbeutung im  
21. Jahrhundert in Mexiko & Zentralamerika*



(...und so weiter...)

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>Der Pfad des Panthers</b> Bipiraterie in Zentralamerika und Mexiko	<b>4</b>
<b>Die Rolle der GTZ bei der Aufstandsbekämpfung in Chiapas / Mexiko</b>	<b>6</b>
<b>Überleben im Pulverfass Montes Azules</b>	<b>8</b>
<b>Ökonomische Interessen am Biosphärenreservat Montes Azules</b>	<b>10</b>
<b>Das EU-Chiapas-Projekt</b> Analyse und Kommentare lokaler Organisationen zum Entwicklungshilfeabkommen "Soziale und Nachhaltige Entwicklung in Chiapas"	<b>12</b>
<b>Bedroht und begehrt - Biodiversität im guatemalteckischen Petén</b>	<b>16</b>
<b>Kurzinfo zu Public Private Partnerships (PPP)</b>	<b>18</b>
<b>Strategien zur Sicherung genetischer Ressourcen</b>	<b>19</b>
<b>Landfrage, Entwicklungsmodell und Bevölkerungspolitik in Lateinamerika</b>	<b>22</b>
<b>„Entwicklungszusammenarbeit“ und genetische Ressourcen</b>	<b>24</b>
<b>Naturschutzkonzepte im Wandel: Der Schutz biologischer Vielfalt</b>	<b>25</b>
<b>Grüne Kolonisierung</b> Starbucks und Conservation Internation in Chiapas	<b>28</b>
<b>Sponsoren von Conservation International</b>	<b>31</b>
<b>Die Subsistenzperspektive</b>	<b>31</b>
<b>Im Vorfeld deutscher Auslandsinteressen</b> Entwicklungspolitik als Teil neokolonialer Aggressionspolitik	<b>35</b>
<b>Zu Verflechtungen und Strategie von GTZ, Regierungen und NGOs im mesoamerikanischen biologischen Korridor</b>	<b>39</b>
<b>Die Abkommen von San Andrés</b> Der Disput um die Anerkennung der indigenen und ländlichen Selbstverwaltung in Mexiko - Vergleich der Abkommen von San Andrés mit der COCOPA-Gesetzesinitiative, ILO-Konvention 169 und "reforma light" der mex. Regierung	<b>41</b>
<b>Revolutionäres Agrargesetz der EZLN</b> (Dezember 1993)	<b>44</b>
<b>Umweltschutz innerhalb der zapatistischen Selbstverwaltung</b> Bestimmungen der Juntas der Guten Regierung (August 2004)	<b>45</b>
<b>Deklaration des I. Chiapanekischen Treffens gegen Neoliberalismus</b>	<b>46</b>
<b>Plan Puebla Panamá</b>	<b>49</b>
<b>GTZ-Projekt setzt Ureinwohner unter Druck</b> (Dokumentation Pro Regenwald)	<b>50</b>

# Vorwort

Mit dem vorliegenden Reader soll den Leserinnen und Lesern eine Recherche zur komplexen Problematik von Entwicklungszusammenarbeit, Biopiraterie und Aufstandsbekämpfung in Mittelamerika zur Verfügung gestellt werden.

Glaut man den jüngeren Verlautbarungen von Regierungen und Konzernen, so scheinen sich alle um ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zu bemühen.

Bei näherem Hinsehen wird allerdings deutlich, dass diese Akteure, die in entscheidendem Maße für globale Ausbeutung und Naturzerstörung verantwortlich sind, ihren Diskurs bei Nichtregierungsorganisationen, Menschenrechtsgruppen, linken Organisationen und Aufstandsbewegungen gestohlen haben, um ihre Aktivitäten von Ausbeutung und Aneignung genetischer Ressourcen zu verschleiern. Der Kapitalismus muss wachsen und dadurch befinden sich die ProtagonistInnen des Kapitals in einer permanenten Krise, denn sie müssen neue Orte finden, in denen diese zerstörerische Wirtschafts- und Gesellschaftsform weiter expandieren bzw. Ausbeutungspotential finden kann.

Die Menschen in Lateinamerika, denen Konzerne und Regierungen ihre "Entwicklungsprogramme" aufdrängen, benötigen keine Hilfsprogramme der bisherigen Art. Sie benötigen nicht diese Almosen, sondern reale Rechtsansprüche und Land, um überleben zu können. Sie benötigen auch keine "gnädigen" Partnerstaaten aus den wohlhabenden Regionen der Erde.

Im Rahmen kommunaler und überregionaler Selbstverwaltung entwickeln die indigenen, ländlichen und städtischen Gemeinschaften mittels ihrer Basisorganisationen gangbare und hoffnungsvolle Wege, um aus dem Teufelskreis von Armut und Perspektivlosigkeit auszubrechen. Die zapatistische Bewegung in Chiapas/Mexiko ist dabei ein Beispiel unter vielen.

Diese Broschüre soll Hintergründe aufzeigen, Strukturen durchleuchten und zu kreativer Weiterrecherche und zu phantasievollem Handeln anregen.

*Viel Spaß beim Lesen & alles Gute beim Agieren,*

***das AutorInnenkollektiv***

*(Dezember 2004)*

---

Bestelladresse des Readers:

Infoladen Bankrott

Dahlweg 64

48153 Münster

[bankrott@free.de](mailto:bankrott@free.de)

*( 2,- Euro plus Porto )*

V.i.S.d.P.: E. Goldmann, Wolbecker Str. 30, 48155 Münster

# Der Pfad des Panthers

## Biopiraterie in Zentralamerika und Mexiko

***Unter dem Deckmantel von „entwicklungspolitischen Projekten“, die die biologische Vielfalt der zentralamerikanischen Länder und Mexikos schützen sollen, wirtschaften sich internationale Konzerne und Pharmabetriebe in die eigene Tasche. Belange der lokalen Bevölkerung werden dabei nicht berücksichtigt. Im Gegenteil: Die Maßnahmen werden notfalls auch mit Gewalt durchgesetzt und oft wird, nicht einmal versteckt, eine gezielte Vertreibung der in den Regionen lebenden Menschen voran getrieben. Unterstützt werden diese Projekte nicht allzu selten von der deutschen GTZ.***

Der Pfad des Panthers zieht sich durch Zentralamerika. Dieser Pfad sollte jedoch eher den Namen „Heerstraße für Biopiraten“ tragen. Denn was als Schutz für die biologische Vielfalt Zentralamerikas angekündigt wurde, öffnet internationalen Konzernen Tür und Tor und trägt zur Vertreibung der Bevölkerung bei. Ursprüngliches Motiv für den Paseo Pantera war wohl eher eine Art vorbeugende Aufstandsbekämpfung. Denn die dicht bewaldeten Regionen Zentralamerikas, in Kombination mit der dort herrschenden Armut, seien, so die absurde Argumentation, eine Brutstätte für bewaffnete Aufstände.

### **Scheinheilige Konzepte**

Die Idee des Pantherpfades, die 1989 auf einem Treffen zum Schutz und der Erschließung der biologischen Vielfalt Zentralamerikas entstand, steckt voller scheinheiliger Konzepte. Ein Beispiel ist die einseitige Propagierung des Öko-Tourismus als vermeintliches Mittel zur Armutsbekämpfung. Man stelle sich die astronomische Zahl an Öko-Touristen vor, die erforderlich wäre, um den 20 Millionen marginalisierten Campesin@s dieser Region ein halbwegs erträgliches Auskommen zu verschaffen.

Parallel zu der Idee des Paseo Pantera wurde von den Präsidenten Zentralamerikas eine Umweltschutz-Charta verabschiedet, auf deren Grundlage die Zentralamerikanische Kommission für Umwelt und Entwicklung (CCAD) geschaffen wurde. Durch den Umweltgipfel 1992 in

Rio und eine Finanzspritze von der US-„Entwicklungshilfe“-Behörde (USAID) erhielt das Projekt weiteren Auftrieb. Auf einem von der CCAD und der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) geförderten Seminar, das 1995 in San José, Costa Rica, unter dem Motto „Die biologische Vielfalt Mittelamerikas: Diagnose der ihren Schutz beeinflussenden Faktoren und ein Entwurf zur regionalen Strategie für ihren Schutz und ihre Wiederherstellung“ stattfand, wurde der Paseo Pantera in Corredór Biológico Mesoamericano (CBM) umgetauft. Der CBM ist als Kette von Biosphärenreservaten geplant, deren Kerngebiete durch Pufferzonen geschützt und die durch grüne Korridore miteinander verbunden werden sollen.

Der offizielle Startschuss für den CBM wurde auf dem 19. Gipfeltreffen der Präsidenten der sieben zentralamerikanischen Länder sowie Mexikos am 11. und 12. Juni 1997 in Panama-Stadt gegeben. Für die ersten drei Jahre, die Vorbereitungsphase, waren 39 Millionen US-Dollar vorgesehen, darunter 15 Millionen US-Dollar von der EU. Inzwischen beläuft sich das direkte Finanzvolumen, das für den CBM geplant ist oder bereits ausgegeben wurde, auf 840 Millionen US-Dollar, davon über zehn Prozent für den Zeitraum 2001-2008 im mexikanischen Teil des CBM.

### **Geostrategische Interessen**

Somit ist dieses zu einem wesentlichen Anteil von der Weltbank finanzierte Projekt umfangreicher als der Plan Puebla Panama (PPP). Nach Einschätzung des Experten A. López Ramírez sind die Projekte CBM und PPP komplementär und dienen den geostrategischen Interessen des

Nordens, insbesondere der USA. Einem Dokument der Geberkonferenz vom Oktober 1998 in Paris ist zu entnehmen, dass es sich beim CBM um ein „territorial organisiertes System handelt, das aus Naturschutzgebieten unter spezieller administrativer Kontrolle, Kernzonen, Pufferzonen und vielfältig genutzten, miteinander verbunden Gebieten besteht.“ In den Beschreibungen der zahlreichen Einzelprojekte des CBM ist stets in erster Linie die Rede vom Schutz der biologischen Vielfalt beziehungsweise der Flora und Fauna der Regenwälder. Erst in zweiter Linie – und um diesen Schutz zu erreichen – wird von der Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung gesprochen. Dabei soll hier nicht in Abrede gestellt werden, dass eine an den sozialen Bedürfnissen orientierte, umweltverträgliche Bewirtschaftung von Regionen mit hoher Biodiversität wünschenswert und möglich wäre.

### **Vertreibung der Bevölkerung...**

Die Abkopplung „entwicklungspolitischer“ Maßnahmen vom konkreten sozialen und politischen Kontext (ungeklärte nationale Landfragen, Krieg niedriger Intensität gegen bäuerlich-indigene Rebellionen wie in Chiapas) führt jedoch zu der Schlussfolgerung, dass es in Wirklichkeit darum geht, unter dem Deckmantel der Sozialpolitik

die Bevölkerung besser kontrollieren zu können und Land für großflächige Projekte frei zu bekommen.

Exemplarisch ist das auf 2,56 Millionen Euro ausgelegte Projekt der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vom 03.09.2002 zum Schutz des Biosphärenreservats Bosawas in Nicaragua. Die Mittel stehen hier „zu etwa gleichen Teilen für intensive Schutzmaßnahmen (Demarkierungen, Bau und Ausrüstung von Kontrollpunkten, Beschaffung von Fahrzeugen, Booten, Kommunikationsmitteln etc.) und für kleinere Projekte der sozialen und gegebenenfalls wirtschaftlichen Infrastruktur“ zur Verfügung. Das Projekt richtet sich „vor allem an die indianische Ethnie der Mayangna (etwa 10.000 Zugehörige) sowie die bäuerliche Mestizenbevölkerung (etwa 45.000 Zugehörige) als Zielgruppe.“ Was die Zielgruppen erwartet, wenn sich die Demarkierungen, Kontrollpunkte, Fahrzeuge, Boote und Kommunikationsmittel „an sie richten“, ist in der Projektkurzbeschreibung nicht ausgeführt.

Wie aus Versammlungen mit den lokalen Kazikes (und vermutlichen Nutznießern der „kleineren sozialen Projekte“) herausickerte, wurde dort ziemlich unverblümt ausgesprochen worum es geht: um die Vertreibung der dort ansässigen Bevölkerung, unterstützt durch die GTZ. Eine analoge Situation findet sich in den Montes Azules in Chiapas. Auch dort werden bestimmte Bevölkerungsgruppen instrumentalisiert, um die Vertreibungspolitik gegen andere Teile der Bevölkerung durchzusetzen.

### **...getarnt als**

#### **sozialverträgliche Umsiedlung**

In einer weiteren KfW-Projektbeschreibung für das Biosphärenreservat Río Plátano in Honduras steht unter dem Punkt Gestaltung explizit: „Durchführung einer sozialverträglichen Umsiedlung der Familien, die im Kerngebiet des Nationalparks leben“. Dass das euphemistische Adjektiv „sozialverträglich“ keinen

Pfifferling wert ist, wissen wir unter anderem von den Montes Azules, wo die „freiwillig“ vertriebene Gemeinde Lucio Cabañas fünf Monate an der Nase herumgeführt und danach fallen gelassen wurde.

In diesem Sinne kritisieren auch MitarbeiterInnen der Nichtregierungsorganisation WEED die GTZ-Projekte im CBM dahingehend, „dass die Planung beider Schutzgebiete (Bosawas und Río Plátano, d. A.) ohne ausreichende Beteiligung der indigenen Bevölkerung erfolgte. Verstöße gegen das Verbot der Bewirtschaftung traditionell genutzter Agrarflächen werden vom Staat mit Härte verfolgt, illegaler Einschlag großer Holzfirmen dagegen wird selten verfolgt.“ Die GTZ ist darin geübt, die Interessen der lokalen Bevölkerung zu ignorieren und diese, bei gleichzeitiger Favorisierung großer Holzfirmen unter Druck zu setzen.

Interessant ist auch, dass die GTZ auf einer Veranstaltung im Mai 2003 öffentlich beteuerte, dass sie sich nicht in Chiapas engagieren würde, weil es ein Konfliktgebiet sei. Neun Monate später jedoch erschienen fünf Stellenausschreibungen für ein GTZ-Projekt in eben dieser Region, bei dem es unter anderem um die Kommerzialisierung von Heilpflanzen geht.

Warum interessieren sich die Regierungen der Industrieländer dafür, in Zentralamerika Naturschutz zu betreiben? Die Vorgeschichte lässt sich bis in die 70er Jahre zurück verfolgen. Der damalige mexikanische Präsident Echeverría dekretierte in den Montes Azules in Chiapas ein Naturschutzgebiet, um damit Interessengruppen aus den Ländern des Nordens zu gefallen.

#### **Das grüne Gold der Gene**

Das verstärkte Interesse an der biologischen Vielfalt des Südens hat eine Reihe von Gründen. Zum Teil erwuchs es aus dem in den Industriestaaten entstandenen Bewusstsein um sich abzeichnende globale Umweltprobleme in den 60er/70er Jahren. Später kamen handfeste wirtschaftliche Interessen am „grünen Gold der Gene“ und an anderen Aspekten der Inwertsetzung biologischer Ressourcen hinzu.

In einer Publikation des World Resources Institute werden die

„Waren und Dienstleistungen“ aufgelistet, die man von den zentralamerikanischen Ökosystemen erwartet: genetische Ressourcen, die Beseitigung von Luftverschmutzung sowie die Bewahrung von Trinkwasserreserven und Biodiversität. Als „wünschenswerte Ergebnisse“ des CBM wird auf die „Entstehung nationaler und internationaler Märkte für Umweltprodukte und -dienstleistungen“ verwiesen. Biologische Vielfalt und genetische Ressourcen sollen als Innovationsquelle für die „Life-Science-Industrie“ dienen, insbesondere von pharmazeutischen Konzernen wird diese „Biopiraterie“ betrieben. Bei der Beseitigung von Luftverschmutzung geht es um die Nutzung tropischer Wälder als CO<sub>2</sub>-Senken im Rahmen des aus dem Kyoto-Protokoll resultierenden Emissionshandels. Die eigentlichen NutznießerInnen befinden sich in beiden Fällen meist außerhalb jener Länder, wo die konkreten Maßnahmen zum Schutz der Natur notfalls mit Gewalt gegen die lokale Bevölkerung durchgesetzt werden.

#### **Zahlungskräftige PatientInnen werden bedient**

Biopiraterie hilft in erster Linie den Gewinnspannen der Pharmakonzerne und in zweiter der Behandlung zahlungskräftiger Patienten. Das Konzept der CO<sub>2</sub>-Senken in Ländern der sogenannten „Dritten Welt“ stellt ein eklatantes Beispiel für die neokoloniale Handhabung von Umweltproblemen des Nordens dar. Durch die Möglichkeit des Emissionshandels hat man Billiglösungen auf Kosten des Trikonts für transnationale Konzerne geschaffen, anstelle diesen Emissionsvermeidungen aufzuerlegen. Davon abgesehen stellt es aus geoökologischer Sicht ein unsinniges Konzept dar.

CO<sub>2</sub>, das durch die Verbrennung fossiler Energie erzeugt und anschließend „versenkt“ wird, ist nicht tatsächlich verschwunden, sondern wird nach etwa hundert Jahren wieder freigesetzt, wenn die „Senken“ abgeholzt und verbrannt oder verrotten sind.

### Schlüsselrolle der GTZ

Die GTZ als wichtigste deutsche „Entwicklungshilfe“-Institution hat eine Schlüsselrolle bei der Durchsetzung dieser Konzepte in Zentralamerika. Sie muss sich dem Vorwurf der Beihilfe zu systematischen Menschenrechtsverletzungen stellen, wenn sie rigiden Naturschutz in

Regionen, in denen ungelöste Landfragen so gravierend sind wie in Südmexiko, Guatemala, Honduras und – inzwischen wieder – in Nicaragua, zu verantworten hat.

aus: Lateinamerika Nachrichten 361/362

---

## Die Rolle der GTZ bei der Aufstandsbekämpfung in Chiapas, Mexiko

Am 27. Januar 2004 unterzeichnete die EU mit der Bundesstaatsregierung von Chiapas ein Abkommen über eine Finanzhilfe von 15 Mio. Euro für das Projekt *„Soziale und nachhaltige Entwicklung in der Selva Lacandona“*. Ziel dieses Projektes soll es sein, *„die Anstrengungen der Regierung von Chiapas beim Kampf gegen die Armut zu unterstützen und zum Schutz der natürlichen Ressourcen im Lakandonischen Regenwald beizutragen“*.

Die GTZ agiert als Durchführungsorganisation für die EU und schrieb im Herbst 2003 sechs Stellen für das Chiapas-Projekt aus. Ein Arbeitsschwerpunkt der GTZ soll neben der Beratung der Gemeinden bei der Umstellung auf *„ressourcenschonende Anbaumethoden“* auch die *„Identifizierung“* vermarktungsfähiger Produkte und Sektoren wie Ökotourismus, Ethnotourismus, Forstwirtschaft, Kaffee, Honig, Kunsthandwerk, Heilpflanzen und Umweltdienstleistungen sein. Neben einer Zusammenfassung aller ökologischen, ökonomischen und politischen Daten über die Selva wird eine verwaltungstechnische Neuordnung sowie eine Infrastruktur- und Territorialplanung für das bisher noch recht unerschlossene Gebiet angestrebt. Nutznießer des Projektes sollen indigene Gemeinden in 7 Verwaltungsbezirken der Selva Lacandona sein. Tatsächlich wurden diese Gemeinden zum Inhalt des Projektes nie konsultiert.

Das Brisante an der Investition dieser 15 Mio. Euro ist, daß die 7 Zielbezirke für das Projekt rund um das Biosphärenreservat Montes Azules liegen, das aufgrund von ungelösten politischen Konflikten und Landkonflikten ein Pulverfaß innerhalb von Chiapas ist. In den Montes Azules stehen die Interessen von lokalen Machthabern, Regierung und Unternehmen den Autonomieforderungen der marginalisierten indigenen Landbevölkerung diametral gegenüber. Während die mittellosen SiedlerInnen in der Regel vor Jahren oder gar

Jahrzehnten ihre Heimatdörfer wegen Landmangel oder oppositioneller Haltung verlassen mußten und in die Selva gingen, um überleben zu können, befürchten Staat und Wirtschaft einen Einfluß- und Einkommensverlust in der Region und drohen mir gewaltsamen Vertreibungen. Insgesamt sind bis zu 49 Gemeinden räumungsbedroht. Etliche unter ihnen gehören zur sozialen Basis der zapatistischen Befreiungsbewegung EZLN, die sich seit 1994 im Aufstand befindet, und die mit ihren gerechten Forderungen nach Land, Freiheit, Demokratie und Autonomie für die indigenen Völker von Chiapas die Sympathie und Solidarität von Tausenden von Menschen in Mexiko und auf der ganzen Welt erworben hat.

Seit 1994 führt die mexikanische Regierung einen Krieg niedriger Intensität gegen die EZLN und die indigenen Gemeinden im Widerstand. Chiapas ist hochmilitarisiert, Repression und Menschenrechtsverletzungen sind tagtägliche bittere Realität. Da eine militärische Zerschlagung der zapatistischen Bewegung politisch nicht tragbar ist, gingen die mexikanische und die chiapanekische Regierung zu einer sozioökonomischen Aufstandsbekämpfung über. Die EZLN und die zapatistischen Basisgemeinden, die mit Hilfe einer breiten Solidaritätsbewegung immer erfolgreicher ihre Streben nach Autonomie (nicht zu verwechseln mit Separatismus) umsetzen, sollen durch soziale und ökonomische Projekte gespalten, in ihrem Widerstand gebrochen und in der Öffentlichkeit delegitimiert werden. Diese Strategie verspricht erfolgreich zu sein, splittert sie doch die indigenen Gemeinden



weiter auf und trennt sie in regierungstreue "gekaufte" Gemeinden und in regierungsunabhängige zapatistische Gemeinden. Die zapatistischen Gemeinden, obwohl genauso bitteram wie die anderen indigenen Gemeinden in Chiapas, nehmen bereits seit langer Zeit keine Regierungsgelder mehr an. Gerade deshalb sind die jetzigen Bestrebungen der chiapanekischen Regierung zur "sozioökonomischen Entwicklung in der Selva Lacandona", zu deren Handlanger sich die EU und die GTZ machen, so fatal.

Aber Deutschland und die EU verfolgen im Wettlauf mit den USA auch eigene geostrategische und wirtschaftliche Interessen in dem Gebiet. Was im offiziellen Sprachjargon von GTZ und EU als Anstrengung zur Verringerung von Armut und zum Schutz der Biodiversität verkauft wird, ist bei genauerer Betrachtung eine "markt- und kapitalgerechte" Umgestaltung der indigenen Gemeinden.

Im Klartext bedeutet eine Umstellung der Gemeinden auf "ressourcenschonende" Anbaumethoden und die Suche nach vermarktungsfähigen Alternativprodukten die Zerstörung der bisherigen bäuerlichen Subsistenzproduktion und die Degradierung der Indígenas zu Umwelt- und Tourismusdienstleistern, die von der Vermarktung der sie umgebenden Biodiversität und ihrer eigenen indigenen Kultur leben sollen.

Die geplante "Datenerfassung" der GTZ wird die Aufstandsbekämpfung gegenüber der EZLN erleichtern, die eines ihrer Rückzugsgebiete in der Selva Lacandona hat. Infrastruktur- und Territorialplanung sind der erste Schritt für die kommende Inwertsetzung der Selva. Bei den Bemühungen der GTZ geht es nicht allein um Ökologie, sondern vor allem darum, die staatliche Kontrolle wieder herzustellen und die Zugangsvoraussetzungen zum Lakandonischen Regenwald und insbesondere zum Biosphärenreservat Montes Azules für Transnationale Konzerne zu schaffen. Erst dann werden diese dort gewinnbringend investieren können. Diese haben bereits großes Interesse angemeldet, denn es ist nicht wenig, was sich in der Selva Lacandona an Ressourcen befindet: Erdöl, Erdgas, Mineralien, Uran, Edelhölzer und eine einzigartige Biodiversität. 3,7 Billionen Barrel Rohöl werden in dem Regenwaldgebiet vermutet, eine Lagerstätten erkundung betrieben die USA dort schon nach dem 2. Weltkrieg. Ende der 90er Jahre rückte die Selva Lacandona noch stärker in das Blickfeld mexikanischer Regierungsstellen und internationaler Konzerne, sei es als hochinteressantes Gebiet für die Prospektion und Patentierung pflanzengenetischer Ressourcen oder als Region für Megaprojekte im Rahmen des Plan Puebla Panamá.

Für eine Sicherstellung der zu erwartenden Investitionen arbeitet die mexikanische Regierung mit

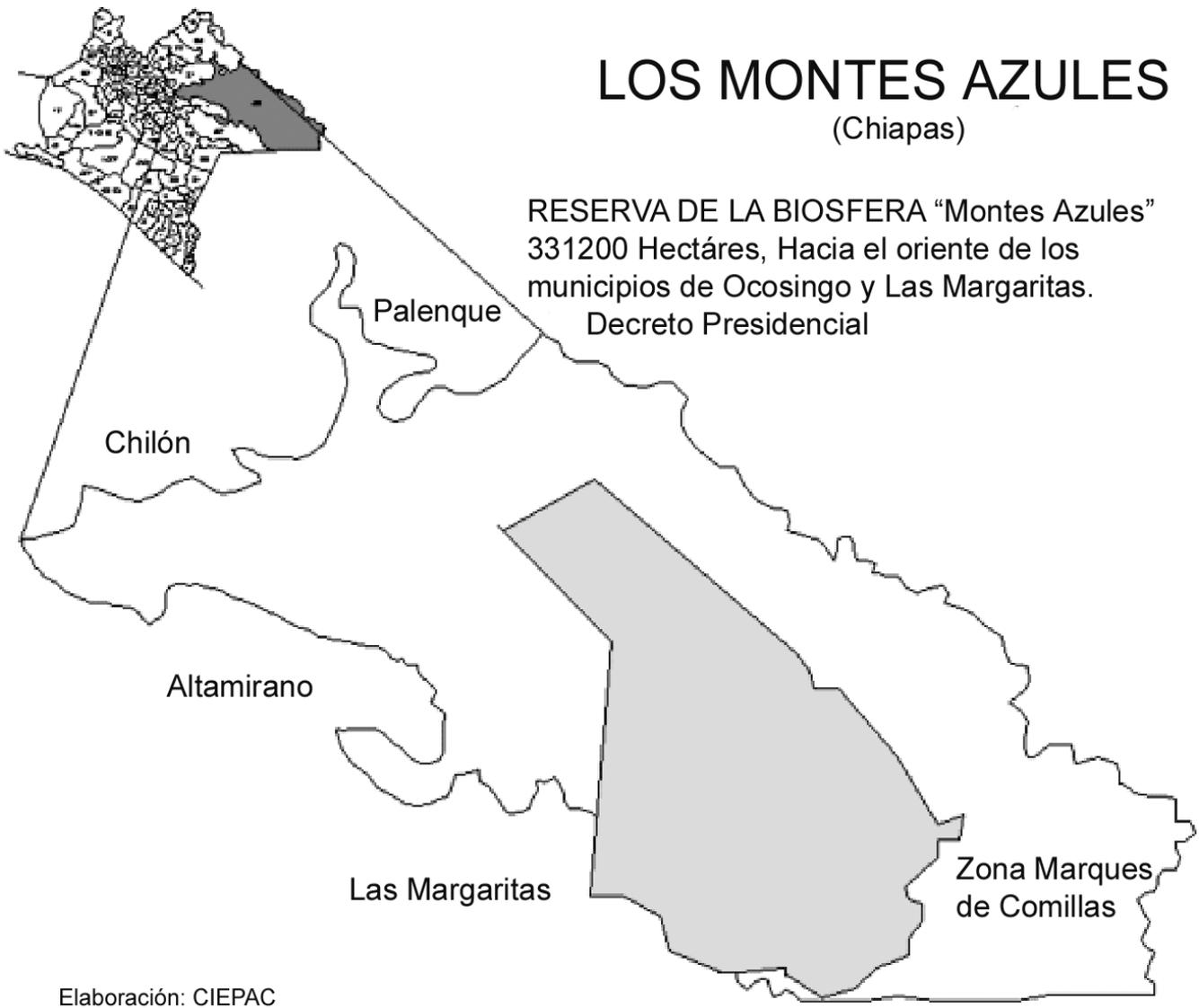
Lobbyorganisationen wie Conservation International zusammen, die, als Umwelt-NGO getarnt, eine Ökologisierung des Konfliktes um das Biosphärenreservat Montes Azules betreibt, um öffentliche Akzeptanz für die Vertreibung unerwünschter Siedlungen zu schaffen. Argumentiert wird, daß die Siedlungen durch ihre Subsistenzwirtschaft eine massive Abholzung des Regenwaldes betreiben. Regierungskritische NGOs wie Global Exchange und CIEPAC (Zentrum für ökonomische und politische Studien aus Chiapas) konnten hingegen belegen, daß die Hauptgründe für die Zerstörungen in extensiver Viehwirtschaft, Holzeinschlag, Straßenbau und massivem Aufbau von Militärposten liegen. Die Ökologisierung des Konfliktes in den Montes Azules ist auch Teil der Aufstandsbekämpfungsstrategie der mexikanischen Regierung.

In Wahrheit aber geht es um knallharte ökonomische Interessen in dem Gebiet. Dem Vernehmen nach ist Firma Monsanto an Bioprospektionsprojekten interessiert, der mexikanische Gentech-Multi Grupo Pulsar forciert den Anbau gentechnisch veränderter Bäume, Coca Cola betreibt die Privatisierung von Süßwasserquellen, Intel ist an der Ausbeutung von Mineralien für die Microship-Produktion interessiert, „Öko“tourismus-Unternehmen, Erdöl- und Holzfirmen möchten investieren. Im Rahmen des Plan Puebla Panamá sind eine neue Autobahn, Ölfördertürme und ein Staudammprojekt am Rio Usumacinta vorgesehen. Fakt ist, daß die EZLN und die indigenen Gemeinden im Regenwald stören, und das nicht wegen der angeblichen Schädigung des Regenwaldes, sondern vielmehr wegen der Unsicherheit für die geplanten Investitionen.

Es ist eine Farce, daß die GTZ behauptet, mit ihrem Projekt eine "soziale und nachhaltige Entwicklung" in der Selva Lacandona zu fördern. Das Gegenteil ist der Fall. Die politischen Forderungen der Indígenas - Umsetzung des Abkommens von San Andrés, Respektierung ihrer Rechte entsprechend der ILO-Konvention 169, Wiedereinsetzung des Artikels 27 der mexikanischen Verfassung, Anerkennung der Autonomie der indigenen Gemeinden, Landreform und Beendigung des Krieges in Chiapas - werden von Seiten der EU und der GTZ bei ihren Bestrebungen vollständig ignoriert. Das EU-Projekt wird die Gemeinden in der Selva Lacandona noch stärker polarisieren. Dies bedeutet eine Verschärfung des politischen Konfliktes in Chiapas und eine weitere Destabilisierung der gesamten Region.

# Überleben im Pulverfass Montes Azules

**In dem artenreichen Naturschutzgebiet im lakandonischen Urwald in Chiapas / Mexiko schwelt seit Jahren ein hochkomplexer Konflikt zwischen verschiedenen Interessengruppen. Zahlreiche Gemeinden, darunter Unterstützungsbasen der zapatistischen Befreiungsarmee EZLN sind bis heute von Räumung bedroht.**



Das Biosphärenreservat Montes Azules (REBIMA) umfasst 331.200 ha und liegt in der Selva Lacandona im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas. 1972 war per Präsidentenbeschluss die "Comunidad Lacandona" (lakandonische Gemeinschaft) gegründet worden, ein Gebiet von 614.321 ha. Innerhalb dieser Ländereien liegen 75% des REBIMA.

Damals überschrieben Präsident Luis Echeverría und Gouverneur Manuel Velasco "nur 66 Caribes-Maya-Familien (die fälschlicherweise 'Lakandonen' genannt werden)" die Rechte für das Gebiet "womit das vorhergehende Landrecht 47 indigener Siedlungen (4.000) Familien von Tzeltales, Tzotziles, Ch'oles und Tojolabales [...], die in diesem Gebiet seit den 50er und 60er Jahren ansässig waren und von denen sogar

*17 schon über einen Präsidentenbeschluss verfügten, verletzt wurde"* (Guerrero 2003).

Das REBIMA, eine der Regionen Mexikos mit der höchsten biologischen Vielfalt, wurde schon seit Jahrzehnten als Überdruckventil für ungelöste Landkonflikte im Süden Mexikos genutzt, da der Staat sich weigerte, die Ländereien der Großgrundbesitzer anzutasten. Seit den 70er Jahren prallen die Interessen der verschiedenen indigenen Siedlungen einerseits und die der "lakandonischen" Clan-Chefs, des Staates und der Privatwirtschaft andererseits frontal aufeinander. Denn seit 1974 hatte die halbstaatliche Firma COFOLOSA unter Obhut des Präsidenten mit den ursprünglich aus der Karibik stammenden "Lakandonen" einen Vertrag "zur Ausbeutung von

35.000 Kubikmetern Holz jährlich gegen 5.000 \$ pro Halbjahr für Bergerechte an jede der 66 Caribes-Familien" geschlossen (Guerrero 2003). Und obwohl das REBIMA öffentlich als Naturschutzzone deklariert wurde, unternahmen die Behörden nichts gegen die immense Ausbreitung der extensiven Viehwirtschaft durch private Unternehmer.

Während der folgenden Jahrzehnte weitete sich die Nutzung des Gebietes durch die verschiedenen Gruppen aus. Seit dem Aufstand der EZLN von 1994 haben sich die Fronten weiter verhärtet. Viele Siedlungen, u.a. von unabhängigen Campesino-Organisationen wie ARIC (ländliche Vereinigung kollektiver Interessen) oder EZLN-Unterstützungsbasen stehen den Plänen der Allianz aus Regierung, Unternehmen und Caribes-Clanchefs im Wege. Neben den ökonomischen Interessen sieht die Regierung in der "Unregierbarkeit" der Zone eine große Gefahr, denn in der Selva Lacandona befinden sich bis heute essentielle Basen und Kontingente der EZLN.

## **"Ökologisierung" eines sozialen Konflikts**

Seit 2001 initiierten die mexikanische Regierung und von der Privatwirtschaft finanzierte "NGOs" wie Conservation International – gesponsort von Chiquita, McDonalds, Disney-world, Banken, Öl-Multis, Maquiladora-Betreibern u.a. - oder World Wildlife Fund massive Umweltschutz-Kampagnen, um vordergründig das von Zerstörung bedrohte REBIMA zu retten und hintergründig ein Klima zu schaffen, durch das die Öffentlichkeit die Räumung verschiedener "unerwünschter" Siedlungen akzeptieren würde. Während Regierung, Wirtschaft und Caribes die Siedlungen und ihre Subsistenzwirtschaft für die Umweltzerstörung verantwortlich machen, sehen kritische NGOs wie Global Exchange oder CIEPAC (Zentrum für ökonomische und politische Studien aus Chiapas) den Grund für die Mehrheit der Zerstörungen in der Viehwirtschaft, dem Holzeinschlag und in der massiven Militärpräsenz (v.a. durch den Stützpunkt von San Quintín), die dort seit 1994 etabliert wurde, um den zapatistischen Aufstand unter Kontrolle zu halten.

Da die mexikanische Regierung aufgrund der kritischen Öffentlichkeit ihre so genannten "Sicherheitskräfte" wie Polizei und Militär nicht mehr offen zur Räumung oppositioneller Gemeinden einsetzen will, werden in dem Konflikt nun Umweltbehörden wie PROFEPA (Bundesumweltschutzamt), SEMARNAT (Ministerium für Umwelt und Naturre Ressourcen) sowie die "lakandonischen" Kaziken vorgeschickt. Inzwischen obliegt die Verantwortung auch dem Ministerium für

Landreform (SRA), wobei sich in jüngerer Vergangenheit des öfteren ein Kompetenzgerangel zwischen den Akteuren offenbart hat, da einige sehr hart und andere "diplomatischer" bei der "Umsiedlung" vorgehen wollen.

Neben Holz- und Viehwirtschaft erweitert sich das Interesse des privaten Sektors aktuell vor allem auf die Bereiche "Öko-Tourismus", Wasser, Erdöl und Biopiraterie aus. Immer wieder ist in kritischen Kreisen zu hören, dass der US-Konzern Monsanto und das schweizerische Unternehmen Novartis an der Ausbeutung der Artenvielfalt großes Interesse bekundet haben. Dazu sollen Teile des REBIMA privatisiert werden, konkrete juristische Vorbereitungen sind bereits auf dem Weg.

Für die lokalen "Lakandonen"-Funktionäre, die immer wieder mit einer Räumung der "unerwünschten Siedlungen" auf Eigeninitiative drohen und so von der chiapanekischen Regierung unter Pablo Salazar Zusagen für weitere finanzielle Zuwendungen erzwingen konnten, steht ihr Einfluss in der Region und ihre exponierte ökonomische Stellung auf dem Spiel. Anfang November meldete die mexikanische Tageszeitung La Jornada, dass die "Lakandonen"-Funktionäre sich inzwischen von Felipe Villagrán – einem Ex-Funktionär der Weltbank – repräsentieren lassen, der sich dafür einsetzt, "von der Regierung Geld, politische Privilegien, Militärbasen und Waffen für die Lacandonen" zu bekommen.

Die EZLN hatte bereits im Dezember 2002 angekündigt, dass sie ihre zivilen Basen "vollkommen unterstützen" wird und es "im Falle der zapatistischen Dörfer keine friedliche Räumung" geben wird (Kommuniqué vom 29.12.2002).

Am 14.10.2004 äußerte sich die EZLN erneut zum Thema: "Wir wiesen damals darauf hin, und bestätigen dies heute erneut: jede gewaltsame Vertreibung unserer Gemeinden, wird von uns, uns allen, auf gleiche Art beantwortet werden." Gleichzeitig gab sie die basisdemokratisch ausgehandelte Umsiedlung einiger zerstreuter zapatistischer Familien, die in den Montes Azules gelebt hatten, in eine neue gemeinsame zapatistische Siedlung außerhalb der Montes Azules bekannt.

Die Situation in den Montes Azules bleibt äußerst gespannt, die Eliten sprechen dem Konflikt weiterhin die soziale Dimension ab und auch die Schlacht um die öffentliche Meinung geht weiter.

### **Quellen:**

- Guerrero, Gonzalo (2003): Der Fall des Reservats Montes Azules im Lacandonischen Urwald, [http://chiapas.mediosindependientes.org/display.php3?article\\_id=105357](http://chiapas.mediosindependientes.org/display.php3?article_id=105357)
- La Jornada 6.5.2003, 16.10.2003, 18.10.2003, 10.11.2003, Chiapas98 20.10.2003. / eigene Interviews vor Ort veröffentlicht in: **ila 271, Dez. 2003**, S. 40 (leicht überarbeitet XI/2004)

# Das Biosphärenreservat Montes Azules: Ökonomische Interessen

## **1. Plan Puebla Panamá**

- Im Rahmen des PPP sind neue Investitionen rund um das Biosphärenreservat Montes Azules (REBIMA) geplant: Erdöl-Bohrtürme in der Region Marqués de Comillas, ein transnationales Staudammprojekt bei Boca del Cerro am Rio Usumacinta, eine Autobahn entlang der guatemaltekischen Grenze und die Errichtung neuer Freihandelszonen.
- Das Gebiet der REBIMA selbst ist interessant aufgrund seiner Vorkommen an Erdöl, Erdgas, Uran, Edelhölzern und aufgrund seiner hohen Biodiversität.

## **2. Erdöl**

- Schon nach dem Zweiten Weltkrieg war die Selva Lacandona Ziel von Analysen und Forschungen der US-Regierung in Bezug auf seine Erdölvorkommen. 1993 veröffentlichte der Forscher Fabio Barbosa eine Studie mit dem Titel "Erdöl-Quellen in der Selva Lacandona". Hier beschreibt er jene zwei Gebiete in Chiapas, auf die sich die Untersuchungen der USA am stärksten konzentriert hatten: eines im Westen der Montes Azules, das sich mit einem Radius von 30 km kreisförmig um die Stadt Altamirano herum ausdehnt und das andere am Scheitelpunkt der Flüsse Lacantún und Lacanjá, nahe der Ortschaft Zamora Pico de Oro. In dem ersten der beiden beschriebenen Gebiete wurden potentielle Vorkommen von 2.178 Millionen Barrel Rohöl ausgemacht. Insbesondere betrifft das eine bedeutende, Ococingo genannte Erdöl-Lagerstätte unterhalb der indigenen Comunidad La Garrucha, Sitz der autonomen Gemeinde Francisco Gómez und einer der regionalen, zapatistischen Juntas de Buen Gobierno.
- Der kanadische Erdölkonzern Seine River Resources hat im Gebiet von Marqués de Comillas zwei Ölquellen gefunden, die unter den Namen Mena 2 und Lacantún bekannt sind und eine Verlängerung der großen, im guatemaltekischen El Petén gelegenen Erdöl-Vorkommen darstellen. Das gleiche Unternehmen fand auch eine Erdöl-Lagerstätte in der Gemeinde von Palenque, nahe der Comunidad Roberto Barrios, Sitz der Junta de Buen Gobierno der nördlichen Zone der Selva von Chiapas.

## **3. Biodiversität**

- An der Biodiversität in der REBIMA ist besonders der US-Agromulti Monsanto interessiert, der bezüglich der Selva Lacandona eine Vereinbarung mit dem mexikanischen Unternehmen Grupo Pulsar unterzeichnet hat. Die Forschungsstätten von Grupo Pulsar - Laguna El Suspiro und El Ocotál - sind die am stärksten militarisierten Gebiete in der Selva. (Die Grupo Pulsar ist ein multinationales mexikanisches Gentec-Unternehmen, an dem auch Monsanto und Nestlé beteiligt sind. Hauptaktionär ist der Unternehmer Alfonso Romo, der auch Wirtschaftsberater von Präsident Fox ist.)
- Im September 1999 wurden durch die damaligen AmtsträgerInnen des SEMARNAT Javier de la Maza und Julia Carabias 7 Millionen Pesos von UNDP an die chiapanekische "Umwelt-NGO" Espacios Naturales y Desarrollo Sustentable A.C., an der beide Personen auch beteiligt sind, geleitet, die damit die sog. biologische Forschungsstation (bzw. das Hotelprojekt) Boca de Chajul (Ex-Forschungsstation der UNAM) an der Mündung des Chajul in den Lacantún weiter ausbaute und derzeit eine neue Station am Rio Tzendales aufbaut. Beide Forschungszentren gelten als Drehscheibe für Bioprospektionsprojekte in der Region (erstere befindet sich in der Nähe der am 22. Januar 2004 geräumten Siedlung Nuevo San Rafael).

## **4. Conservation International**

- Die US-amerikanische Nichtregierungsorganisation Conservation International wurde im Jahre 1987 mit dem Auftrag gegründet, sich weltweit dem Naturschutz in Gebieten zu widmen, deren biologischer Reichtum stark gefährdet ist.
- Zu ihren Geldgebern zählen neben dem mexikanischen Gentec-Unternehmen Grupo Pulsar auch Mc Donald's, Starbucks Company, Walt Disney Company, Ford Motor Company, Exxon Mobil Foundation, Packard Foundation, Intel, Chiquita Brands International sowie die Gesellschaft für Internationale Entwicklung der US-Regierung, USAID.
- Momentan fördert CI Projekte in 22 Ländern.
- In der chiapanekischen Selva Lacandona wurde Conservation International zum ersten Mal 1989 (?) aktiv.
- Laut Interview mit CI-VertreterInnen besteht das Team in Chiapas (?) aus 25 Personen, die sich mit Projekten zu Ökotourismus, Information, Bildung, Gesundheitsversorgung und ländlicher Entwicklung vor allem in der Region der Selva beschäftigen und mit staatlichen Stellen (CONANP, SEMARNAT, PROFEPA, SDS), NGOs, in- und ausländischen Universitäten, privaten Forschungseinrichtungen (Espacios Naturales, ECOSUR) und 25 Gemeinden in der gesamten Selva

Lacandona (bspw. Frontera Corozal, Nuevo Palestina, Ixcán, Plan de Ayutla, Emiliano Zapata, Lacanjá Chansayab, Najá, Metzabok) zusammenarbeiten.

- CI ist mittlerweile nicht nur in der Selva Lacandona aktiv, sondern auch im benachbarten El Petén in Nordguatemala. Das grenzübergreifende Projekt heißt "Selva Maya".  
Am Rio Usumacinta beispielsweise wird von CI ein binationales Ökotourismusprojekt betrieben, das eine Niederlassung in Frontera Corozal auf mexikanischer Seite und in Bethel auf guatemaltekkischer Seite hat.
- In der Selva Lacandona betreibt CI das Projekt SIMASEL (System zum Umweltmonitoring), dessen Geldgeber die Grupo Pulsar und – über USAID – die US-Regierung sind und an dem ECOSUR und die CONANP (Nationale Kommission für Schutz zonen) teilnehmen.  
Ziel dieses Projektes ist die Beschaffung von Informationen im Hinblick auf den Zustand der Waldbedeckung, die regionale Bodennutzung und die Besiedlung des Regenwaldes. Hierzu werden Satellitenbilder (der NASA), Luftbilder, Geländeaufnahmen sowie GPS-Daten genutzt, die mit Hilfe von GIS (Geographische Informationssysteme) ausgewertet werden. Es finden wöchentliche Überflüge statt.
- An der Südgrenze der REBIMA betreibt CI das Ökotourismusprojekt "Estación Ixcán" (finanziert von der Grupo Pulsar und in der Nähe der am 22. Januar 2004 geräumten Gemeinde Nuevo San Rafael gelegen). Desweiteren rief CI 1998 im Zusammenschluss mit der Starbucks Company Projekte zur Produktion von biologisch angebautem Kaffee in 20 Gemeinden in der Region El Triunfo in der Selva Lacandona ins Leben.
- In einem Interview mit VertreterInnen der Internationalen Zivilkommission zur Überwachung der Menschenrechte in Mexiko im März bzw. Mai 2002 bekundet CI Interesse, in Zukunft Wiederaufforstungsprojekte/ Kohlenstoffsinkenprojekte in einigen Gemeinden der Selva Lacandona (z.B. in Frontera Corozal) durchzuführen und dies evt. durch ein Förderinstrumentarium der Weltbank zu finanzieren.

## 5. EU und GTZ

- Am 27. Januar 2003 unterzeichnete die EU mit der Bundesregierung von Chiapas ein Abkommen über eine Finanzhilfe von 15 Millionen Euro für das Projekt "Soziale und nachhaltige Entwicklung in der Selva Lacandona".
- Ziel des Projektes ist es, "die Anstrengungen der Regierung von Chiapas beim Kampf gegen die Armut zu unterstützen und zum Schutz der natürlichen Ressourcen in der Selva Lacandona beizutragen".
- Das Projekt ist Teil des Nationalen Entwicklungsplanes für Mexiko, des Staatlichen Entwicklungsplanes für Chiapas und eines gleichnamigen Programms, das die chiapanekische Regierung seit dem Jahr 2001 in der Selva Lacandona durchführt. Es basiert auf der im Oktober 2002 (?) geschlossenen Vereinbarung zwischen Mexiko und der EU über wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit.
- Eine Kooperation findet statt mit:
  - einem Projekt der Vereinten Nationen unter dem Titel "Bevölkerung, Umwelt und nachhaltige Entwicklung in der Selva Lacandona von Chiapas"
  - dem Mesoamerikanischen Biokorridor
  - einem Projekt von Conservation International namens "Gesamtstrategie zur Bewahrung der Biodiversität in der Selva Lacandona im 21. Jahrhundert" (finanziert von USAID)
  - einem Projekt der Ford- und Oxfam-Stiftung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Chiapas (Oxfam hat sich mittlerweile von dem EU-Projekt distanziert)
  - einem neuen Projekt (noch in Vorbereitung) der GTZ und des SEMARNAT namens "Ressourcenschutz und nachhaltige Entwicklung im Südosten Mexikos" (PROSURESTE), welches in den Bundesstaaten Chiapas, Campeche und Quintana Roo durchgeführt wird.
- Das Projekt hat eine Laufzeit von 4 Jahren (April 2004 - März 2008) und umfaßt ein Gesamtbudget von 31 Millionen Euro: die Bundesregierung von Chiapas stellt 16 Millionen Euro zur Verfügung und die EU unterstützt das Projekt mit 15 Millionen Euro.
- Die GTZ fungiert als Auftragnehmerin für die EU und schrieb im Herbst 2003 6 Stellen für das Projekt aus. Gesucht wurden ein Projektleiter, ein Spezialist für Monitoring, zwei Ökonomen, ein Agraringenieur und eine Verwaltungsfachkraft. Arbeitsschwerpunkte sollen u.a. die Zusammenfassung aller verfügbaren Daten über die Selva, Infrastruktur- und Territorialplanung sowie die Identifizierung von vermarktungsfähigen Produkten und Sektoren wie Ökotourismus, Forstwirtschaft, Kaffee, Honig, Kunsthandwerk, Heilpflanzen und Umweltdienstleistungen sein.
- Das GTZ-Projekt umfaßt 7 der 9 Municipios (=16 der 34 Microregionen) in der Selva Lacandona: Ocosingo, Las Margaritas, Maravilla Tenejapa, Marqués de Comillas, Benemérito de las Américas, La Trinitaria und La Independencia. Diese Municipios umschließen das Biosphärenreservat Montes Azules und mehrere kleinere Naturschutzgebiete.
- Am 17. Mai 2004 wurde das Projektbüro in Tuxtla Gutierrez durch das Ministerium für soziale Entwicklung (SEDES) eingeweiht. An dem Projekt nehmen außer dem SEDES) noch direkt die Ministerien für Ländliche Entwicklung (SDR) und für Indigene Völker (SEPI) sowie das Institut für Naturgeschichte und Ökologie (INHE) teil.

- Der Direktor des INHE, Pablo Muench Navarro, wies darauf hin, daß man Aktionen des Umweltschutzes in Angriff nehmen wird, die den Druck auf die Naturressourcen lindern sollen. Durch eine rationale Nutzung und die Förderung von ökonomischen Alternativen sollen die familiären Einkommen verbessert werden.
- Auf einer Mexiko-Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll am 21. Mai 2003 erklärten die GTZ-VertreterInnen Dr. Susanne Welz und Alberto Vega auf Anfrage noch, "... daß sich die GTZ nicht in Chiapas engagieren wird.... Das Konfliktgebiet Montes Azules ist derzeit nicht vorgesehen."

---

## Das EU-Chiapas-Projekt

Am 27. Januar 2004 wurde das Entwicklungshilfeabkommen "Soziale und Nachhaltige Entwicklung in Chiapas, Mexiko" ("Desarrollo social integrado y sostenible, Chiapas, México") zwischen der Europäischen Union und der chiapanekischen Regierung unterzeichnet. Das Abkommen ist auf 4 Jahre ausgelegt, 15 Mio. € werden dafür von der EU bereitgestellt und 16 Mio. von der mexikanischen Seite.

Das Projekt verspricht 155.000 Menschen in 16 Mikroregionen in der Region der Selva Lacandona direkten Nutzen. Entworfen wurde das Projekt allerdings hinter verschlossenen Türen in Brüssel zusammen mit der chiapanekischen Regierung und ohne Kenntniss der betroffenen indigenen Bevölkerung.

Mehrere soziale Organisationen aus Mexiko haben schon im Februar 2004 auf die Gefahren des Abkommens hingewiesen. Der Entwicklungsplan, der die Umstrukturierung der Selva Lacandona vorsieht, laufe darauf hinaus, die indigenen Gemeinden in die Abhängigkeit des Marktes mit Umweltdienstleistungen (servicios ambientales) zu bringen. Dies wäre die Konsequenz aus der Fokussierung auf folgende Projekte: Bezahlung für Wälder und CO<sup>2</sup>-Handel, für Wasser und Ökotourismus in Kombination mit wissenschaftlichen Untersuchungen (z.B. Bioprospektion).

### Ein Hotspot an Biodiversität und natürlichen Ressourcen

Wie groß das Interesse an den natürlichen Ressourcen und der Biodiversität in dieser Region ist, zeigt die zeitgleiche Durchführung einer ganzen Reihe von Projekten, die sich mit dem neuen EU-Projekt ergänzen. Das US-Ministerium für Internationale Entwicklung (USAID) finanziert z.B. das "Projekt zur Entwicklung einer gemeinsamen Strategie der Konservierung und des Monitoring „kritischer“ Gegenden in der Selva Lacandona" und steht im Verdacht, Informationen über natürliche und genetische Ressourcen an transnationale Konzerne weiterzuleiten.

Weitere Projekte mit denen in dieser Region zusammengearbeitet werden soll sind das Projekt "PROSURESTE" (Nachhaltiges Management Natürlicher Ressourcen und Entwicklung im Südosten Mexikos, für Campeche, Quintana Roo und Chiapas) der deutschen Regierung (GTZ) in Zusammenarbeit mit dem Umwelt-Ministerium (SEMARNAT) und der "mesoamerikanische biologische Korridor" (CBM), der maßgeblich von der Weltbank vorangetrieben wird.

Alle diese Projekte haben offiziell zum Ziel, den Druck auf natürlichen Ressourcen in der Selva zu vermindern, Umweltzerstörung zu verhindern und nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Beteiligt am CBM ist die transnationale NGO Conservation International(CI), die auch in der Selva Lacandona vertreten ist und seit Jahren zum Schutz der Biodiversität die Zwangsumsiedelung mehrerer indigener Dörfer in der Gegend fordert. Deren Verständnis von "nachhaltiger Entwicklung" wurde im April 2004 von verschiedenen KaffeeproduzentInnen kritisiert: "... die von CI angestrebte 'nachhaltige Entwicklung' im Zusammenhang mit organischem Kaffee, scheint einzig die 'nachhaltige Entwicklung' des Unternehmens zu sein, durch das die CI finanziert und kontrolliert wird: Starbucks Coffee".

### Armutsbekämpfung oder Bekämpfung der Armen?

Ein weiteres offizielles Ziel ist die Bekämpfung der Armut. Die geplante Strategie des EU-Projektes zur Armutsbekämpfung setzt auf die "Verringerung der absoluten Zahl von Familien, die in den Mikroregionen mit weniger als einem Mindesteinkommen überleben müssen". Dies kann man z.B. erreichen indem man, wie geplant, die Zahl der ansässigen Familien durch Zwangsumsiedelung vermindert. Die Verbleibenden sollen dann wohl mit einem "Mindesteinkommen" durch den Verkauf von Umweltdienstleistungen und die Arbeit in einem der vielen "nachhaltigen Projekte" überleben können - als Zimmermädchen im Ökotourismus, die Dorfgemeinschaft als

lebendes Museum im Ethno-Tourismus oder mit Hilfsdiensten für Bioprospektionsprojekte. Die vorhandenen Ressourcen sollen privatisiert und kommerzialisiert werden, die genetischen Ressourcen "In-Wert-gesetzt" und die lokale Bevölkerung in die bestehenden (ungleichen) marktökonomische Kreisläufe eingebunden werden.

Ignoriert wird dabei, daß die als Kleinbauern vorwiegend von Subsistenzwirtschaft lebende indigene Bevölkerung seit Jahrzehnten (um nicht zu sagen Jahrhunderten) für die Anerkennung ihrer Landrechte und für ihre Ernährungssouveränität kämpfen.

Neben der Armutsbekämpfung spricht sich die EU auch für den Schutz der Rechte von Indigenen Gemeinschaften aus. Sie verstehen darunter v.a. den Schutz der individuellen Rechte der Bevölkerung.

Die Projektbeschreibung des EU-Projektes übergeht komplett das Vorhandensein der vielen Flüchtlinge und Entwurzelten in der Region. Sowohl das Vorhandensein und die Aktivitäten von Paramilitärs als auch die Existenz der Zapatistas und ihre De-facto-Autonomie werden verschwiegen. Die extrem starke Militärpräsenz und nachgewiesene Menschenrechtsverletzungen bleiben unerwähnt. Die in der Region bestehenden Interessenkonflikte zwischen Weltbank, transnationalen Konzernen und mexikanischer Regierung einerseits und der lokalen Bevölkerung, repräsentiert durch Zapatistas, soziale Organisationen und Bauernorganisationen, andererseits werden in der Projektbeschreibung weder erwähnt noch analysiert. Dementsprechend werden auch nicht - zumindest offiziell - mögliche Auswirkungen bewertet, die das EU-Projekt auf diesen Konflikt haben könnte.

Als Strategien des Projektes werden genannt:

- 1.) Koordinierte und partizipative territoriale Planung
- 2.) Bildung von Produktionssystemen, die strategisch wichtig und auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sind.
- 3.) Zugang zu Information und methodologischer Innovation

Es besteht die berechtigte Befürchtung, daß das EU-Projekt - genau wie viele Sozialprogramme der mexikanischen Regierung - die Spaltung der Bevölkerung weiter vertieft und die Bevölkerung gegeneinander ausgespielt wird. Von den EU-Geldern sollen 34% für Schulungen und Weiterbildungen verwendet werden, aber es ist nicht bekannt, wem diese zu Gute kommen sollen. Für Infrastrukturmaßnahmen sollen 8% verwendet werden, aber auch hier ist nicht bekannt, wofür und wo das Geld genutzt werden soll. 5 Mio. € sind für die Ausbildung von Beamten geplant, die für die „Formulierung einer neuen Politik in der sozialen Entwicklung“ qualifiziert werden sollen.

CIFCA (Copenhagen Initiative for Central America), ein Zusammenschluss von 30 NGOs, äußerte heftige Kritik an dem EU-Projekt. Sie werfen der EU vor, zusammen mit Mexiko eine die indigene Bevölkerung und die zapatistische Bewegung ausschließende und ignorierende Politik zu betreiben. Das Projekt würde nicht zur nachhaltigen Entwicklung beitragen, auch nicht zum sozialen und politischen Frieden, sondern stelle eine Verletzung der indigenen Rechte dar.

Lokale Organisationen kritisieren scharf den Aufstandsbekämpfungscharakter des Projektes und befürchten eine weitere Verschärfung der Spaltung der Bevölkerung verbunden mit einer Zunahme gewalttätiger Übergriffe auf zapatistische Dörfer durch Paramilitärs. Sie sind erbost über die Ignoranz mit der Umstrukturierungspläne diesen Umfangs entworfen wurden, ohne dass die Bevölkerung informiert, geschweige denn konsultiert wurde.

Auf einer Veranstaltung am 27. August in Mexiko D.F. wurde bekannt, daß das Projekt schon begonnen hat: „...die Methoden und Prinzipien der Durchführung des Programms der Europäischen Union werden in Tila, der Region der Zoque und der Mame schon durchgeführt“. ("la metodología y principios de operación del programa de la UE están siendo instrumentados ya en Tila, la zona Zoque y en la zona Mame.. ")

Ein weiteres Detail des "Entwicklungshilfe-Projektes" der EU mit Chiapas sollte Beachtung finden: Die Stellenausschreibungen für das Projekt sind so formuliert, dass die benötigten Experten für die technische Assistenz nur aus Europa kommen können. Dazu gehören einE BeraterIn für territoriale Planung und Entwicklung, einE SpezialistIn für Produktion und Marketing/Kommerzialisierung, einE SpezialistIn für Monitoring und Evaluierung von Projekten und Prozessen und einE SpezialistIn für die Administration. Deren Gehälter allein machen 15% des europäischen Anteils der Projektfinanzen aus.

Gibt es in den indigenen Gemeinden oder in Chiapas nicht Menschen, die die Entwicklung in ihren eigenen Gemeinden selbst planen könnten? Gibt es keine Fachleute mit Kenntnissen über Alternativen und Verbesserungen in der Landwirtschaft? Gibt es in Chiapas niemand mit Erfahrung in ökologischer Landwirtschaft und fairem Handel? Bei genauerem Hinsehen wird die Antwort leicht zu finden sein: Es gibt sie, aber diese Art von Partizipation ist bei der „partizipativen territorialen Planung“ nicht erwünscht.

---

## Kommentare lokaler Organisationen zum Entwicklungshilfeabkommen "Soziale und Nachhaltige Entwicklung in Chiapas, Mexiko"

Miguel Alvarez, Leiter von **SERAPAZ** (und ehemaliger Direktor der **CONAI**, der Organisation, die den Dialog zwischen Regierung und Zapatistas bis zum Jahre 1998 geführt hatte:

*"Wir wurden von dem Projekt nicht informiert. Erst über die Presse erfuhren wir darüber.*

*Das Projekt kann die Befriedung der Region nicht fördern, weil der Frieden zunächst offene Prozesse mit einer breiten Beteiligung der Gesellschaft benötigt. Nur Prozesse, die zur Linderung der Anspannung in der Region dienen und auf die Gründe des Konfliktes fokussieren, haben Aussicht auf einer positiven Wirkung. Das Projekt mit der EU ist eher einseitig und dient nur dazu, die Strategien und Interessen der Regierung und der Mächtigen durchzusetzen".*

*Eine Empfehlung an die EU: Bevor das Projekt gestartet wird?, „Es sollte eine breite und offene Befragung erfolgen, an der alle Beteiligte des Konflikts teilnehmen. Das Projekt sollte dann mit den Ergebnissen der Befragung und mit dem Frieden als Hauptziel neu entworfen werden. Auf Transparenz in der Umsetzung muss geachtet werden".*

Die Einschätzung von **DESMI** (Ökonomisch-soziale Entwicklung der mexikanischen Indígenas)

*"Der Nutznießer des Projektes ist das Ministerium für Soziale Entwicklung des Bundesstaates Chiapas und nicht die Indigene-Bauern Bevölkerung.*

*Das Projekt geht davon aus, dass Armut und Marginalisierung in der Region als Ergebnis der Anbauarten der Bauern zu sehen sind. Der Druck auf die natürlichen Ressourcen wird als Grund für Konflikte gesehen. Die Rede ist allein von einer Anzahl von Menschen. Nichts wird über ihre Sprache, ihre Geschichte und die Geschichte des lakandonischen Urwalds gesagt. Auch ist nichts über die politische Situation in den Gemeinden zu lesen. Es wird einfach ignoriert, dass die Gemeinden zerstritten sind und sich auch politisch unterscheiden. Es gibt unterschiedliche Religionen. Von dem ungelösten Konflikt mit dem EZLN wird kein Wort erwähnt. Eine Wirklichkeit wird einfach ausgeblendet und es wird so getan, als hätten wir hier eine gleichmäßige Bevölkerung.*

*-Es wird kein Wort verloren über die militärische Präsenz und ihre politische Bedeutung für die Entwicklung der Region. Die Probleme durch die Militärpräsenz werden einfach ausgeblendet.*

*Mit „Reordenamiento" (Wiedereinordnung) könnte gemeint sein, dass eine Vertreibung der Gemeinden geplant wird, mit dem Versprechen, die Beteiligten mittels Ressourcen an einen anderen Ort zu binden.*

*Die Ressourcen werden nur unter Gemeinden, die regierungskonform agieren, verteilt.*

*Ein Projekt, das nicht alle Akteure im Konflikt berücksichtigt, und das nicht alle sozial-politischen Konsequenzen auf der Suche des Friedens mit einbezieht, ist Contrainsurgente d.h. Gegen den Aufstand.*

*Es geht um die Kommerzialisierung einiger Produkte. Aber der Schmuggel von Hölzern und der Biologischen Vielfalt wird ignoriert. Es ist ein Entwicklungsprojekt mit dem Ziel, Produkte zu fördern, die für internationale Konzerne interessant sind.*

*Es ist keine Rede von Unterstützung zur Nahrungsunabhängigkeit. Inwiefern die Bevölkerung reeller Nutznießer des Projektes wird, ist im Projekt nicht erwähnt".*

Die Meinung von Blanca Martínez, Leiterin des **Menschenrechtszentrums Fray Batolomé las Casas** in San Cristóbal de las Casas, Chiapas:

*"Vielleicht wurden die Lakandonen befragt, das wissen wir nicht. Wir wurden nicht befragt. Uns macht es Sorgen, wie das ganze abläuft: wer wurde befragt und worüber?"*

*Wir hören von den Gemeinden, die wir vor Ort betreuen, dass sie Angst haben, weil sie unter Risiko stehen, zwangsgeräumt zu werden. Diese Gemeinden und die zapatistischen Gemeinden wurden mit Sicherheit nicht über das Projekt befragt, bzw. informiert.*

*Das große Problem ist, dass das Projekt zum Scheitern verurteilt ist, solange nicht die Lage, in der wir uns befinden anerkannt wird: wir leben in einem bewaffneten ungelösten Konflikt. Der Dschungel ist auch für die Militärs strategisch wichtig.*

*Die Gelder werden in den Sand gesetzt, und sie dienen dazu, einen Konflikt zuzuspitzen. Wenn das Ziel das gewaltsame Ende des Zapatismus wäre, dann könnte man sagen, dass das Projekt die 'richtigen Ziele' unterstützt".*

---

Die Meinung von Gustavo Castro Soto von **CIEPAC**, (Centro de Investigaciones Economicas y Politicas de Accion Comunitaria):

*"Die Regierung wird immer sagen, dass man die Gemeinden befragt hat und dass diese damit einverstanden sind. Es gibt Fernsehanzeigen, in denen die Wunder des Abkommens ausgestrahlt werden. Sicherlich werden staatliche Organisationen befragt worden sein, obwohl wir dies nicht wissen, aber es gab keine breite offene Befragung.*

*Ich möchte unterstreichen, dass die Region, in der das Projekt stattfinden soll, von den Zapatisten*

besetzt ist. Die Zapatisten haben keinen Dialog, keine Verbindung mit der Regierung. Dies kann unserer Meinung nach zu einer größeren Spaltung führen."

Die Meinung von Juan Ignacio Domingues, Koordinator bei **Compitch** (Consejo de Organizaciones de Medicos y Pateras Indigena Tradicionales de Chiapas):

"Das EU-Projekt ist sowohl finanziell, als auch in der Größe der Interventionen (institutionell, auf der

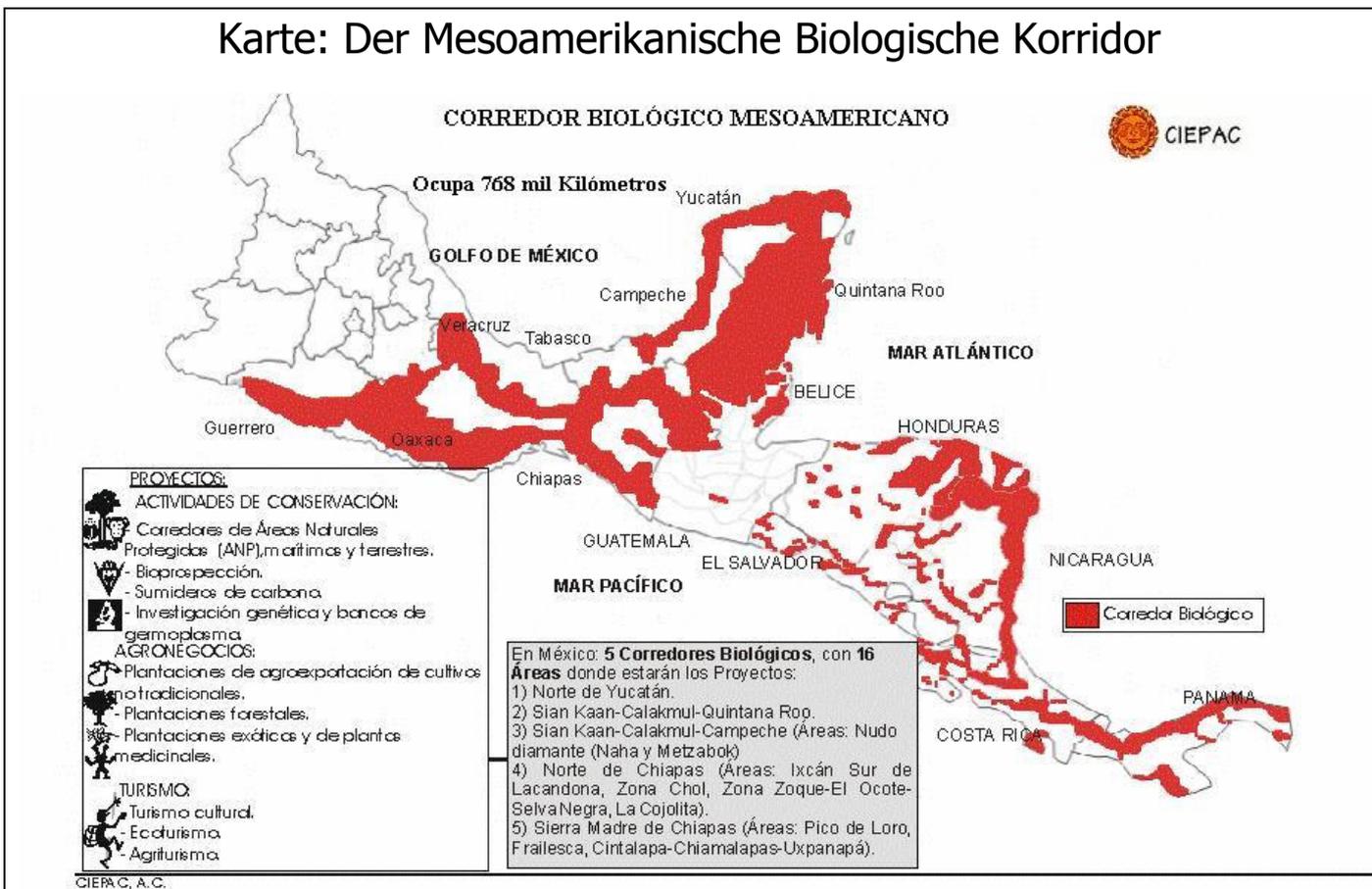
Ebene der Gemeinden und an „Öko“- Produktion) sehr viel größer als das CBM-Projekt in Mexiko. Das CBM-Mexiko-Projekt hat in vier Bundesstaaten eine Finanzierung von 14 Millionen Dollar für eine Laufzeit von 7 Jahren, wogegen das EU-Projekt in der Selva Lacandona volle 31 Millionen Euro für 4 Jahre hat. Die Selva Lacandona stellt nur 40% des Gebietes in Chiapas, daß im CBM liegt, und macht nur ca. 10% des gesamten mexikanischen Teils des biologischen Korredors aus."

### Fazit

Diese Zahlen machen deutlich wieviel „Aufmerksamkeit“ einer kleinen Region und einer kleinen Gruppe der chiapanekischen Bevölkerung ungefragt „zugute“ kommen soll. ... Die Selva Lacandona oder eigentlich vielmehr die Cañadas der Region sind das Herz des mittelamerikanischen biologischen Korredors, wegen der hohen biologischen Vielfalt und dem großen Wasservorkommen. Wie man am Beispiel von Conservation International sehen kann, stehen hinter den vorgeschobenen Umweltinteressen vieler Projekte große wirtschaftliche Interessen. Und zufällig ist es die Region, in der der Widerstand gegen „neoliberale Entwicklungsprojekte“ am stärksten ist. ..."

**Alle befragten Organisationen sehen in dem Projekt eine Strategie, um gegen den Aufstand der Zapatistas vorzugehen.**

## Karte: Der Mesoamerikanische Biologische Korridor



# Bedroht und begehrt

## Biodiversität im guatemaltekischen Petén

Schön klingen die Worte und bedrohlich ist das Szenario: Der „Corredor Biológico Mesoamericano“ (CBM) soll erhalten werden. In dem grünen Gürtel, der sich von Oaxaca (Südmexico) bis Panama hinzieht, tummeln sich auf 0,5 Prozent der globalen Landfläche nach neuesten Schätzungen etwa 17 Prozent aller auf dem Land lebenden Tier- und Pflanzenarten (1). Allein das Maya Biosphärenreservat, von dem nachfolgend noch die Rede sein wird, beherbergt 400 Baum- und über 3000 Pflanzenarten. Die Weltbank - und die transnationalen Verwerter, die sie vertritt - alarmiert die Tatsache, dass der Wald und mit ihm die biologische Vielfalt in atemberaubender Geschwindigkeit verloren geht. In der nördlichen Hälfte des CBM gibt es einen Waldverlust von jährlich 400000 ha. Bei Fortsetzung dieses Tempos wird der Wald in dieser Region bis 2015 verschwunden sein. Um dieser dramatischen Entwicklung Einhalt zu gebieten, haben die Planer des „Critical Ecosystem Partnership Fund“ (CEPF) ein Dringlichkeitsprogramm zu deren Rettung aufgelegt.

Der Waldverlust wird in den CEPF-Projekten korrekt beschrieben, aber auf seine Ursachen geht man dort nur halbherzig ein. So klagte 1998 die Interamerikanische Entwicklungsbank, dass das Maya-Biosphärenreservat, dessen Fläche etwa der Schleswig-Holsteins entspricht, um jährlich fünf Prozent schrumpfe. „Nachdem die ehemaligen Kämpfer (der URNG) ihre Waffen gegen Pflugschare eingetauscht haben, müssen sie Land finden, um ihre Familien zu ernähren“, beschreibt R. Hamilton mit poetischen Worten die verzweifelte Situation der Ex-KämpferInnen (2). Ob man diese simplifizierend-romantische Darstellung akzeptiert oder nicht – Fakt ist, dass der Druck auf die

biologische Vielfalt im Petén auch (aber nicht nur) aus dem jährlichen, zuwanderungsbedingten Bevölkerungszuwachs von neun Prozent resultiert. Die Ursachen dieser Entwicklung – die extrem ungerechte Landverteilung (in Guatemala kontrollieren weniger als zwei Prozent der Bevölkerung 70 Prozent des bebaubaren Landes) – werden in den Projekten der Geldgeber verschwiegen.

Der CEPF wird von Weltbank, Conservation International (CI) - einer US-NGO, die „Naturschutz“ im Interesse der großen Konzerne betreibt - der Global Environmental Facility, der japanischen Regierung und der MacArthur-Foundation finanziert. Für das Dringlichkeitsprogramm ist der Grüngürtel in sog. Unterkorridore eingeteilt worden, einer davon ist der „Selva Maya Korridor“ mit der Selva Lacandona (Chiapas, Mexico), dem Maya-Biosphärenreservat (Petén, Guatemala) und anderen Gebieten. Institutionen wie die deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sind an den Rettungsbemühungen ebenfalls beteiligt, u.a. mit dem Petén-Projekt PROSELVA (Laufzeit 1987-2004, Umfang 19,1 Mio. €) und einem Projekt zur Konsolidierung des CBM (Laufzeit 1997-2006, Umfang 15,1 Mio. €).

Was sind nun die seligmachenden Konzepte der mächtigen Institutionen, mit denen die Regenwälder unter Umgehung umfassender Landreformen gerettet werden sollen? „Entwicklungszusammenarbeit“ lautet der euphemistische Begriff und dient der Verbrämung ihres ökonomischen Diktats. „Der Petén als eine Quelle biologischer Reichtümer (hat) das ökonomische Potenzial, sich seinen Schutz selbst zu erkaufen“(2), lautet eine der Formeln. Deutlicher kann man die Absicht zur Inwertsetzung der biologischen Vielfalt kaum ausdrücken. Das prinzipielle Ziel ist die

Einbindung von Teilen der Bevölkerung, die von Subsistenzwirtschaft lebt, in die Marktökonomie bei gleichzeitigem Erhalt und langfristiger Kommerzialisierung der Biodiversität. Diese Zielsetzung wird in den öffentlich zugänglichen Dokumenten nicht ausgesprochen. Sie schimmert aber durch, wenn sich die Akteure des CEPF beschweren: „Hindernis für die ökonomische Entwicklung in der Region ist bis zum heutigen Tag die zapatistische Bewegung in Südmexico“ (1). Die Erfahrung lehrt, dass nur ein kleiner Teil der lokalen Bevölkerung marktwirtschaftlich eingebunden werden wird. Diese Menschen bekommen Gelegenheit, ihre Arbeitskraft bei Umweltdienstleistungen zu verkaufen, entweder temporär bei Wiederaufforstungs- und Bioprospektionsprogrammen oder permanent als Bewacher von Biosphärenreservaten bzw. als Lakaien im Tourismusgeschäft. Dieser glückliche, weil „ausgewählte“ und zugleich anpassungswillige Teil der Bevölkerung ist gemeint, wenn in den Projektbeschreibungen von nachhaltiger, umweltverträglicher Entwicklung die Rede ist. Der größere Teil der lokalen Bevölkerung jedoch stört und sollte am besten verschwinden. Er wird in die Maquiladoras des Plan-Puebla-Panamá recycled oder in die Slums der großen Städte entsorgt. Sowohl die UmweltdienstleisterInnen als auch jene, die in den Maquiladoras schufteten, hat man erfolgreich der Subsistenzwirtschaft entrissen und in Lohnarbeitsverhältnisse eingespannt, im Dienste der Ausweitung der „ursprünglichen Akkumulation“ des Kapitals und zur Schaffung von Mehrwert.

Neben der Einbindung eines Teils der lokalen Bevölkerung in die

Marktwirtschaft geht es bei den CBM-Projekten aber auch darum, Konflikte zwischen den Verwertungsinteressen unterschiedlicher Kapitalgruppen auszubalancieren. So sehen es auch Brand und Görg (3), die eine Einschätzung zitieren, dass der CBM und der Wirtschafts-Plan Puebla Panamá komplementär zueinander sind. Ein Beispiel für solche Balanceakte ist der sogenannte Ökotourismus. Inzwischen dürfte fast jedeR mitbekommen haben, dass es dabei nicht darum geht, den Urlaub auf besonders umweltschonende Weise zu verbringen, sondern darum, Natur zu vermarkten. Der Ökotourismus braucht also für sein Geschäft jene Natur, die er selbst zerstört. Das mit einem Image der Nachhaltigkeit versehene Tourismusprojekt Mundo Maya wurde 1998 gestartet und von der Interamerikanischen Entwicklungsbank mit 1,9 Mio. US-Dollar gefördert. Inzwischen wird Mundo Maya sogar vom CEPF als umweltzerstörerisch eingestuft, und nicht nur wegen der für die TouristInnen gebauten Straßen, durch die sich der Siedlungsdruck weiter erhöhte. Es wird auch bemängelt, dass „die Besucherzahlen von Tikal bis Uaxactún die Tragfähigkeit der fragilen Ökosysteme überschreiten“ (1). Das soll nun irgendwie durch CEPF-Projekte korrigiert werden.

Ein weiteres Konfliktfeld im Petén sind Erdöl-Prospektion und -förderung, in erster Linie durch die Firma Basic Resources. Der amerikanische Konzern betreibt 32 Bohrlöcher (Förderung: 26000 Barrel/Tag) in der Laguna del Tigre, der Kernzone des Maya Biosphärenreservats. Außerdem hat das Unternehmen eine oberirdische und somit umweltgefährdende Pipeline von 120 km Länge quer durch das Naturschutzgebiet verlegt. Dem CEPF geht es aber offensichtlich nicht um die zerstörerischen

Folgen des Erdölgeschäfts für die lokale Bevölkerung. Denn dann hätte das CEPF-Mitglied Conservation International (CI) am 15. Februar 2000 die Gelegenheit beim Schopfe packen können, jene 5500 Campesinos zu unterstützen, die ein Gebäude von Basic Resources besetzten und von dem Ölkonzern die Wiederaufforstung der zerstörten Flächen mit 10 Mio. Bäumen forderten. Der finanzstärksten Naturschutz-NGO der Welt (CIs Jahresvermögen belief sich 2002 auf 292 Mio US-\$), die auch Kooperationspartner der GTZ ist, geht es wohl mehr um die Eindämmung des geschäftsschädigenden Verlusts an Biodiversität für die Pharmaindustrie. Aber selbst hier spielt CI eine zweifelhafte Rolle: In einer im Dezember 2003 veröffentlichten Analyse bescheinigt C. Ruiz-Marrero der CI eine „vertrauliche Beziehung zur US-Regierung und zu den Ölfirmen, die ernsthafte Fragen aufwirft“ (4). Die Dubiosität gipfelt in der „Energy and Biodiversity Initiative“ (www.theebi.org), wo sich „namhafte“ Naturschutz-NGOs, unter ihnen CI, The Nature Conservancy und der IUCN, mit einigen der größten Ölkonzerne der Welt zusammaten. Folgerichtig wurde CI von CAPISE, dem chiapanekischen Zentrum für politische Analyse, soziale und ökonomische Forschung, als 'Trojanisches Pferd' bezeichnet, was auf CIs Rolle im Petén sicher genauso zutrifft wie für die Selva Lacandona in Chiapas. In der Tat ertappte der puertoricanischen Biologe Fernández-Porto die Mitarbeiter des trojanischen Pferdes auf frischer Tat als sie im Petén dabei waren, ihr biologisches Wissen der Ölindustrie zur Verfügung zu stellen - anhand von Satellitenfotos wurde die Vegetationsdecke analysiert, um auf Erdöllagerstätten zu schließen.

Liest man die Projektbeschreibungen von CEPF und GTZ, so geht es stets um die diffuse Absicht, „nachhaltiges Wirtschaften“ zu fördern, wozu Ökotourismus und Emissionshandel gezählt werden, aber auch um Bioprospektionsprogramme. In einem „Aprendices de Chamanes“ [dt.:

Lehren der Schamanen] genannten Projekt arbeitete CI mit den Großunternehmen Bristol-Myers Squibb (Pharma) und Pulsar (Biotechnologie) zusammen. Ferner geht es um das „Management“, sprich die Bewachung der Biosphärenreservate. In der Projektkurzbeschreibung des KfW-finanzierten PROSELVA-Projekts ist von Demarkierung die Rede und davon, „den Zustrom von Siedlern zu ordnen“, aber nicht darum, die illegalen Aktivitäten von Basic Resources zu unterbinden. Darüber hinaus genießt die Schaffung privater Naturschutzgebiete große Popularität. In Guatemala wurden allein im Jahr 2001 ca. 12000 ha Fläche von 31 privaten Reservaten registriert.

Bleibt abschließend die Frage, welcher Sinn sich aus diesem Sammelsurium an Maßnahmen ergibt, die teils Biodiversität-erhaltend (und sozial zerstörerisch) und teils Biodiversität-zerstörerisch (und ebenfalls sozial zerstörerisch) sind und an denen sich GTZ und KfW mit beachtlichen Millionensummen beteiligen. Die einzig rationale Antwort darauf scheint zu sein, dass mit diesen Mitteln versucht wird, einander widersprechende Kapitalinteressen zu befriedigen und zugleich dem übergeordneten Ziel zu dienen, subsistenzwirtschaftlich lebende Bevölkerungsteile in die Marktökonomie zu zwingen.

aus: *Lateinamerikanachrichten* 280 / 2004

[1] *Ecosystem Profile. Northern Region of the Mesoamerica Biodiversity Hotspot. Belize, Guatemala, Mexico. Final Version, CEPF January 15, 2004. 58 Seiten.*

[2] [www.iadb.org/idbamerica/archive/stories/1998/eng/sr98e3.htm](http://www.iadb.org/idbamerica/archive/stories/1998/eng/sr98e3.htm)

[3] Brand, U. und Görg, C: *Postfordistische Naturverhältnisse. Westfälisches Dampfboot, Münster 2004, S. 170.*

[4] [www.corpwatch.org/article.php?id=9448](http://www.corpwatch.org/article.php?id=9448)

# Kurzinfo zu Private Public Partnerships (PPP)

Private Public Partnerships (PPP) oder auch Entwicklungspartnerschaften bezeichnen die Kooperation öffentlicher und privater Partner im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Sie hat zum einen das Ziel, privatwirtschaftliche Mittel, Ressourcen und Knowhow zu mobilisieren, zum anderen sollen die Privatunternehmen für ein Engagement in Corporate Citizenship und Corporate Social Responsibility (d.h. Einhaltung von Menschenrechten, Arbeitsnormen, Umweltschutz bei der Produktion) sensibilisiert werden. 1999-2002 wurden von der deutschen Entwicklungshilfe mehr als 1000 PPP-Projekte in 70 Ländern mit finanziellem Gesamtvolumen von 4,7 Mrd. Euro (davon 1,8 aus öffentlichen und 2,9 Mrd. Euro aus privaten Mitteln) initiiert.

## Philosophie

Seit Mitte der 90er Jahre ließ sich eine Marginalisierung der traditionellen EZ im Vergleich zu anderen wirtschaftlichen Aktivitäten beobachten: Der Anteil ausländischer Direktinvestitionen stieg 1990-2000 von 25 auf 238 Mrd. US-Dollar jährlich, wohingegen im selben Zeitraum die international insgesamt verfügbaren EZ-Mittel auf 50 Mrd. US-Dollar zurückgingen. PPP sollten im Zuge eines umfassenden Paradigmenwechsels letztendlich die EZ stärken und somit ihr Versinken in der Bedeutungslosigkeit verhindern. Nach dem Vorbild der Strukturanpassungsprogramme multilateraler Finanzorganisationen (IWF, Weltbank), die Handelsliberalisierung, Deregulierung und den Rückzug des Staates aus der Grundversorgung (Wasser, Abfall, Energie, Transport, Gesundheit, Bildung) fordern, um so den Transnationalen Konzernen ihre wahre Rolle als Entwicklungshelfer zu erleichtern, erwartet nun auch die deutsche Entwicklungspolitik, eine erfolgreiche Armutsbekämpfung durch private Investitionen, freie Marktwirtschaft und sich daraus

ergebenes Wirtschaftswachstum (Trickle Down-Effekt) mittels PPP umsetzen zu können. Darüber hinaus verspricht man sich durch den PPP-Ansatz eine ressourcenschonendere Wirtschaftlichkeit, einen höheren Wirkungsgrad durch die betriebswirtschaftliche Ausrichtung und eine höhere Nachhaltigkeit durch die privatwirtschaftlichen Investitionen – kurzum, durch die finanzielle Beteiligung der Privatunternehmen erhofft man sich auch ein größeres Interesse derselben am Erfolg der EZ-Projekte. Umgekehrt lassen sich für die Wirtschaft entscheidende Interessen durch PPP viel versprechend realisieren (z.B. Imagegewinn, Marktzugang, Nutzung von EZ-Dienstleistungen wie geringere Kreditkosten und Übernahme der Ausbildungskosten durch Entwicklungsorganisationen).

## Umsetzung

Bedingung für die Genehmigung eines PPP-Projektes ist die Erfüllung eines 5-Punkte-Kriterienkatalogs: (1) EZ-Konformität, d.h. die Projekte müssen mit den entwicklungspolitischen Zielvorgaben der Bundesregierung vereinbar sein (Einhaltung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit/-sicherheit, Partizipation, soziale Marktwirtschaft, Umweltfreundlichkeit, Nachhaltigkeit, Gleichberechtigung, Armutsminderung), (2) Komplementarität, d.h. das Zusammenwirken öffentlicher und privater Partner muss günstiger, wirksamer und schneller zum Ziel führen als allein, (3) Subsidiarität, d.h. es werden nur Projekte gefördert, die von einem Partner allein nicht umsetzbar wären, (4) öffentliche Ausschreibung des Projektes, (5) der private Beitrag muss mindestens 50% betragen. Die Einhaltung dieser Kriterien soll eine Angleichung der EZ-Strategien an die der Außenwirtschaftsförderung

(Hermes-Bürgschaften etc.) verhindern – gleichwohl ist eine enge Kooperation mit der deutschen Wirtschaft zur Sicherung deutscher Arbeitsplätze und zur Förderung deutscher Unternehmen schon immer ein zentraler Bestandteil deutscher Entwicklungspolitik gewesen. Außerdem erschließen sich der deutschen Wirtschaft durch PPP Bereiche, die bislang der öffentlichen Hand vorbehalten waren (Infrastruktur, Gesundheit, Bildung).

Die Umsetzung von PPP kann auf unterschiedlichen Wegen erfolgen. Einerseits sei hier die PPP-Fazilität genannt, die 1999 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für kleine (< 200.000 Euro EZ-Anteil), kurzfristige (< 3 Jahre) Projekte eingerichtet wurde. 1999-2002 wurden in 528 Projekten insgesamt 56,4 Mio. Euro bereitgestellt. Die Bereitstellung kann durch die Durchführungsorganisationen auf recht unbürokratische Weise innerhalb von 14 Tagen ohne Einbindung in den größeren Rahmen bilateraler EZ bzw. ohne Beteiligung der Regierungen der Partnerländer erfolgen. Andererseits können PPP als Teil der herkömmlichen technischen oder finanziellen EZ verwirklicht werden, wobei Laufzeit und Höhe des öffentlichen Beitrags nicht begrenzt und die Umsetzung im Vergleich zur Finanzierung aus der PPP-Fazilität eher langwierig ist. Außerdem wurden bereits zuvor durch die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) vermittelte Investitionsförderungen zu PPP umdefiniert und somit um Zuschussmöglichkeiten der PPP-Fazilität erweitert – sie stellen einen nicht unerheblichen Anteil am PPP-Gesamtvolumen dar: 1999-2002 wurden 178 Projekte

mit über 3,7 Mrd. Euro (davon ca. 2,7 Mrd. Euro privatwirtschaftlicher Anteil) außerhalb und zusätzliche 230 Projekte mit 84,8 Mio. Euro (davon 55,3 Mio. Euro privatwirtschaftlicher Anteil) innerhalb der PPP-Fazilität von der DEG durchgeführt. Im selben Zeitraum führte die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) 34 Projekte mit 26,7 Mio. Euro (davon 13,5 Mio. Euro privatwirtschaftlicher Anteil) im Rahmen herkömmlicher bilateraler EZ und weitere 276 Projekte mit 100,8 Mio. Euro (davon 57,9 Mio. Euro privatwirtschaftlicher Anteil) innerhalb der PPP-Fazilität durch. Der traditionelle Schwerpunkt der GTZ in berufsbildenden Projekten spiegelt sich dabei in beiden Bereichen in einem hohen Anteil an den PPP-Projekten wider.

Die Durchführungsorganisationen sehen ihre Rolle innerhalb der PPP-Projekte vornehmlich als Dienstleister – dieser Rolle versuchen sie auf den verschiedenen Ebenen gerecht zu werden: auf der Projektebene (Vermittlung von Ansprechpartnern, Organisation von Tagungen, Mitfinanzierung von Ausbildungsprogrammen, Investitionskreditbereitstellung, Bürgschaften, Co-Finanzierung, Subventionen), auf der Ebene der Institutionen (Capacity Building für

Regulierungsbehörden) und auf der Ebene der rechtlichen Rahmenbedingungen (Einwirken auf Gesetze und marktwirtschaftliche Reformen, Abbau von Investitionshemmnissen, Integration des PPP-Ansatzes in die Politik des Partnerlandes).

### Kritik

Viele PPP-Projekte unterscheiden sich kaum von herkömmlichen EZ-Projekten, insbesondere die über 500 durch die PPP-Fazilität bezuschussten Projekte. Außerdem fehlt es gerade auch diesen kurzfristigen Maßnahmen an einer genügenden Einbettung in das entwicklungspolitische Gesamtkonzept (Gefahr des Wildwuchses kleinteiliger Einzelprojekte). Das Ziel, zusätzliche Mittel von privatwirtschaftlicher Seite für EZ-Projekte zu mobilisieren, wurde nur begrenzt erreicht: innerhalb der PPP-Fazilität sind es ca. 121 Mio. Euro in 4 Jahren und auch außerhalb der Fazilität bleibt der Eigenanteil der Unternehmen meist niedrig. Die Bilanz wird lediglich durch die Investitionsprojekte der DEG geschönt, bei denen es sich nicht um PPP im eigentlichen Sinne handelt. Auch lassen sich Mitnahmeeffekte, d.h. Bezuschussung von ohnehin

geplanten Projekten, nur schwer verhindern. Ebenfalls gering ist die Ausrichtung auf die ärmsten Entwicklungsländer – im Gegenteil, durch die PPP-Projekte wird noch verstärkt das Kapital in die ohnehin favorisierten Schwellenländer gezogen. Die Einführung und Ausgestaltung von PPP erfolgte trotz eines Mangels an Partizipation der Regierungen, Behörden der Partnerländer und nichtstaatlicher Entwicklungsorganisationen. Letztendlich muss darüber hinaus auch ein Mangel an Transparenz festgestellt werden, da Unternehmensinteressen eine Offenlegung wichtiger Daten, etwa der Geschäftsstrategie oder geplanter Investitionen, einschränken, und die EZ selbst nur über rudimentäre Daten des Projektes verfügt, da die Abwicklung vielfach in der Hand des Unternehmens liegt.

### Quellen

"Zauberformel PPP. Entwicklungspartnerschaften mit der Privatwirtschaft. Ausmaß – Risiken – Konsequenzen"(Uwe Höring, Weed Arbeitspapier, Oktober 2003)  
"Gemeinsam Entwicklung gestalten – Partnerschaften zwischen privater Wirtschaft und öffentlicher Entwicklungsarbeit" (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, April 2001)

---

## Strategien zur Sicherung genetischer Ressourcen

### Die Rolle der Wirtschaft und der Human-Capacity-Building in der Zusammenarbeit (EZ)

Im vorangehenden Artikel wurden Public-Privat-Partnership-Projekte und ihre Bedeutung in der EZ beschrieben. Ausgehend von der Tatsache, dass mit PPP-Projekten eine „win-win“-Situation geschaffen werden soll (d.h., dass sowohl die Menschen in der Projektregion, als auch die beteiligte Firma „gewinnen“ sollen), liegt die Vermutung nahe, daß sich die an genetischen (und biologischen) Ressourcen interessierte Industrie über PPP-Projekte einen Zugang zu diesen sichern könnte. So ließe sich von der Firma ein Engagement im Naturschutz als positives Image nutzen und gleichzeitig könnten sie auf die Erfahrungen der EZ für eine bessere Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung bei der Bioprospektion zurückgreifen. Eine Zeitlang geisterte das Gerücht durch Chiapas, dass Syngenta sich angeboten hätte das Biosphärenreservat Montes Azules zu „managen“.

Um eine Vorstellung davon zu bekommen, welche Handlungs- und Aktionsfelder für PPP-Naturschutzprojekte (im EZ-Jargon: „Schutz und nachhaltige Nutzung von Biodiversität“) in Frage kommen könnten, hier eine Aufzählung des bisherigen Aktionsrahmens der deutschen (und internationalen) EZ:

- Etablierung zweckmäßiger Rahmenbedingungen für Schutz und nachhaltige Nutzung von Biodiversität

- Bestandsaufnahme, Monitoring und Forschung
- In-situ Schutz (genetische Ressourcen/Pflanzen in ihrem normalen Lebensraum erhalten, z.B. Biosphären Reservate)
- Ex-situ Schutz (genetische Ressourcen/Pflanzen „außerhalb“ ihres normalen Lebensraumes erhalten, z.B. in Genbanken)
- Nachhaltige Nutzung
- Aus- und Fortbildung
- Öffentlichkeitsarbeit und Akzeptanzsteigerung
- Know-how- und Technologietransfer, Informationsaustausch

Auch wenn diese Handlungs- und Aktionsfelder für z.B. einen Pharmakonzern von großer strategischer Bedeutung sein müßten, werden bisher wenige PPP-Projekte im Bereich „Schutz und nachhaltige Nutzung von Biodiversität“ durchgeführt. Zahlenmäßig überwiegen PPP-Projekte mit Infrastrukturmaßnahmen.

Die Ursache für das geringe Interesse der Wirtschaft an PPP-Projekten im „Umweltbereich“ liegt, aus Sicht der GTZ und anderen, in der mangelnden betriebswirtschaftlichen Attraktivität von Naturschutzmaßnahmen wegen der bisher unzureichenden Inwertsetzung der Leistungen des Naturhaushaltes und der daraus resultierenden Güter.

### Deutsche EZ, Biodiversität und Mittelamerika/südliches Mexiko

Ehemalige GTZ Mitarbeiter berichten, dass bis 2002 der *Corredór Biológico Mesoamericano* (CBM) ein Prestige-Projekt der deutschen EZ war, für das viele Gelder bereitgestellt wurden. Danach wurden die Mittel für den CBM stark gekürzt, zum Einen wegen Problemen vor Ort (u.a. Interessenskonflikte und

Kompetenzgerangel zwischen den beteiligten Ländern in Mittelamerika) und zum Anderen mußte die deutsche EZ akzeptieren, daß die Region zum unmittelbaren Einflußgebiet der USA gehört, so die Einschätzung einer ehemaligen GTZ Mitarbeiterin. Das Hauptinteresse der deutschen EZ im Bereich Biodiversität heute konzentrierte sich auf die Amazonas-Region und Zentralafrika, auch zwei Biodiversität-Hotspots.

Trotzdem existieren noch eine Reihe von GTZ-Projekten im Naturschutzbereich in Mittelamerika. In den südlichen Bundesstaaten Mexikos hat die GTZ in diesem Jahr sogar zwei neue Projekte gestartet (vgl. EU-Projekt-Artikel).

Im „ehemaligen Prestige-Projekt“ CBM ist die GTZ auf der Mikroebene im Biosphären Reservat *Rio Platano* in Honduras aktiv, d.h. mit z.B. einem Ökotourismusprojekt, nachhaltigen Agrarprojekten und Schulungen der Bevölkerung und der Verwalter in Sachen Biosphären Reservats Regeln. Ansonsten scheint sich die GTZ aus Naturschutz-Projekten vor Ort zurückgezogen zu haben. Sie sieht ihre Aufgabe vielmehr auf der Makroebene, in der Politikberatung. Das Koordinierungsbüro der GTZ für CBM-Projekte sitzt in Managua, Nicaragua und ist vor allem auf der internationalen Ebene aktiv, d.h. damit beschäftigt, die Zusammenarbeit, Planung und Koordinierung auf der Ebene der Ministerien der beteiligten Länder zu unterstützen und voran zu treiben, Verwaltungsstrukturen zu stärken und Methoden zur Umsetzung des CBM-Projekts zu entwickeln. Laut eines GTZ Mitarbeiters würde die Arbeit häufig durch den fehlenden politischen Willen der entscheidenden Stellen vor Ort erschwert.

Projekte, wie in China auf der Insel Hainan, bei dem das Unternehmen Bicol Biotechnology (Shanghai), Tochter von Bicol GmbH aus München, als Teil seines PPP Beitrags ein Pilotlabor im Naturschutzgebiet aufstellte und umfassende Pflanzensammlungen durchführte, scheinen eher selten. Jedenfalls laut der *zugänglichen* Daten der deutschen Entwicklungshilfe-Institutionen.

Über die Förderung von PPP-Bioprospektionsprojekten besteht in der GTZ bisher keine einheitliche Meinung. Grund hierfür sind wohl bisher bestehende rechtliche (und ethische) Unsicherheiten.

Insgesamt zielt die überwiegende Mehrheit der allgemeinen EZ-Projekte im Bereich Naturschutz auf ökologisch orientierte landwirtschaftliche Produktion und auf die Nutzung nichtforstlicher Waldprodukte (72,5%), oft in Verbindung mit Zertifizierung und Export der Produkte nach Europa.

Dabei ist zu beachten, dass mit „**nichtforstliche Waldprodukte**“ neben Honig, Orchideen und anderen „Waldprodukten“, auch Pflanzen mit chemischen Wirkstoffen gemeint sind, die u.a. für die Entwicklung medizinischer und kosmetischer Produkte genutzt werden können. Das bedeutet, dass der Verkauf von „nichtforstlichen Waldprodukten genauso zu Biopiraterie führen kann, wie die Bioprospektion, die in ihrer engeren (EZ-) Bedeutung nur die Suche nach *genetischem* Material meint.

#### Ebenen der Entwicklungszusammenarbeit:

EZ geschieht nicht nur auf der **Mikroebene** in meist räumlich und zeitlich begrenzten Projekten (z.B. Ex-Situ-Sammlung). Auf der **Mesoebene** richten sich die Vorhaben auf die Etablierung bzw. den Zuschnitt von Verbänden, Institutionen und öffentlichen Einrichtungen (z.B. Schulungen von höherem Verwaltungspersonal, wie Biosphären-Regelungen umgesetzt und überwacht werden können). Projekte auf der **Makroebene** dienen der Beeinflussung von politischen und sozialen Rahmenbedingungen in nationalem und überregionalem Kontext (z.B. Schaffung gesetzlicher Regelungen zu „pflanzengenetischen Ressourcen“ oder die Veränderung von Verwaltungsstrukturen) Die Frage, ob und wie Entwicklungszusammenarbeit an der „Sicherung“ genetischer Ressourcen entsprechend einer ökonomischen Logik beteiligt ist, beschränkt sich nicht nur auf PPP-Projekte auf der Mikroebene. Einen wesentlichen Faktor in der EZ spielt die Human-Capacity-Building (Schulungen, Aus- und

Weiterbildung), mit der auf allen drei Ebenen „beraten“ oder „Einfluß genommen“ wird.

Während auf der Mikroebene Akzeptanzsteigerung mit der Bevölkerung geübt wird oder Biosphären-Verwalter im „Biosphären-Management“ unterrichtet werden, werden auf der Mesoebene Verwaltungsangestellte darin geschult, wie sie Verwaltungsstrukturen effizienter und „nachhaltiger“ gestalten können. Auf der Makroebene schließlich werden nationale Politikberater mit Human Capacity Building auf ihre Aufgabe vorbereitet bei der nationalen Gesetzgebung zu beraten.

### **Exkurs: Rechtliche Unsicherheiten**

Bei der Beschreibung der fortschreitenden Privatisierung und Kommerzialisierung von genetischen Ressourcen und traditionellem Wissen reicht es nicht, nach konkreter Bioprospektion und Forschungsvorhaben zu schauen. Während Ethnobotaniker, vieler Orts unerkannt, schon in den biodiversitätsreichen Gegenden der Welt unterwegs sind, wird auf der „Law and Policy-Ebene“ an „Intellectual Property-Rights“ (IPR) gearbeitet. Diese „geistigen Eigentumsrechte“ in Form von Patenten bilden die juristische Absicherung, mit denen sich Konzerne und Universitäten ihre Gewinne aus der biotechnologischen Forschung sichern und unerwünschte Konkurrenz verhindern wollen.

Der wissenschaftliche und technologische Fortschritt hat dem „Norden“ (industrialisierte Länder) lange Zeit die wirtschaftliche Überlegenheit über den „Süden“ gesichert. Als einigen Entwicklungsländern, wie z.B. Indien und Brasilien, der Aufbau eigener Forschung und Technologien gelang (z.B. Generika-Produktion, weil nicht das Medikament selbst patentiert war, sondern nur die Produktionsweise und somit der Weg offen, billigere Produktionsweisen zu erfinden), entstand die Notwendigkeit für die Konzerne aus dem „Norden“ ihre technologische Überlegenheit und ihre bisherige wirtschaftliche Machtposition zu verteidigen. Es wurde ein Weg gesucht wie man alle Länder dazu bringen könnte IPRs und Patente in ihrer nationalen Gesetzgebung festzuschreiben, um so z.B. das „illegale“ kopieren von Medikamenten und Software zu unterbinden und die Patentierung von genetischem Material möglich zu machen.

Bei der Gründung der WTO war das TRIPs (Trade Related Intellectual Property Rights)-Abkommen zentraler Bestandteil der Verhandlungen. Laut Beobachtern hätte die USA eine WTO ohne TRIPs nicht akzeptiert und auch Europa und Japan sahen ihre Vorteile darin. Die Lobbyisten der Großkonzerne, v.a. Pharma- und Computerindustrie, hatten jahrelang auf dieses Ziel hingearbeitet. (vgl. Vandana Shiva, Biopiraterie: Kolonialismus des 21. Jahrhunderts, S. 91-93 und Peter Drahos/ John Braithwaite, Information Feudalism – Who owns the Knowledge Economy?)

Seitdem geht es darum das internationale Rahmenabkommen TRIPs in jeweiliges nationales Recht umzusetzen.

Die Umsetzung in nationales Recht erfordert ein sehr hohes Niveau an relativ neuem themenspezifischem Wissen, was in ärmeren Ländern bisher kaum existierte.

Und an diesem Punkt setzt ein Bereich der Entwicklungszusammenarbeit an – das „Human Capacity Building“.

### **EZ in die Köpfe pflanzen: Consulting und Human Capacity Building**

Im Namen der Entwicklungszusammenarbeit werden weltweit zahlreiche Seminare und Workshops zu verschiedenen Themen durchgeführt. Ausländische Fach- und Führungskräfte werden z.B. im „good governance“ beraten, im „Management von Biosphären Reservaten“ geschult und eben auch darin geübt, wie verschiedene internationale Abkommen in nationales Recht festgeschrieben werden können/sollten. Zielpersonen für letztere Schulungen sind Personen, von denen man ausgeht, daß sie Einfluß auf den Prozeß der Gesetzesgestaltung in ihrem jeweiligen Land haben werden.

Inhalt dieser Schulungen ist Faktenwissen über die Vorgaben internationaler Abkommen, unter Ausklammerung ihres politischen und wirtschaftlichen Konfliktpotenzials.

Zur Veranschaulichung ein konkretes Beispiel einer einwöchigen Schulung zum Thema: „Law and Policy of Relevance to the Management of Plant Genetic Resources“, an der 26 für diesen Bereich wichtige Leute aus der ganzen Welt teilnahmen.

Teil der Schulung war u.a. die Auseinandersetzung mit der UNO-Konvention zur biologischen Vielfalt (CBD) und die Diskussion um „Access und Benefit-Sharing“. Ein halber Tag wurde den „Problemen mit dem Access“ gewidmet. Die „Probleme mit dem Benefit“ hingegen war nicht Gegenstand der Schulung.

Dabei ist die Diskussion um Access und Benefitsharing gerade in dem Spannungsverhältnis zwischen dem technologischen Norden und dem biodiversitätsreichen Süden entstanden -der Norden will Zugang (Access) zu den

genetischen Ressourcen/der biologischen Vielfalt im Süden, während der Süden im Gegenzug einen Gewinnbeteiligung erhalten soll.

Bei den „Problemen mit dem Access“ sollten die Teilnehmern in Gruppenarbeit vier Fallbeispiele bearbeiten. Der grundsätzliche Interessenkonflikt am Umgang mit genetischen Ressourcen und die Gefahr, daß sich das globale Ungleichgewicht weiter verschärft, wurde in den Fallbeispielen fein säuberlich ausgeklammert. In allen vier Beispielen ging es darum, daß ein Entwicklungsland X ein anderes Entwicklungsland Y um Zugang zu einer bestimmten Pflanze (einer bestimmten genetischen Ressource) bittet.

Während indigene Rechte in der CBD erwähnt sind (da indigene Gemeinschaften häufig in Regionen hoher Biodiversität leben) wurden sie in dem Workshop nicht berücksichtigt. „Man kann ja nicht alle Themen in einen Workshop von einer Woche packen...“, so eine der VeranstalterInnen, als sie darauf angesprochen wurde.

An der Durchführung dieses speziellen Workshops waren neben der GTZ und IPGRI (International Plant Genetic Resource Institut mit Sitz in Rom, Teil von CGIAR) auch InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung) beteiligt. InWEnt ist die deutsche Durchführungsorganisation des Bundesministeriums .....(BMZ) in Sachen Weiterbildung für ausländische Fach- und Führungskräfte. Jährlich durchlaufen 35 000 Leute die verschiedenen InWEnt Kurse in Deutschland und im Ausland.

Neben der Politikberatung durch deutsche Experten in den entsprechenden Ländern, sind Human-Capacity-Building-Kurse die zweite „nachhaltige“ Methode, um Einfluß auf die Gestaltung der Politik, der Wirtschaft und in diesem Fall auf den Umgang mit Biodiversität zu gewinnen. Weltweit werden jährlich eine unüberschaubare Zahl von Capacity-Building-Kursen über zahlreiche eng zusammenarbeitende globale Netzwerke durchgeführt. Eine genauere Betrachtung der CGIAR (Consultative Group on International Agriculture Research), eines der ältesten globalen Politiknetzwerke, für deren Politik die Weltbank maßgeblich verantwortlich ist und sich aus 16 Agrarforschungs- und Bildungsinstitutionen zusammensetzt, läßt den Umfang von Human Capacity-Building im Bereich genetische Ressourcen nur erahnen.

Ein Herrschaftsdiskurs wird in der weltweiten Fach- und Führungskräfte-Elite geprägt –biologische Vielfalt dabei zur genetischen Ressource umdefiniert und „In-Wert“ gesetzt.

Diese Art der „Entwicklungszusammenarbeit“ wird mit der Notwendigkeit des Wissens- und Technologietransfers vom Norden in den Süden begründet, der die „Entwicklung“ des Landes fördern soll. Tatsächlich gewährleistet man so, daß die lokalen Experten in der gleichen Logik denken, wie sie das in den Schulungen dieser Kurse gelernt haben.

Die „Beratung und Schulung in Sachen genetische Ressourcen“ verläuft still und zum Großteil unbemerkt, zu unübersichtlich sind die vielen Kooperationen der globalen Politiknetzwerken zu denen auch GTZ und InWEnt, als ausführende Organe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, gehören.

Die vernetzten Human-Capacity-Building-Seminare schaffen eine einheitliche Perspektive auf Biodiversität als zu vermarktende „genetische Ressource“. Sie nutzen ihren Einfluß um u.a. nationale Regelungen zu geistigen Eigentumsrechten im Interesse der Wirtschaft zu verfassen, und üben eine Form des „vernetzten Regierens“ aus, daß in seinen konkreten „Taten“ und Auswirkungen auf allen Ebenen schwer zu fassen und demokratisch kaum zu kontrollieren ist.

---

## Zur Landfrage, Entwicklungsmodell und Bevölkerungspolitik

Die Landfrage sowie die Einordnung und Form des Landeseigentums sollten der Kern des Entwicklungsmodells in den so genannten Entwicklungsländern sein. Dennoch wird sie im aktuellen Diskurs über nachhaltige Entwicklung als Gegenpendant, das heißt als Haupthindernis für die Naturschutzzwecke angesehen.

Wenn man behauptet, dass Landverteilung und Anordnung der Produktionsprioritäten einer Gesellschaft zugeordnet sind, so soll man untersuchen, welche Formen des Eigentums privilegiert werden, an welche Gruppen das Recht auf Land zugeschrieben

wird und zu wessen Interessen eine oder die andere Gruppe als legitim vorgeschoben wird.

Es geht hier darum, eine kurze Analyse über die Verbindungen zwischen Landfrage und Umweltfrage in Zentralamerika zu skizzieren, und konkreter um den Versuch, deren Umsetzung in den derzeitigen Entwicklungsprojekten zu verstehen.

Es ist daher nicht unnützlich, einen Rückblick auf die vergangenen Agrarreformen in dieser Region zu werfen, zu einem für das, was sie über die Produktionsmodelle aussagen und zum zweiten weil die

heutige Situation als eine Schlussfolgerung der durchgeführten Landpolitiken zu betrachten ist.

Das Beispiel Nicaraguas ist insofern interessant, weil das Land in den letzten 50 Jahren mit mindestens zwei Landreformen experimentiert hat. Die erste, in den 50-60er Jahren, zu Somoza's Zeit diente hauptsächlich dazu den reichen Boden der Pazifikküste für den Großgrundbesitz, also für die Exportproduktion (Baumwolle, Bananenplantagen, Zuckerrohr) frei von Kleinbauern zu schaffen. Die daraus folgende Kolonisierung der Atlantikküste diente also dazu, den Druck der Bauern auf das Land zu bremsen.

Den gleichen Prozess, mit lokalen Unterschieden, konnte man zur gleichen Zeit auch andernorts beobachten: In Honduras führte die Agrarreform zur Gründung von Kooperativen die sich allmählich fast ausschließlich dem Anbau von Palmen widmeten und letztendlich 30 Jahren später in die Arme der Transnationalen zurückfielen. Im Fall von Chiapas ist, beispielsweise, die Kolonisierung des Lacandonischen Walds auf diese Zeit zurückzuführen.

Für die heutige Debatte ist wichtig zu behalten, dass - schematisch dargestellt - durch diese Einteilung zwei Gruppen entstanden sind: auf der einer Seite eine proletarisierte, lohnabhängige Landarbeitskraft, die in der Exportmassenproduktion eingesetzt wurde und auf der anderen ein Überrest von marginalisierten Kleinbauern, die an den Rand der "Zivilisierten Welt" (die so genannte Agrargrenze) zurückgedrängt wurden.

Im Fall Chiapas kann man die Indigenabevölkerung in die zweite Gruppe einbeziehen.

Zurück zu Nicaragua. Dort hat die unter der sandinistischen Regierung durchgeführte Agrarreform die Produktionsstruktur nicht grundsätzlich verändert. Es wurde nach wie vor auf Exportprodukte gesetzt und daher wurde die Kollektivierung bzw. Verstaatlichung der Landbetriebe als Hauptmittel für die Produktivitätserhöhung erklärt.

Ab dann, um den aktuellen Einschlag der Landpolitik zu verstehen, müssen folgende Elemente berücksichtigt werden:

In Nicaragua

1. Der rasche Abbau der Baumwollplantagen (in der Pazifikgegend ende der 80er Jahren).
2. Die Krise, die im allgemein die Exportprodukte betrifft (Viehzucht, Bananen und zuletzt Kaffee)
  - Dies führt wiederum auf nationaler Ebene zum Bankrott (hauptsächlich von Großgrundbesitzern verursacht) der Nationalen Kreditbank (BANADES) im 1997.
3. Die Rückkehr in die freie Marktwirtschaft durch die Regierung, die 1990 die Ämter übernommen hat, bezieht auch das Land mit ein.

Es treffen also sowohl wirtschaftliche als auch politische Gründe aufeinander, um einen neuen Kurs in Richtung Land und Entwicklungspolitik einzuschlagen.

Dazu soll man noch anmerken, dass ab dann, auf die so genannte „Kontrolle“ verzichtet wurde, die sowohl politische (im Falle Nicaragua hauptsächlich durch den Krieg zu erklären) als auch nationale Wirtschaftsplanungszwecke diente. Zu dieser Zeit, wird Nicaragua (und gewisser Maßen auch El Salvador) ein Labor für die goldenen Jahren der Staatsabschaffung und der „allein-durch-den-Markt-Regulierungstheorien“. Auf dieser Ebene, kann man einen interessanten Vergleich mit Honduras und vor allem mit Mexiko ziehen. Die Durchführung vom Titulierungsprogramm PROCEDE, die durch den Amtsantritt von Vicente Fox verstärkt angetrieben wird.

In dieser Logik geht es nämlich nicht mehr darum, Landproduktion oder Arbeitskraft zu kanalisieren (und deswegen politisch zu kontrollieren wie zur PRI-Zeiten durch die staatlichen Förderungsprogramme (PROCAMPO, SOLIDARIDAD, PROGRESA), sondern eher den Überfluss abzuschaffen und räumlich einzudämmen.

Die Frage ist nun: wohin mit der Landbevölkerung, dessen Arme nicht einmal zum Kaffeepflücken gebraucht werden?

Um das Problem zu lösen, müssen wohl neue Instrumente geschaffen werden. Diese heißen: „Clusterwirtschaft“ (es werden die Produktionsvorteile einer Gegend gegen die andere ausgespielt), Dezentralisierung (es ist einfacher mit einer kleinen – möglicherweise verarmten- Struktur zu verhandeln, als mit einer nationalen, die an einem integralen Entwicklungsmodell hängt), Bevölkerungskonzentrierung in zu urbanisierenden Entwicklungspolen (einer der Hauptziele des Puebla Panamá Plan).

Es ist also nicht verwunderlich, dass parallel dazu ein neuer Diskurs entstanden ist, der die Landbevölkerung wieder einmal in Gruppen einteilt: die wettbewerbsfähige und die unwettbewerbsfähige. Die Indígena-Bevölkerung nimmt, wie man später sehen wird, in dieser Einteilung einen besonderen Platz.

Dieser Diskurs, dessen Hauptzweck es ist, sich den modernen Marktwirtschaftsprioritäten anzupassen, wird in Zentralamerika (und Nicaragua ist wieder mal ein Lehrfall dafür) sehr prägnant von den Agenturen für Entwicklungszusammenarbeit sowie bestimmten NGO's vertreten.

Erklärt man beispielsweise (und wiederholt man bis zum satt werden), dass die von der Sandinistischen Agrarreform begünstigten ehemaligen Landarbeiter, keine echte Bauern sind, weil sie von den Lohnverhältnissen viel zu lang abhängig waren, und wendet man das selbe Argument bei den ehemaligen Armee - und Contraangehörigen an, so hat man schon eine effektiv selektive Arbeit geleistet. Bis den Wirtschaftsplanern etwas Besseres einfällt, sind diese

Landbewohner Kunden für das WFP (World Food Program), CARE und weitere Hilfsprogramme, oder eben Kandidaten für die nächstliegende Maquiladora (Lohnarbeit kennen sie ja schon...), im schlechtesten Fall Exilanten in Costa Rica oder den Vereinigten Staaten.

Für diejenigen, die es nicht soweit schaffen, bleibt noch die Alternative gen Osten zu ziehen (in Richtung Wald und Atlantikküste), um dort die Agrargrenze zu erweitern. Diejenige sind bestimmt die, die am meisten als „Sündenböcke“ einen repressiven Ansatz ins Naturkonservierungskonzept rechtfertigen.

Ihnen wird vorgeworfen (und in der folgenden Logik stimmt es auch), den zukünftigen „Wettbewerbsfähigen“ das Geschäft zu verderben. (In Nicaragua sind es zum Beispiel einige Indígenagruppen, die mit bestimmten Konservierungs-NGO's, bzw. Forschungsinstituten oder

Wiederaufforstungsprojekten, Bündnisse gemacht haben oder Kleinbauerngruppen, die bis jetzt –aber wie lange noch- sich fügsam als Versuchskaninchen für verschiedene Pilotprogramme bereit gestellt haben.

Zentralamerika scheint heutzutage eine Gegend zu sein, in der die Exportproduktion keine Alternative mehr darstellt. Insofern geht es darum, neue „Wettbewerbsfähigkeitsregeln“ vorzuschreiben. Eine der wichtigsten wird fleißig den wenigen Auserwählten von NGO's, Entwicklung und Ökoexperten vermittelt. Die Fähigkeit, das neue Naturschutz-Business verwalten zu lernen, soll wohl langsam(?) aber sicher, - sowohl auf dem Grund(stück) als auch im Bewusstsein- das Streben nach Land und das Recht auf eine würdige Subsistenzquelle, ersetzen.

---

## „Entwicklungszusammenarbeit“ und genetische Ressourcen

„Entwicklungszusammenarbeit“ hat ihren Preis, nicht nur, aber auch in Südmexiko und Mittelamerika. Wenn Institutionen wie die Weltbank, die *Global Environmental Facility* oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau Millionenbeträge in eine Region des wirtschaftlichen Südens dirigieren, sind daran Bedingungen geknüpft oder es werden Absichten verfolgt, die in ihrem Kern alles andere als wohlmeinend zu sein pflegen. Es gibt den plumpen, immer wieder funktionierenden Mechanismus, über Kreditvergabe Infrastruktur zu schaffen, die Auslandsinvestitionen begünstigt. Die Schulden werden dann von der Bevölkerung bezahlt. Es gibt die Strategie, Gelder für „soziale und ökonomische Entwicklungsprojekte“ bereitzustellen (wie z.B. kürzlich 15 Mio. EUR von der EU in Chiapas), um auf diese Weise eine in der Bevölkerung verwurzelte Aufstandsbewegung „auszutrocknen“ und so das Investitionsklima zu verbessern. Schließlich gibt es das Bestreben, über Entwicklungszusammenarbeit das Verschwinden von Dingen zu verhindern, die für Pharmakonzerne und Agrobusiness attraktiv sind, und für die mittelfristig eine Kommodifizierung geplant ist. Dazu zählt die in dieser Region bedrohte biologische Vielfalt, bedroht durch.

- den Siedlungsdruck landloser Bauern (den man beseitigen will, indem man sie vertreibt, statt ihnen eine Alternative zu bieten);
- illegalen Holzeinschlag seitens großer Firmen (wo man beide Augen zudrückt)

Dem Waldverlust kann man ausgezeichnet mit Wiederaufforstungsprojekten begegnen, mit der Option einen lukrativen Emissionshandel zu betreiben. Dies wiederum wird der Öffentlichkeit als „soziales Projekt“

im Rahmen von Public-Private-Partnership-Programmen verkauft, so z.B. in Nikaragua unter Beteiligung der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und des Firmenkonglomerats ECOM. Neben der ökologischen Unsinnigkeit, CO<sub>2</sub> in vergänglichen Bäumen einzufangen statt den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren, gibt es die alarmierende Tendenz, bei Aufforstungsprojekten gentechnisch veränderte Bäume anzupflanzen – nach Expertenmeinung ein wenig beachtetes, aber ökologisch noch gefährlicheres Unterfangen als der Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft. Notorisch für diese Aktivitäten sind transnationale Unternehmen wie die *Grupo Pulsar* (Mexiko) und *Temple-Inland Forest Products International* (USA).

Parallel zu den Aufforstungsprojekten, deren gentechnischer Aspekt im Widerspruch zur Erhaltung der biologischen Vielfalt steht, gibt es die Interessen jener Konzerne, deren künftige Profite vom Rückgriff auf pflanzengenetische und andere biologische Ressourcen abhängen. Die Region des mesoamerikanischen biologischen Korridors ist für sie hochinteressant, denn hier drängen sich auf 0.5% der globalen Landfläche 7% aller beschriebenen Tier- und Pflanzenarten zusammen. Das Bestreben, sich diesen Reichtum unter den Nagel zu reißen, ist ein komplexer und z.T. widersprüchlicher Prozess. Über internationale Verträge - z.B. die UNO-Konvention über Biologische Vielfalt, das TRIPS<sup>1)</sup>-Abkommen und ALCA, das geplante Freihandelsabkommen der beiden Amerikas - wird Rechtssicherheit für diesen Aneignungsprozess geschaffen. Zur Zeit läuft die „Inventur“ – die Auflistung und Kartierung der biologischen Vielfalt.

Handfeste Belege für eine direkte Beteiligung von Pharmakonzernen bei diesem Prozess liegen - mit Ausnahme der erwähnten *Grupo Pulsar* - bislang nicht vor. Hier bilden von transnationalen Unternehmen finanzierte sogenannte Naturschutzorganisationen, wie *Conservation International* und *The Nature Conservancy* die Vorhut. Diese handeln, und das ist gut belegt, im Interesse der Konzerne und gegen die Interessen der örtlichen Bevölkerung. Zugleich sind sie Partner für die „Entwicklungszusammenarbeit“ der GTZ und anderer Institutionen.

Über „Entwicklungsprogramme“ wird versucht, die weitere Zerstörung der Regenwälder zu verhindern oder zumindest zu verlangsamen. Die ungerechte Landverteilung in den betreffenden Ländern wird dabei jedoch nicht angetastet. Im Gegenteil - private

Naturschutzgebiete betrachtet man als Teil der Lösung. Demarkierung, Entvölkerung und Bewachung von unlängst zu Biosphärenreservaten erklärten Territorien (die seit vielen Jahren besiedelt sind) stehen auf der Tagesordnung. Über Ökotourismus als vermeintliche wirtschaftliche Alternative bis zu punktueller lokaler Wirtschaftsförderung wird versucht, die Situation unter Kontrolle zu bringen. Das Primat bei solchen Programmen hat dabei der Schutz genetischer Ressourcen. Armutsbekämpfung ist im günstigsten Fall ein Nebenprodukt, in aller Regel aber ein Lippenbekenntnis. Dies ist nicht akzeptabel.

<sup>1)</sup>TRIPS = Trade-Related Intellectual Property Rights (handelsbezogene geistige Eigentumsrechte)

---

## Naturschutzkonzepte im Wandel: Der Schutz biologischer Vielfalt

Biodiversität und deren Schutz bzw. Nutzung ist eines der zentralen Argumente für den Mesoamerikanischen Biologischen Corridor (MBC). Im folgenden will ich einen kurzen Überblick geben, welches Naturschutzkonzept sich hinter diesen Begriffen verbirgt. Dies erscheint mir wichtig, um zu verstehen, in welcher Art und Weise und mit welchen Bündnispartnern Projekte im Rahmen des MBC angegangen werden.

Der Begriff der biologischen Vielfalt (oder synonym Biodiversität) wurde im Rahmen der Verabschiedung der Konvention für biologische Vielfalt (auch engl. CBD genannt) in Rio 1992 international bekannt. Darin wurde die „Erhaltung der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergebenden Vorteile“ vereinbart.

Bemerkenswert ist, dass der Begriff der biologischen Vielfalt erst 1980 - 12 Jahre zuvor - erstmals auftaucht, und innerhalb recht kurzer Zeit eine Karriere bis hin zu einem internationalen

Abkommen nimmt. Bemerkenswert zudem, wo der Begriff (biologische Vielfalt) erstmals vorkommt: Ihr Verlust wird im „Global 2000 - Report to the President“ thematisiert. Der Bericht wurde auf Anforderung des Präsidenten Jimmy Carter vom US-amerikanischen Außenministerium und dem Council on Environmental Quality erstellt, dann aber wegen des Regierungswechsels kaum berücksichtigt. Der Bericht sollte die Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung und die Veränderungen der Umwelt sowie die zukünftige Verfügbarkeit von Ressourcen voraussagen. Angesichts des Verlustes der biologischen Vielfalt in den Tropen wurde unter Verweis auf die wirtschaftlichen Einbußen die Notwendigkeit ihres Schutzes festgestellt. Der Begriff taucht also schon beim ersten Mal im Zusammenhang mit seiner potenziellen Nutzbarkeit auf.

1981 hält dann USAID, die Organisation für die US-amerikanische staatliche Entwicklungszusammenarbeit, die „U.S. Strategy Conference on Biological Diversity“ ab und 1985 erscheint ein Bericht des Committee on Foreign Affairs des U.S. Congress mit dem Titel „U.S. policy on biological diversity“. Zunächst wird der Begriff also vor allem in Regierungskreisen

benutzt. Erst mit dem „National Forum on Biodiversity“ 1986 in Washington wurde erstmals öffentlichkeitswirksam auf den Verlust biologischer Vielfalt hingewiesen. Auf der Konferenz trafen sich Biologen, Wirtschaftswissenschaftler, Landwirtschaftsexperten und Vertreter von Hilfsorganisationen, um zu diskutieren, wie wertvoll Biodiversität ist und wie sich ihr Verlust aufhalten ließe..

Das Thema gewinnt in den folgenden Jahren auch international an Bedeutung, taucht etwa 1987 im Brundtland-Bericht auf, wo auch empfohlen wird, eine internationale Konvention zu erarbeiten. An der Vorbereitung dieser Konvention ist die World Conservation Union (IUCN) beteiligt, deren Entwürfe dann von der UNEP (dem Umweltprogramm der UN) weiterbearbeitet werden. Im Laufe der Verhandlungen um die CBD wird bald deutlich, dass vor allem Fragen des Zugangs, der Gewinnbeteiligung sowie des Technologietransfers eine Rolle spielen. Der Schutz der Vielfalt wird von Beginn an in einen Zusammenhang mit seiner Nutzung und dem Zugang zu den Ressourcen gesehen. Die biologische Vielfalt wird zu einem

Thema des Nord-Süd-Konfliktes, weil die Länder im Norden Interesse an den Ressourcen haben, diese jedoch sich im Süden befinden. Die Länder im Süden wiederum verfügen nicht über die Technologie, die Vielfalt auszubeuten.

Ein Umweltproblem ist nicht einfach da, sondern es muss zunächst in der Gesellschaft als Problem erkannt werden, um beispielsweise in der Politik bearbeitet zu werden. In den 80ern stellten Biologen fest, dass die Zahl der weltweit lebenden Arten viel höher ist als angenommen. Die meisten Arten seien nicht erforscht und bekannt und leben in den Tropen. In den Tropen – so die Wissenschaftler – werden die Lebensräume dieser Arten jedoch zerstört, etwa durch Rodung. Die Wissenschaftler warnten vor einer riesigen Anzahl von Arten, die aussterben würden, bevor sie überhaupt entdeckt und beschrieben seien. Das Ausmaß und die Bedeutung der biologischen Vielfalt wurde somit in den Tropen entdeckt.

Die Bedeutung, die unbekanntes Arten zugemessen wird, muss im Kontext der Nutzungsinteressen gesehen werden. Hierbei spielt die Gentechnologie eine wichtige Rolle. Mit der Gentechnologie besteht potenziell die Möglichkeit, den gesamten Genpool zu nutzen, Gene mit erwünschten Merkmalen von einem auf einen anderen Organismus zu übertragen. So können neue Medikamente oder gegen Schädlinge resistente Pflanzen entwickelt werden.

Entsprechend wird auch der Begriff der biologischen Vielfalt definiert: nicht nur als Artenvielfalt, sondern auch genetische Vielfalt (also die Vielfalt innerhalb der Arten) und die Vielfalt der Ökosysteme. Daran haben vor allem Biologen einen großen Anteil, denn die verschiedenen Aspekte der biologischen Vielfalt sind nicht intuitiv plausibel.

## **Der Unterschied zum vorher praktizierten Artenschutz**

Seit dem 19. Jahrhundert setzen sich Naturschutzinitiativen für den Schutz der unberührten Natur in bestimmten Gebieten ein. Insgesamt 26 internationale Artenschutzverträge wurden abgeschlossen. Angesichts der Feststellung des massiven Artensterbens wurde nach umfassenderen Ansätzen gesucht:

1. Nicht einzelne Arten, sondern die biologische Vielfalt als Ganzes (abstrakt; Arten-, genetische und Ökosystemvielfalt) soll geschützt werden. Dies ist eine verwissenschaftlichte Perspektive, die nicht intuitiv verständlich ist, erst recht nicht ohne eine Grundausbildung Biologie. Kleinbauern in Mittelamerika, die an Wiederaufforstungsprojekten beteiligt werden oder ihr Dorf verlassen müssen, um den Schutz der Biodiversität zu ermöglichen, werden sich wohl kaum mit diesem Konzept identifizieren können. (siehe auch 5).

2. Die Ursachen für das Artensterben werden nicht mehr in der Ausrottung einzelner Tierarten (etwa durch Überjagen) gesehen, sondern in der Vernichtung von Lebensräumen. Statt einzelner Arten (Pandabär oder Königstiger) sollen Lebensräume mit allen darin enthaltenen Arten wie Pilzen, Flechten etc. geschützt werden. Aus diesem Grunde fällt die Vielfalt der Ökosysteme wohl auch unter den Begriff biologischer Vielfalt. Als Lebensräume mit besonders hoher Biodiversität wurden Regenwälder und Korallenriffe herausgestellt, die vor allem in den südlichen Ländern vorkommen. (siehe 4).

3. Traditioneller Naturschutz zielt auf Naturschutzgebiete, in welche keine menschliche Intervention erfolgen soll (Naturschutz ohne Menschen). Der Schutz der Biodiversität schließt deren Nutzung durch die Menschen mit ein – Umwelt und wirtschaftliche Entwicklung werden verbunden. Der Idee nach soll die Nutzung den Schutz ermöglichen, denn sie gibt Anreize, die benötigten Ressourcen zu erhalten – und auch Geld, um den Schutz zu bezahlen. Dies kann Naturschutz mit Menschen genannt werden. Der

Schutz andererseits bietet die Grundlage für die Nutzung.

Wenn dennoch Menschen aus Naturschutzgebieten vertrieben werden wie in Montes Azules in Chiapas, so ist dies kein Widerspruch. Es gibt schlichtweg verschiedene

Nutzungsvorstellungen der Biodiversität, die auch im Konflikt zueinander stehen (Holzindustrie vs. Bioprospektion etc.). In diesem Fall laufen die Nutzungsinteressen durch die indigene Bevölkerung anderen Nutzungsinteressen zuwider. Wenn Gründe für die Vertreibung gefunden werden sollen, wird allerdings nicht gesagt, dass andere Nutzungsinteressen vorliegen, sondern es werden Naturschutzargumente genutzt: Die Indigenen zerstören den Wald etc. und müssen ihn deshalb verlassen.

Das Besondere an der biologischen Vielfalt ist, dass diese, da sie letztlich abstrakt ist, gar nicht genutzt werden kann: Genutzt werden nur einzelne Pflanzenarten, einzelne Gene etc. Der Nutzen der biologischen Vielfalt ist hingegen ihr potentieller Nutzen in der Zukunft. Das Ziel, eine möglichst große Vielfalt zu erhalten, lässt mehr Optionen in der Zukunft zu (Man weiß ja nicht, was man verliert. Deshalb soll erst einmal eine möglichst große Vielfalt geschützt werden.)

Indigene oder Kleinbauern, Bewohner tropischer Regenwälder nutzen nicht die biologische Vielfalt: Sie leben in einer Region (einem Ökosystem), nutzen einige ihnen bekannte Arten, beim Anbau von Mais etwa auch die Vielfalt innerhalb der Arten – ohne je von Genen gehört zu haben. Für sie von Bedeutung ist konkret der Verlust ihres Waldes, ihrer Heilpflanzen, ihrer Maissorten, nicht eine abstrakte biologische Vielfalt.

Die gentechnologische Nutzung hingegen passt bestens in das Konzept biologischer Vielfalt: Für sie ist die Nutzung der genetischen Vielfalt als eines der Teilaspekte der biologischen Vielfalt von Interesse. Hier wird die „molekulare Software“ verwendet. Im Prinzip reicht die einmalige

Entnahme eines Organismus, um das genetische Material zu extrahieren und in einen Mikroorganismus einzupflanzen, der dann das entsprechende Merkmal produziert. Schutz und Nutzung sind vereinbar, denn die Nutzung führt nicht zur Zerstörung (Forscher können im Naturschutzgebiet Materialproben entnehmen etc.).

Der Nutzen ist ein potentieller: Noch weiß niemand, welche Arten, Gene etc. von Bedeutung sein können – Aus diesem Grund soll die biologische Vielfalt als Ganze geschützt werden. Der Schutz wird also nicht aus sich selbst begründet, sondern aus dem Nutzen heraus.

Eine weitere Nutzungsmöglichkeit der Biodiversität ist der Ökotourismus. Auch hier stellt sich wieder die Frage, inwieweit Nutzungsinteressen der Bewohner einer Region konträr zu den Vorhaben von Tourismusunternehmen liegen, die „authentisches Naturerleben“ anbieten.

4. Von Beginn an ist der Problemzuschnitt global: Nicht die biologische Vielfalt in den USA steht in den 80er Jahren im Mittelpunkt der Betrachtungen (oder etwas später die in Europa), sondern der Verlust in den Tropen. Nicht der Verlust konkreter genutzter Pflanzenarten vor Ort, sondern potentiell nutzbare Vielfalt irgendwo in der Welt soll geschützt werden. Der Hintergrund ist, dass im Süden eine höhere biologische Vielfalt identifiziert wurde. Der

Wunsch, biologische Vielfalt zu nutzen, also auch zu schützen, bedarf eines globalen Abkommens (die nationale Gesetzgebung der interessierten Nord-Länder hilft nicht weiter). Dies ist der Hintergrund für die CBD.

Weltweit wurden die Gebiete mit der größten biologischen Vielfalt ausgemacht. So entwickelte der Biologe Myers in den achtziger Jahren die Hotspots-Strategie. Hotspots sind Gebiete mit einer besonders hohen Konzentration endemischer Arten, die stark gefährdet sind. In den späten 90er Jahren errechneten Myers und seine Kollegen, dass ein Drittel der biologischen Vielfalt der Erde in 25 Hotspots, welche nur 1,4% der Erdoberfläche einnehmen, zu finden sind. Mit dem Schutz der Hotspots könne ein großer Teil des Massenaussterbens in einem günstigen Kosten-Nutzen-Verhältnis verhindert werden. Die MacArthur Foundation, W. Alton Jones Foundation, Conservation International, World Wildlife Fund und andere NGOs beziehen sich auf die Hotspots. Das Gebiet des MBC ist eines der Hotspot-Gebiete.

Aus dem globalen Problemzuschnitt und der Nord-Süd-Verteilung ergibt sich auch die spezielle Grundlage für die Erarbeitung der CBD. Die nördlichen Länder waren an Zugang und Schutz interessiert; die südlichen an nationaler Souveränität über ihre Ressourcen, an benefit sharing und Technologietransfer.

5. Die Biologie als Wissenschaft hatte großen Anteil an diesem Naturschutzkonzept: Biologen (Taxonomen) waren an der Prägung des Begriffes und seiner

Ausformulierung beteiligt. Sie hatten festgestellt, dass es viel mehr Arten gibt, als bekannt sind, und dass diese zudem schnell aussterben. Einige Wissenschaftler brachten das Thema auf die politische Agenda (in wissenschaftlichen Texten ist immer die Forderung zum Schutz impliziert) und boten sich als Experten an. Während vorher Arten geschützt wurden, weil sie niedrig oder sehr nützlich waren, geht es heute um Pilze, Flechten etc. Der Drang zum Schutz wird nicht intuitiv, sondern wissenschaftlich begründet. Er wird so zum Expertendiskurs, der andere ausschließt.

Gleichzeitig wird umgekehrt immer wieder die Aufforderung an die Wissenschaft gerichtet, die biologische Vielfalt zu erforschen: Die Vielfalt, ihre Merkmale und Konzepte zu ihrem Schutz sollen erforscht werden – um sie besser schützen und auch besser nutzen zu können. Forschen, nutzen, schützen stehen also in einem engen Zusammenhang.

Beim Schutz der biologischen Vielfalt handelt es sich also um ein Naturschutzkonzept aus den Ländern des Nordens, welches eine enge Verknüpfung von Schutz und Nutzung sowie Forschung aufweist. Es geht an den Interessen der lokalen Bevölkerung – egal in welchem Land – vorbei, denn die Prioritäten werden nicht durch sie gesetzt.

# Grüne Kolonisierung: *Starbucks* und Conservation International in Chiapas

***Neo-Kolonialismus in Reinkultur: Der auf sein Ökoimage bedachte Weltkonzern Starbucks vereinnahmt mit Hilfe eines Umweltschutzverbandes lokale Kaffeebauern-Kooperativen. Doch in El Triunfo, im südlichen Chiapas unweit der zapatistischen Aufstandsregion, ging die Rechnung nicht auf...***

## **La Jornada, Angeles Mariscal, ergänzt von Direkte Solidarität mit Chiapas**

Jaltenango, Chiapas. Abgeschirmt von der Umweltorganisation Conservation International (CI, siehe Kasten), versucht der transnationale Kaffeekonzern Starbucks die Vermarktungspolitik für den biologischen Kaffee in Chiapas an sich zu reißen. Diese Situation hat die Campesino-Organisationen der Region gespalten.

Mittels den mit dem Kaffeekonzern Starbucks geschlossenen Verträgen beabsichtigt CI den grössten Teil der organisierten Kaffeeproduzenten der Region für sich zu gewinnen, indem sie anbietet, den aktuellen Kaffeepreis zu verdoppeln. Im Gegenzug sollen die Kooperativen die gesamte Vermarktung der Firma Agroindustrias de México S.A. (AMSA) überlassen, die das Produkt unter der CI-Marke „Green Conservation Coffee“ vertreiben würde. CI hat sich im Lauf der Jahre als technischer Berater ausserdem strategische Informationen und das Register der Biokaffee-Produzenten in der Region angeeignet.

Die betroffenen Bauern von den vier Kooperativen der Koordination El Triunfo kritisieren, dass diese Vorgehensweise von CI innerhalb ihrer Organisationen zu Spaltungen und Unsicherheit über den Verkauf der Ernte führt und Teil einer "neokolonialen" Strategie ist, die darauf abzielt, die Abhängigkeit von den transnationalen Konzernen zu verstärken und ihre Kapazitäten zur Organisation und Selbstverwaltung abzuschaffen.

Die Vertreter der Koordination El Triunfo - zusammengesetzt aus den Campesinos Ecológicos der Sierra Madre von Chiapas (CESMACH), Triunfo Verde, den Organisationen der Kaffeeproduzenten von Angel Albino Corzo (OPAAC) und der Regionalen Organisation der Öko-Landwirtschaftlichen Produzenten (ORPAE) – legen in der Sierra Madre von Chiapas, in der Pufferzone des Bio-Reservats El Triunfo, der Tageszeitung La Jornada diese Fakten vor. Die Campesinos repräsentieren 1028 Familien, die seit 10 Jahren den biologischen Kaffeeanbau betreiben, zertifiziert von OCIA Internacional und CERTIMEX. Sie sind auch im Fairen Handel aktiv, der ihnen einen würdigen Mindestpreis garantiert. Diese höheren Einkünfte, erklärt Sixto Cruz, Koordinator von CESMACH, erlaubten es den Produzenten, die Kaffeekrise zu überstehen, die das Land seit 1989 beeinträchtigt.

In einem Gespräch auf dem Kooperativensitz im Bezirk von Jaltenango geben die Produzenten an, dass sie ihren Organisationsprozess 1991 begonnen hatten. "Wir verstanden, dass der Kaffeeanbau als solcher keine Überlebensgarantie war, deshalb suchten wir Alternativen, die es uns ermöglichten uns weiterzuentwickeln. Aber wir begannen dies mit der klaren Auffassung, dass dabei stets sozial bewusst vorgegangen werden sollte, auch wenn wir uns in einem Markt arrangieren müssen", erklärt Adalberto Velasquez, Präsident der Kooperative Triunfo Verde.

## **Conservation International – Artenschutz gegen Arme**

Conservation International erlangte in Chiapas traurige Berühmtheit durch ihr Drängen auf Vertreibung von mehreren Dutzenden indigenen Gemeinden im Naturschutzgebiet Montes Azules, das als strategisch wichtige Rückzugsbasis der EZLN und als Zufluchtsort von Kriegsflüchtlingen gilt. Die Verbindungen von CI zu Firmen, die an der ungestörten Ausbeutung der Biodiversität der Montes Azules interessiert sind, wurden schon öfters aufgezeigt (siehe den Artikel "Montes Azules: Vertreibungen im Namen von Umweltschutz und internationaler Sicherheit?" Correos Nr. 130, online zu finden unter [www.chiapas.ch](http://www.chiapas.ch), Rubrik "Correos de las Américas"). Das Beispiel der Zusammenarbeit mit Starbucks in Chiapas zeigt diese wirtschaftsfreundliche, armenfeindliche Umweltschutzhaltung auf, welche Argumentationshilfe für bevölkerungsfeindliche biokoloniale Projekte wie dem Corredor Biológico Mesoamericana liefert.

## Die Ankunft von Conservation International

Laut Roberto Escalante, Direktor des Öko- Reservats El Triunfo, wurde der biologische Kaffeeanbau von den CSMACH-Produzenten mit dem Projekt 'Café Amigable de la Conservación' begonnen, aber fünf Jahre später tauchte CI auf und begann Gelder zur Initiierung eines ähnlichen Projektes namens 'Café de Conservación' auszuschiütten. Santiago Argüello, Vertreter von CI in dieser Region, bestätigt: Die Präsenz seiner Organisation in der Sierra von Chiapas ist "Teil einer Strategie, die ganz Mittelamerika umfasst, und beabsichtigt, den Marktzugang für Produzenten zu erleichtern, die ökologischen Kaffeeanbau betreiben." Beide Projekte, das von CSMACH und das von CI, beruhen darauf, keine Chemikalien zu verwenden, keine einheimischen Kaffeestraucharten auszumerzen, auf jeder Kaffeepflanzung mindestens zehn verschiedene Straucharten zu kultivieren und Abholzung zu vermeiden. Im Jahre 1999 akzeptierten die organische Kaffeeproduzenten die Zusammenarbeit mit CI. "Unsere grösste Schwierigkeit als Produzenten war die Vermarktung, und das war der Vorschlag, mit dem sie ankamen. Sie hatten ein geschäftstüchtigeres Schema" erklärt Reynaldo López, Präsident von CSMACH.

In den nächsten drei Jahren schafften es die ökologischen Campesinos durch die Zusammenarbeit mit CI, ihre Produkte zu einem Preis abzusetzen, der 78 % über der lokalen Norm lag, und ihren Export von 385 auf 822,5 Tonnen biologischen Kaffees zu erhöhen. Doch Reynaldo Lopez fügt hinzu: "Das Problem ist, dass die Leute von CI, während sie unser Vertrauen gewannen, daran arbeiteten, unsere interne Organisation zu eliminieren. Sie fingen an, bei den Projekten unsere Zustimmung und unsere Zeiteinteilung zu übergehen. Sie versuchten sogar Anbautechniken zu verändern, mit einer Haltung im Stile von 'nimm's oder lass es, denn ich bin der Markt und du musst dich anpassen oder verschwinden'."

### Die grüne Kolonisierung

"Und Mitte 2003, als sie dachten, dass wir bereits abhängig von ihnen seien, versuchten sie, die Kommerzialisierung vollständig zu übernehmen. Sie sagten uns, dass wir uns aus der Bohnenauswahl, der Qualitätskontrolle und dem Export heraushalten sollten und nur noch der AMSA unseren Kaffee abliefern

sollten", erzählen die Vertreter der vier Kaffeeorganisationen.

Sie fügen hinzu, dass CI im gleichen Zeitraum die Kaffeebauern darüber informierte, dass sie ihre Produktion verdoppeln müssten, weil sie neue Verträge mit Starbucks geschlossen hätten. "Wieder einmal ohne uns zu konsultieren, ohne Vorwarnung, uns nur als simple Arbeiter ansehend. Wir antworteten, dass wir durchaus einen Vertrag mit dieser Firma eingehen wollten, aber ohne diese neue Handelspolitik."

Noch während das Vorgehen von CI in den Organisationen in den Kooperativen besprochen wurde, informierte sie die konservative Umweltschutzgruppe, dass die Produzenten ab August 2003 "Spenden" zur Abdeckung der "Arbeitskosten" an sie zu entrichten hätten. Diese Tarife bewegten sich zwischen 5 und 15 Dollar pro exportiertem Quintal (45.4 kg), je nach Zertifizierungsgrad jedes Bauern (Biokaffee, Umstellungskaffee oder Fair Trade Kaffee). Das heisst, die Kaffeebauern hätten für die Vermarktung insgesamt zwischen einer und drei Millionen Pesos zahlen müssen. CI wollte ihnen zusätzlich eine Zahlung für das Anbauaufsichtsprogramm aufzwingen, das von ihren Technikern betrieben wird - und ausserdem forderte CI einen Beitrag von 16% der Einkünfte zur Unterstützung ihres sogenannten "Fondo Verde" („Grüner Fonds" zum Schutze der Umwelt). Der regionale Koordinator des Kaffeeprogramms von CI, Santiago Argüello, rechtfertigt die neue Handelspolitik mit dem Argument, die Kaffeeorganisationen hätten es teilweise versäumt, die Verpflichtungen mit Starbucks zu erfüllen, da sie die Ernte nicht in der abgemachten Zeit und Form geliefert hätten, was "einem Mangel an Kapazität für Verarbeitung und Export gleichkommt". Aus diesem Grund hätte Starbucks entschieden, dass die Produzenten sich ab der Ernte 2003 einverstanden erklären müssten, die Verarbeitung und Vermarktung der Firma AMSA zu überlassen.

"AMSA sollten als Kojote fungieren, als Zwischenhändler. Vier unserer sechs Kooperativen widersetzten sich und brachen die Geschäftsbeziehungen ab", erklärt Sixto Cruz. Er fügt hinzu, dass Starbucks bereits Tausende Dollar in die Vermarktung investiert habe, um den Kaffee, den sie sich aneignen wollten, auf ihrem Markt unter dem Label "Shade Grown" einzuführen.

### Starbucks – fair und bio? Nur für's Image

Starbucks behauptet, in seinen 8'247 Filialen gäbe es "nur gerecht produzierten Kaffee zu trinken" (Werbung in Surprise-Spezial Nr.1/2003). Falsch, denn nur ein minimaler Anteil des Umsatzes ist fair gelabelt. Und dies erst nach Protesten, welchen dem Konzern Imagesorgen bereiteten. Die Werbeabteilung des Multis macht daraus flugs einen rundum fairen Laden – und die Max Havelaar Stiftung, Basel, macht gute Miene zum bösen Spiel. Wen wundert's da, dass auch der chiapanekische Biokaffee aus El Triunfo lapidar als "Kaffee aus Conservation International" angepriesen wird ([www.starbucks.ch](http://www.starbucks.ch)). Das "Conservation Coffee® Programm" wurde auf Kolumbien und Peru ausgeweitet, zentralamerikanische Länder sollen folgen. Doch auch Starbucks Engagement für die Umwelt ist alles andere als überzeugend; in den USA verwendet Starbucks seit langem GVO- Produkte, was diverse KonsumentInnen-Kampagnen thematisierten.

## Teile und herrsche

Conservation International gelang es schliesslich, die Bauernorganisationen in der Sierra Madre zu spalten. Jainoptic und ICEAAC, vormals Mitgliedsorganisationen der Koordination El Triunfo, sowie einige wenige Grossbauern traten der neu gegründeten Gesellschaft Café de Conservacion bei. In deren Vorstand sitzen ausschliesslich Leute von CI, die sich jedoch in drei Jahren aus der Gesellschaft zurückziehen sollen. Der CI-Funktionär Santiago Argüello argumentiert, der erste Vorstand müsse die Nachhaltigkeit der Organisation erreichen und Zugang zu Geldern und Krediten gewährleisten. Argüello bejaht, dass CI mit Starbucks zusammenarbeitet, dem Konzern, der auch im Aufsichtsrat von CI vertreten ist und einer der wichtigen "Spender" von CI ist. "Starbucks ist nicht nur Kunde, er beteiligt sich auch an den Naturschutz-Projekten und gibt Gelder für technische Unterstützungsprogramme. Für das Kaffee-Projekt in Mexiko spendete der Konzern über den Fondo Verde eine Million Pesos (gerade mal 110'000 SFr.). Deshalb engagiert sich Starbucks doppelt", meint Argüello. Er versichert, das neue Vermarktungsmodell entspreche "den Wünschen der Kunden, welche mehr Ankauf erzielen wollen. Sie sagten, sie könnten nicht direkten Kontakt pflegen mit Kleinkooperativen, welche nur geringe Quantitäten verkaufen können. Deshalb wurde AMSA für die Verarbeitung, den Export und die Kommunikation ausgewählt." Der neue Kaffee von CI wurde unter der Marke Green Conservation Coffee registriert.

Dass bei diesem Produkt die Kooperativen nicht mehr erwähnt werden, wischt Argüello mit dem Argument weg, "dass mit der neuen Vermarktung der Gewinn für die Bauern gleich oder höher ist, weil sie nun überhaupt kein Risiko mehr eingehen und sich weder über die Börsenschwankungen noch über Wechselkurse den Kopf zerbrechen müssen." Und um die Übernahme der Mitglieder der Kaffeekooperativen zu rechtfertigen, argumentiert Argüello, dass diese "bereits im Register der Naturschützer eingeschrieben waren."

Die Vertreter der Koordination El Triunfo erklären ihrerseits, dass CI zu Beginn eine respektvolle Zusammenarbeit anbot, die jedoch in den letzten Monaten in direkte Aggression umschlug. Als sich die Kaffeebauern in der Koordination El Triunfo weigerten, die neuen Handelskonditionen zu akzeptieren, begann das Personal von CI einen Rundgang durch alle Gemeinden der Bioproduzenten und bot ihnen direkten Ankauf an. Seit letztem Dezember betreibt CI zusammen mit AMSA gar eine eigene Aufzuchtanlage.

Die betroffenen Kaffeebauern denunzieren, dass AMSA und CI illegal Gebrauch des Registers der Bio-Kooperativen machen. Denn über das illegale Verwenden der Daten der Kooperativen (in dem die einzelnen Bio-Kaffee-Bauern registriert sind) rechtfertigt AMSA den biologischen Ursprung des Kaffees ihrer Marke Green Conservation Coffee.

"Das alles schmerzt uns sehr, denn wir organisieren uns seit über zehn Jahren. Zwei von sechs Organisationen der Koordination El Triunfo akzeptierten die Behandlung von Conservation International", meint Reynaldo Lopez, 60jähriger Bauer und Gründungsmitglied von Cesmach. "An welchem Punkt befinden wir uns heute? Wir konnten neue Kunden finden und rund 70 % der Ernte 04 verkaufen. Wobei wir uns bewusst sind, dass uns mit der Zeit ein noch grösserer Schaden droht", meint Sixto Cruz, ebenfalls von Cismach. Auf die Nachfrage von Direkte Solidarität mit Chiapas hin meinte Sixto, AMSA offeriere weiterhin gute Ankaufspreise und insbesondere könne die ungleich finanzkräftigere AMSA den Produzenten gleich den vollen Preis zahlen. Beim Verkauf über die Kooperativen hingegen müssten die Bauern auf einen Teil des Erlöses warten, bis der Export abgewickelt ist. Dafür sei es ihnen in den letzten Monaten in intensiverer Zusammenarbeit mit dem fairen Handel gelungen, den Preis von AMSA (16 pesos /kg Pergaminkaffee) zu übertreffen (Cesmach zahlte in der Ernte 2004 18 pesos/kg Pergaminkaffee). Er sieht diese Entwicklung als Erfolg der Bewusstseinsarbeit der Kooperative: Die Bauern haben die beiden Verkaufsmöglichkeiten – die einfache über AMSA/CI an Starbucks und die komplizierte, verantwortungsvolle über die eigenen Kooperativenstrukturen – analysiert und sich für letztere entschieden.

Sixto Cruz zeigt sich im Gespräch mit der Direkten Solidarität erstaunt, dass Starbucks in der Schweiz im Fairen Handel mitmischte (auch wenn die marginalen Umsätze von Max-Havelaar zertifiziertem Kaffee zu keinem Verhältnis stehen zur vollmundigen Starbucks Werbung, siehe Kasten). Denn laut dem Vertreter von Cesmach war ihre Beziehung zu Starbucks immer "sehr distanziert" – die Vertreter des Multis seien nur selten vor Ort aufgetaucht. Die Erfahrungen mit CI und Starbucks, welche sie in letzter Zeit im Bereich Biokaffee machen mussten, lassen Sixto Cruz zum Schluss kommen, dass das Verhalten von Starbucks "keine Übereinstimmung mit dem Fairen Handel" zeige.

Sixto Cruz ergänzt, dass sie "keine Rebellen" seien und sich nicht grundsätzlich gegen Verkäufe an Starbucks wenden würden, "aber was wir nicht wollen, ist die Art und Weise der Kommerzialisierung, die sie uns aufzwingen wollten. Wir möchten lieber zwei oder mehrere Kunden und unseren Markt öffnen. Wir möchten unsere eigenen Fähigkeiten in den Bereichen Produktion, Kommerzialisierung und Finanzierung weiterentwickeln. Das Potential dazu haben wir."

**Quellen:** La Jornada vom 26. und 27. April 2004, sowie Interview mit Sixto Cruz im Juni 2004.

**Surprise Spezial Nr.1/2003 "Fairer Handel".**

<http://www.chiapas.ch/info2.php>

**Ein Artikel für den Correos de las Américas Nr.139.**

## Sponsoren von Conservation International

(eine unvollständige Aufzählung)

Savia/Pulsar (Mexiko)  
McDonalds  
Disneyworld  
Exxon  
Ford  
Packard Foundation  
Intel  
USAID  
Chiquita  
British Petrol  
div. Maquiladora-Betreiber  
Petroconsultans

(Firma mit Sitz in Perly bei Genf, die die Erdölvorkommen  
in der Selva Lacandona kartographierte)

# Die Subsistenzperspektive

Die Subsistenzperspektive enthält mindestens drei Bedeutungen: die Sicht auf das, was mit Subsistenz bezeichnet wird, den Blick aus der Subsistenz auf die Welt und die gesellschaftliche Aussicht, die mit dem Konzept der Subsistenz verbunden wird. Zunächst zum Blick auf die Subsistenz.

### Der Blick auf die Subsistenz

Das Wort 'Subsistenz' von lateinisch 'subsistere', 'unterhalten' hergeleitet, bezeichnet eine Weise zu wirtschaften, die von der Marktwirtschaft unterschieden wird und dem täglichen (Über-) Leben dient. Spezifischer gesagt umfaßt die Subsistenzökonomie den Teil der alltäglichen Wirtschaft, der zum Erhalt des Lebens im wesentlichen auf der selbstbestimmten Verfügung über die lebensnotwendigen lokalen Produktionsmittel beruht. Die Subsistenz ist in allen Alltagsarbeiten anzutreffen, ob sie nun familiar oder gemeinschaftlich geleistet werden. Von den lokalen und geschichtlichen Besonderheiten der Vergesellschaftung abstrahiert fallen die Hausarbeit, die alle Tätigkeiten zum Erhalt des 'Lebensortes' beinhaltet (aufräumen, reparieren, gärtnern, bauen), sowie die sozialen Tätigkeiten wie Kinder großziehen, Kranke und Alte versorgen eher in die familialen Arbeiten, die aber je nach Gesellschaftsordnung manchmal deutlich in die gemeinschaftlichen Arbeiten hineinreichen, wie die Nachbarschaftshilfe (Hausbau, Ernte) oder die kommunen Tätigkeiten (Wege-, Wasser-, Siedlungsplanung, religiöse Zeremonien, Rechtsprechung). All diese Arbeiten beruhen zwar auf Gegenseitigkeit, daß eingebrachte Leistungen beizeiten durch erwiderte Arbeit vergolten wird, sind aber nicht monetarisiert. Die zurückerstattete Gegenleistung ist konventionell geregelt, ihr fehlt das eindeutige Äquivalent.

Für diese Alltagsarbeiten sind Mittel notwendig, mit denen sie durchgeführt werden können. Ob und wie über diese Subsistenzmittel verfügt werden kann, bestimmt auch Art und Umfang der Subsistenzarbeit. Beispielsweise ist der Gartenbau auf Boden, Luft, Licht und Wasser sowie auf Nährstoffe, Saatgut, Arbeitskraft und Wissen in jeweils ausreichender Menge angewiesen. Fehlte einer dieser Produktionsfaktoren, wäre der Gartenbau nicht möglich. Nun ist es gar nicht so selten, daß der Boden nicht frei verfügbar ist, weil soziale Bedingungen den Boden als Eigentumstitel segmentieren. Ein Landloser muß also das Recht, Boden nutzen zu können, erst erwerben und im ungleichen Tausch einen Teil seines Lebens veräußern, um selbstbestimmt produzieren zu können, wodurch die herrschende Eigentumsordnung seine Subsistenzfähigkeit einschränkt. Die Möglichkeit und das Ausmaß der Subsistenz ist also immer in eine Gesellschaftsordnung eingelassen, die sie gewährt oder verhindert. Wer die Möglichkeit hat, seine Lebensmittel selbstbestimmt herzustellen und von keiner direkten Gewalt gezwungen wird, braucht sich niemanden und keinen fremdbestimmten Arbeitsverhältnissen zu unterwerfen. Er ist aber zugleich frei, sich in heteronome Verhältnisse zu begeben, wenn er es wünscht oder sich Vorteile verspricht. Die SubsistenzlerIn kann wählen, ob und in welchem Ausmaß sie in die Marktökonomie einsteigt. Wenn ein selbständiger Kleinbauer nebenher auf einem Großbauernhof oder im Handwerksbetrieb arbeitet, oder ein Nebenerwerbslandwirt in der Industrie, dann behält er jeweils ein ökonomisches Standbein zur Selbstversorgung, das ihn unabhängig von der Lohnarbeit trägt. Nichtsdestoweniger unterliegt auch die SubsistenzlerIn gesellschaftlichen und naturseitigen Abhängigkeiten. An

diesen Abhängigkeiten setzt der kolonialisatorische oder makroökonomische Zugriff auf die Produktionsmittel der SubsistenzlerInnen an, um sie in die Hand der Expropriateure zu bekommen. Militär, Kapital, Beraterstäbe mit Entwicklungsdiensten sowie Eigentums- und Vertragsstandards werden als Mittel eingesetzt, die bestehenden bäuerlichen Kulturen, die auf Subsistenz erhalt ausgerichtet sind, zu zerrütten und zu zerstören.

In Deutschland wurden Debatten um die Subsistenz vor allem in Zeiten sozialen und ökonomischen Umbruchs geführt, während der Bauernkriege im 16. Jahrhundert, der Industrialisierung um 1900 und mit dem Beginn der flexiblen Akkumulation in den 1970er Jahren. Die Theorie der Subsistenz ist in diesen Debatten ausgearbeitet worden. Ihre aktuelle Gestalt erhielt sie durch die Verbindung des kritischen Entwicklungsdiskurses über die Dritte Welt mit der feministischen Kritik am patriarchalen Kapitalismus und der Ökologiebewegung. Subsistenz gilt seither als widerständige Praxis gegen Ausbeutung und Unterdrückung, der Dritte Welt, Frauen und 'Natur' unterliegen. Die ökofeministische Subsistenztheorie steht im Streit mit der marxistischen Theorie über die Quelle des Kapitals. Gilt in marxistischer Sicht der Mehrwert, der aus der 'erweiterten Reproduktion' gezogen wird, als spezifisch kapitalistische Form der Aneignung, so betont die Subsistenztheorie, daß der Kapitalismus die 'ursprüngliche Akkumulation' permanent ausweitet, während bisherige Formen ökonomischer Herrschaft auf einem bestimmten Stand der Akkumulation stehen geblieben. Marx beschreibt die 'ursprüngliche Akkumulation', den schlichten Raub der Produktionsmittel, als notwendige Vorgeschichte des Kapitalismus, in der dieser die Produktionsverhältnisse usurpierte, um die proletarisierten, landlosen Bauern in Lohnarbeitsverhältnisse einzuspannen und zur Mehrarbeit zu zwingen. Durch den tendenziellen Fall der Mehrwertrate werden die Profite, die im kapitalistischen Betrieb erwirtschaftet werden können, geringer, weil in der organischen Zusammensetzung des Kapitals der Anteil des konstanten Kapitals ansteigt und zugleich in der Angleichung der Produktivkraftentwicklung der relative Mehrwert sinkt. Reagiert das Kapital auf diese Situation nach der marxistischen Lehre mit einer Erhöhung des absoluten Mehrwerts, d.h. Senkung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit, betont hingegen die Subsistenztheorie, daß der Kapitalismus auf diese Krise mit der Ausbeutung neuer Ressourcen reagiert, was zu einer erneuten 'ursprünglichen' Akkumulation führt. Der Kapitalismus bleibe demnach darauf angewiesen, seine 'Vorgeschichte' permanent zu wiederholen. Damit steht die Subsistenztheorie auch im politischen Streit mit sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, die auf eine gerechte Verteilung der Reichtümer in der Lohnarbeit setzen. Denn die Staaten des real existierenden Sozialismus haben gezeigt, daß die administrative Sozialisation der Produktionsmittel auf einen Staatsmonopolkapitalismus hinausläuft, der die Ausbeutung der Frauen, der Natur und der Dritten Welt, d.h. die 'ursprüngliche Akkumulation' fortsetzt (Sozialimperialismus). Die ökofeministische

Subsistenztheorie sieht sich im Widerspruch zu Kapitalismus, Sozialismus und Faschismus.

### **Die Sicht aus der Subsistenz**

Die Subsistenzperspektive ist radikal lokal. Sie geht von lebensweltlichen Situationen aus, die zeitlich und räumlich nahe liegen, und entwickelt aus ihnen allgemeine Prinzipien, die sie auf andere Subsistenzökonomien anwendet. Dabei bleibt sie bewußt partikular und parteilich, ohne eine abstrakt globale Perspektive einzunehmen, die von einem Weltraumblick aus, Menschen zur 'Menschheit' mit 'objektiven' Problemen subsumiert. Subsistenz agiert nicht in höherem Auftrag, sondern mit spezifischen Interessen und Gruppen, die eine lokale Kommune bilden. In diesem Zusammenhang meint der Begriff der Kommune weder eine administrative Einheit noch eine Wohngemeinschaft mit gemeinsamer Wirtschaft. Die Kommune ist eine Dorf- oder Quartiersgemeinschaft, die aus kleinen Produktionseinheiten - meistens Familien im weiteren Sinne - zusammengesetzt wird und sich um gemeine Angelegenheiten, die alle angehen, kümmert. Dieses Konzept beruht auf der politischen Trennung zwischen privaten und öffentlichen Anteilen der Gesellschaft. Diese Grenze, die das, was alle angeht, von dem trennt, was nur bestimmte Leute angeht, ist nicht fix, geschweige denn gegeben, sie wird vielmehr sozial in der Kommune ausgehandelt. Diese kommunen Konventionen basieren auf Absprachen, die mehr oder weniger direkt zwischen den TeilnehmerInnen ausgehandelt werden können. Um miteinander leben zu können, sind die Konventionen zumeist problembezogen und verständigungsorientiert, stehen aber auch in einer lokalen Tradition, die sie trägt. Die Tradition erhöht ihre Verbindlichkeit, sind sie doch prekär und von praktischer Anerkennung abhängig, wie dies z.B. im Gewohnheitsrecht zum Ausdruck kommt. Im günstigen Fall bedeutet dies freiwillige Selbstbegrenzung, die z.B. in der Regel, daß jedeR in der Kommune ein Existenzrecht hat und über ausreichend Lebensmittel verfügen können muß, ungünstigenfalls gewaltsame Einschränkung z.B. geschlechts-, alter- oder ethnospezifisch. Die grundlegende Konvention, leben und leben lassen, enthält die soziale Komponente der Reziprozität aller kommunen Verhältnisse und Handlungen. Der soziale Tausch ohne Äquivalent, gibt allen Beteiligten die Möglichkeit nach ihren Vermögen zu handeln. Dieser Tausch basiert nicht auf einem ökonomischen Kalkül, sondern sozialer Anerkennung, die dem/ der Anderen zugebilligt wird, und findet vor allem im symbolischen Austausch, der Kommunikation, statt. Das Gespräch praktiziert Gegenseitigkeit und Credit, den man der/ dem anderen und der aufrichtigen Sinnhaftigkeit der Rede einräumt. Die Gegenseitigkeit bedarf wiederum der direkten Begegnung und personalen Verständigung, ist also lokal gebunden; auch im interkommunalen Austausch über Nutzungsrechte. Das, was allen in der Kommune wechselweise zukommt, bildet die Allmende. Daß einem im Sinne der Gemeinheit etwas zukommt, ist kein Eigentumsrecht, das den Besitzer instand setzt, mit seinem Eigentum nach seinem Belieben zu handeln, sondern ist ein sozial gewährtes Nutzrecht. Dieser Anteil an der Allmende kann nicht verkauft werden. Die Allmende ist immer an eine Kommune gebunden, die etwas zu einer

solchen erklärt. Ob naturbürtige Faktoren, Land, Wasser, Luft, Kulturwerke, Wissen oder Geschichte, alles kann zur Allmende erklärt werden, die einer bestimmten Kommune zugehört, also wiederum lokalisiert ist. Es gibt keine 'globalen Allmenden', die einer abstrakten Menschheit oder Weltgesellschaft zugehörten, wie die Ideologie von den 'freien Gütern' suggeriert, weil die Verhandlung über das, was zur Gemeinheit wird, und die Absprache zum Gebrauch der Allmende Verantwortung bedarf, die nicht abstrakt an ein Gattungssubjekt deklariert werden kann.

### **Die gesellschaftliche Perspektive der Subsistenz**

Dementsprechend können wir mit der Subsistenztheorie nicht auf einen Genius der Geschichte bauen, sondern nur die lokalen Praktiken, mit denen Menschen ihr gutes Leben und Zusammenleben organisieren, aufzeichnen und als Beispiel für andere bereithalten. Die gesellschaftsgeschichtliche Perspektive der Subsistenz ist keine revolutionäre. Wie die subsistenzorientierten Arbeiten im Jahres- und Lebenszyklus im wesentlichen aus Wiederholung bestehen, so fällt die Zukunft nicht als Raum des 'Neuen' ins Gewicht, vielmehr gilt sie als Raum der Prüfung und Verbesserung des Bewährten. Das Geschichtsbild der Fortschrittsideologie, die aus der ungehemmten Produktivkraftentwicklung Freiheit verheißt, ignoriert die endogene Fülle der 'rückständigen' Subsistenz, ihre Fähigkeiten, Mittel, Grundlagen und Autonomie, und zwar verkennt sie diese prinzipiell, weil Freiheit und Glück per se zukünftigen Generationen gehöre, also nie verwirklicht sein darf. In der Systemperspektive kommen die lebensweltlichen Perspektiven nicht zur Geltung. Die Subsistenzperspektive versucht das alltägliche Leben bewußt zu machen und zur Geltung zu bringen. Mit dieser bewußt partikularen Sicht, die keinen Anspruch auf letztverbindliche Gültigkeit erheben kann, wird allerdings auch die Hoffnung des modernen Humanismus auf weltweite Durchsetzung allgemeiner Menschenrechte prekär.

### **Biopiraterie und Subsistenz**

Die Systemsicht bietet sich den dominanten kapitalstarken Interessengruppen an, in Lebenswelten einzugreifen. Der TRIPS-Vertrag der WTO propagiert das Recht auf intellektuelles Eigentum, zersetzt damit weitere Allmenden im Bereich des Wissens und der Natur und entzieht den lokalen Subsistenzökonomien ihre Produktionsmittel. Die Subsistenz umfaßt naturseitige, kulturseitige und politische Aspekte, die in der spezifischen Umwelt der Kommunen geschichtlich ineinander verschränkt sind. Die sogenannte Naturlausstattung, die in der Systemperspektive als freies Gut definiert wird, ist tangiert von Geschichte, dem Leben und der Arbeit vieler Generationen. Biopiraterie greift auf das Leben sowohl der existierenden Organismen als auch der vergangenen Generationen zu, indem der lokale Reichtum, Biodiversität, als globale Ressource bestimmt wird. Den Nationalstaaten wurde in der Konvention über biologische Vielfalt (CBD) die Souveränität über die auf ihrem Territorium befindlichen genetischen Ressourcen zugeordnet, jedoch müssen sie den Zugang dazu gewähren und ermöglichen, haben kein Veto-Recht gegen die Verwertung. Diese globale Ressource der Menschheit steht aber nicht allen offen, sondern wird alsdann über Handels- und

Eigentumsrechte privatisiert und zum knappen Gut, an dem die Menschen nurmehr monetär vermittelt teilhaben können. Aus der Subsistenzperspektive stellt sich dieses Manöver als eine Bewegung dar, die die Stadien Delokalisierung der lokalen Geschichte, Globalisierung zur Ressource der Menschheit, Nationalisierung und Relokalisierung als privates Eigentum durchläuft. Das, was vordem eine Allmende war, ist nachher Privatbesitz. Damit wiederholt sich die ursprüngliche Akkumulation, die historisch dazu führte, daß ehemals gemeinsames Land zum privaten Boden wurde, auf dem fürderhin Rente anfiel, da die vom Land befreiten Bauern das Nutzungsrecht auf dem privatisierten Boden pachten mußten. Das intellektuelle Eigentum auf Lebewesen hat Ähnliches zur Folge, wenn bislang unentgeltlich geregelte Nutzungsrechte zukünftig bezahlt werden müssen. Die Sammeltätigkeit der Bäuerinnen wird zum Geschäft der Konzerne und eine subsistenzorientierte Arbeit kolonisiert. Ist das spontane Sammeln bislang durch Entzug der Sammelorte entweder durch Ausgrenzung oder Zerstörung eingeschränkt worden, so steht mit dem intellektuellen Recht an Lebewesen die subsistente Verwertung derselben auf dem Spiel. Wie das Beispiel des Neem-Baums belegt, müssen die Leute ihre Vermarktungsrechte einklagen.

Dieser allgemeine Überblick müßte, um der Subsistenzperspektive gerecht zu werden, auf spezifische Subsistenzökonomien Mittelamerikas konkretisiert werden. Dazu wären die lokalen naturseitigen, die kulturellen und politischen Situationen, in denen die Leute wirtschaften, zu untersuchen. In Analogie zu Europa formuliere ich die These, daß das Klima sowohl als physische Meteorologie als auch in der kulturgeschichtlichen Interpretation, in der es für die Leute relevant wird, die Geologie als gegebenes Substrat, das in der Nutzung überformt wurde, und die Vegetationsausstattung als wirtschaftsgeschichtlich gewordenes Kulturwerk sowie ihre aktuelle Nutzung die naturseitigen Elemente der Subsistenz bilden, die kulturgeschichtlich geprägt wurden. Demnach wäre die spezifische Prägung des Naturmoments anhand von Kultur, Wirtschaftsweise, Sozialstruktur und Austauschbeziehungen zu untersuchen. Mit der Rekonstruktion der lokalen Subsistenz und ihr Zusammenhang mit der vorliegenden Vegetationsausstattung können die Folgen des Zugriff der Biopiraterie auf bestimmte Pflanzen für das Leben der Leute beschrieben werden.

### **Politisierung der Subsistenz**

Das Gegenüber zur Subsistenzproduktion ist die Warenproduktion, die Herstellung von Produkten für den Markt. Die Priorität der Subsistenz wird daran deutlich, dass Subsistenzproduktion ohne Warenproduktion möglich ist und geschichtlich existierte, aber niemals umgekehrt. Die Abwertung der Subsistenzproduktion geschah und geschieht mittels der Abwertung ihrer TrägerInnen durch Abwertung ihres Geschlechtes, ihrer Hautfarbe und ihrer Nationalität.

Dagegen zu setzen wäre die Achtung vor der Produktivität der SubsistenzarbeiterInnen, nicht durch das Selberrichten des bislang Ungetanen oder durch die Imitation der

Subsistenzarbeit, sondern politisch, d.h. durch Widerstand gegen die Zerstörung und Ausbeutung von Subsistenz. Das heißt: Politisierung der Subsistenz unter anderem durch:

- Wahrnehmung der eigenen Zurichtung und der Realität anderer Menschen,
- Respekt
- dadurch, dass man nicht verstummt,
- sich mit der Geschichte vertraut macht,
- die Phänomenologie der Unterdrückung wahrnimmt,
- der Zerstörungsdimension herrschaftlicher Gesellschaften auch in den Subjektstrukturen der Gesellschaftsmitglieder nachspürt,
- sich selber unabhängiger von Ausbeutung macht und fähig wird, gegen Ausbeutung vorzugehen.

Dagegen steht die De-Politisierung und damit Anpassung der Subsistenz durch

- funktionale Einpassung ins Weltsystem,
- politische Indifferenz subsistenzorientierter Menschen, was ein Ausdruck von Mittäterschaft ist,
- Etablierung von Männlichkeit und Weiblichkeit (die näher zur Subsistenz sei) als substanzhafte Begriffe, während sie doch nur patriarchale Herrschaftskategorien sind, Einteilungen, die Beherrschung erleichtern,

außerdem wichtig:

- Subsistenz befindet sich immer im Weltsystem und ist mehr oder weniger von Herrschaft infiziert,
- das moderne Weltsystem ist mit der globalen Verbreitung eurozentristischer Institutionen die globale Durchsetzung der Herrschaft des weißen Mannes
- es ist PDK: patriarchale Dominanzkultur,
- die Mann/Frau-Differenz ist das Gundmuster der herrschaftsförmigen Institutionalisierung

Wege zur Austrocknung institutionalisierter Trennungsmuster

- Entschuldung
  - gegen die Nationen-Idee
  - nichtformale (informelle ?) Organisation
  - Fixierung auf Geschlechterdifferenz verweigern
  - ebenso Effizienz- und Entwicklungsdenken verweigern
  - gegen die Normen von Besitz, Verfügung und Konsum
  - gegen die Trennung von privat und öffentlich
  - rassistische, sexistische und nationalistische Homogenisierung verweigern
- Globale gegenseitige Unterstützungsnetze sind notwendig!  
Und der "Dritten" Welt nicht helfen, sondern gastfreundlich sein.

Summa: Die Abschaffung des PDK-Weltsystems verpflichtet zur Zusammenarbeit

## Nachhaltigkeit – Kritik einer Ideologie

Kennzeichnend für das Nachhaltigkeits-Weltbild ist, dass das Verhältnis von Gesellschaft und Natur, von Männern und Frauen, von "Entwicklungs"ländern und Industrieländern als moralisches, nicht aber materielles Verhältnis gesehen wird, das voluntaristisch (mit viel gutem Willen) veränderbar sei.

Jedoch gehört die Naturzerstörung zum industriellen Kapitalismus und so wird die Nachhaltigkeitsideologie wegen ihrer Nichtbenennung des per se naturzerstörerischen Kapitalismus als solcher ein Teil der Strategie zur Effektivierung eben jenes industriellen Kapitalismus, ohne den naturzerstörerischen Kern seines Programms anzutasten.

Industrialisierung und Warenproduktion haben die Menschen von ihrer Subsistenz getrennt und die Naturbezüge systematisch zerstört. Menschen sollten sich nicht mehr ohne Integration in die Warenproduktion reproduzieren können. Dazu gehören:

- Gebietsenteignung
- Umformung des enteigneten Gebietes zum Hinterland (der Zentren)
- Dominanz des Zeitfaktors
- Sozialimperialismus als Reformersatz
- Scheinproduktivität (die auf massivem Ressouceneinsatz beruht und eine Verschwendung kostenloser Ressourcen darstellt)

Wer wirklich "Nachhaltigkeit" wollte, dürfte den Kapitalismus nicht besser machen wollen, sondern muss das soziale Programm ändern. Wer an das aufgeklärte Eigeninteresse der Herrschenden anknüpft, arbeitet ihnen nur weiter zu und sichert ihre Einflussmöglichkeiten.

Ökologie und Nachhaltigkeit sind die neuen Codes für eine globale lean production, dadurch werden nicht Subsistenz und Autonomie gestärkt, sondern Markteinbindung wird mit weniger Aufwand durchgesetzt, Ressoucenschutz als solcher liegt dabei auch im Herrschaftsinteresse (die Untertanen sollen nicht so verfressen sein...)

Nachhaltiger Kapitalismus bedeutet:

- stoffliche Engpässe überwinden,
- künstliche Abhängigkeiten verstärken,
- konsequenten Leistungsressismus vorantreiben.

Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" von Misereor und BUND wärmt alte, aber nicht gelungene Reformideen auf, ohne Kritik am Gescheiterten zu betreiben, hat blinde Flecken beim Thema "Kapitalismus", ist auf die Ebene der Privathaushalte fixiert und versucht die kapitalistischen Böcke zu nachhaltigen Gärtnern zu machen. Ihre Vorstellungen von Gesellschaftsregulierung stehen gegen alle Vorstellungen von Autonomie und Subsistenz, beinhalten Planeuphorie und dienen letztlich einer nachhaltigen Herrschaftssicherung.

Ziel müsste demgegenüber sein, auf zerstörerischen Naturzugriff zu verzichten, das ist aber eine Frage sozialer Kämpfe gegen Militarisierung, gegen die totale Vermarktung und braucht solidarische Organisationsformen.

## Literatur (nicht vollständig)

- Bennholdt-Thomsen, Veronika 1994: Juchitán. Stadt der Frauen; Reinbek 1994
- Bennholdt-Thomsen, Veronika/ Mies, Maria 1997: Eine Kuh für Hillery. Die Subsistenzperspektive; München 1997
- Arendt, Hannah 1958: Vita activa; München
- Illich, Ivan 1982: Das Recht auf Gemeinheit; Reinbek 1982

- Bennholdt-Thomsen, Veronika/ Mies, Maria/ v.Werlhof, Claudia 1983: Frauen, die letzte Kolonie; Zürich 1992
- Tschajjanow, Alexander 1923: Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft Frankfurt am Main 1987
- Sahlins, Marshall 1978: Ökonomie der Fülle; in Technologie und Politik; Reinbek 1978
- Marx, Karl Das Kapital Bd. I;
- Illich, Ivan Das Recht auf Gemeinheit; Reinbek
- Rösener 1992: Die Bauern in der europäischen Geschichte; München 1992
- Spehr, Christoph 1996: Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise; Wien 1996
- Groeneveldt, Agrarkultur und Agrarberatung;
- Pausewang, Gudrun 1981: Die Rosinkawiese; München
- Linse, Ulrich 1984: Ökopax und Anarchie; München 1984
- Migge, Leberecht 1921: Jedermann Selbstversorger
- Mauss, Marcel 1925: Die Gabe; Frankfurt am Main
- Auerswald, Birgit 1996: Nahrhafte Spontanvegetation; Kassel 1996
- Berger, John 1979: SauErde. Geschichten vom Lande; München
- Klose/ Wegmann-Klose 1989: Nahrhafte Landschaften; Diplomarbeit am Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung der Universität Kassel
- Machatschek, Michael 1999: Nahrhafte Landschaften;
- Hülbusch, Inge Meta 1978: Innenhaus - Aussenhaus; Kassel 1978
- Hülbusch, Inge Meta 1999: Ich geh raus und bin doch zuhaus; Kassel 1999
- Hülbusch, Karl-Heinrich 1981: Zur Ideologie der öffentlichen Grünplanung; Reinbek 1981
- Malinowski, Bronislaw 1922: Die Argonauten des westlichen Pazifik; Frankfurt am Main 1984
- Walzer, Michael 1982: Sphären der Gerechtigkeit; Frankfurt am Main 19
- Turner, F. 1978: Verelendung durch Architektur; Reinbek
- Shiva, Vandana 2002: Biopiraterie. Kolonialismus des 21. Jahrhunderts; Münster 2002
- Zeitgeist mit Gräten. Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie, hg.v. Schwertfisch, Bremen 1997, darin besonders: Christoph Spehr: Effektiver Industrialismus
- BUKO-Stellungnahme: "Zukunftsfähiges Deutschland" – ein Technokratenmärchen
- Helga Eblinghaus: Grüne Tünche für den Standort
- Ulla Peters: Jenseits des Schrebergartens
- Ulla Peters: Den Kapitalismus nicht verändern, sondern abschaffen
- Heinz-Jürgen Stolz: Subsistenz im Weltsystem

# Im Vorfeld deutscher Auslandsinteressen

## Entwicklungspolitik als Teil neokolonialer Aggressionspolitik

Groß war die Aufregung – vor allem bei der SPD - als Bundespräsident Köhler dauerhafte soziale Ungleichheiten prognostizierte, die „von Nord nach Süd wie von Ost nach West“ gehen würden. Die Menschen in Deutschland sollten sich damit abfinden, denn wer diese Unterschiede einebnen wolle, „zementiert den Subventionsstaat und legt der jungen Generation eine untragbare Schuldenlast auf.“

Die Empörung bei der SPD kann nicht ernst genommen werden, schließlich hat Köhler lediglich auf den Punkt gebracht, was die SPD längst zu ihrem Leitbild erkoren hat. Wolfgang Clement war es vorbehalten, auf der SPD-Grundwertedebatte 2000 in Berlin das sozialdemokratische Verständnis von Gerechtigkeit zu formulieren:

*„Verordnete Gleichheit - das lehrt die Geschichte - ist der Tod von Gerechtigkeit und Freiheit. Moderne soziale Marktwirtschaften hingegen können die Chancen auf Gleichheit erhöhen, ohne jedoch Gleichheit im Ergebnis zu sichern oder zu versprechen.“*

Ganz der neoliberalen Doktrin entsprechend werden die Ausgaben im Sozialbereich abgesenkt und soll mit den Hartz-Gesetzen das Prinzip „Leistung nur für Gegenleistung“

durchgesetzt werden. Ziel ist die Formierung einer disziplinierten Reservearmee von Arbeitslosen, die unter Androhung des Verlustes der Transferleistungen ihre Arbeitskraft permanent und zu widrigsten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt anzubieten hat.

Große Ähnlichkeit haben die innen- und sozialpolitischen Attacken auf die Lohnabhängigen mit der gängigen entwicklungspolitischen Praxis. Ungleichheiten z.B. im Lohnniveau gelten auch im internationalen Staatensystem als Grundbedingung für Konkurrenz und Wirtschaftswachstum, welches wiederum nach den Versprechungen neoliberaler Ideologen und ihrer Trickle-down-Theorie irgendwann auch die Lebensbedingungen der Deklassierten bessern sollte.

Das Prinzip „Leistung nur für Gegenleistung“ entspricht der erpresserischen Konditionierung bei entwicklungspolitischen Vorhaben, bei denen in der Regel auch nur die Konzerne oder die regionale Oligarchie etwas zu gewinnen hat. Die Bevölkerungen im Süden wie in den reichen Industriestaaten des Nordens sollen dieserart auf die internationale Konkurrenz und weitere Opfergaben eingeschworen und gegeneinander

ausgespielt werden. Für die Länder des Nordens, in denen soziale Standards bisher verankert waren, hat ein Prozeß der nachholenden Entwicklung sozialer Ungleichheit begonnen, in dessen Konsequenz größere Bevölkerungsteile sozial und kulturell ausgegrenzt werden.

**Neokoloniale Interessenspolitik** Spiegelbildlich zum innenpolitischen Kahlschlag vollzieht sich ein Systemwandel der deutschen Außenpolitik und damit auch der Entwicklungspolitik. Stand in früheren Jahren der Kampf gegen den Kommunismus und die Exportförderung im Vordergrund, wird die Entwicklungspolitik in der aktuellen Phase zunehmend zu einem aggressiven Instrument neokolonialer Interessenspolitik, deren Hauptprofiteure die transnational agierenden Konzerne sind.

Profitieren können diese in mehrfacher Hinsicht:

Das Internet-Außenwirtschaftsportal „IXPOS“, welches aus Bundesmitteln finanziert wird und weltweit Informationen über Absatz- und Investitionsmärkte für deutsche Unternehmen bereit stellt, informierte in seinem „Markt des

Monats" vom Juni 2003 über die vielen Milliarden US-Dollar, „die im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern jedes Jahr ausgelobt werden. (...) Zählt man die ergänzenden, von lokalen Behörden und Institutionen aufzubringenden Inlandskosten hinzu, liegen die Gesamtinvestitionen für Entwicklungsprojekte pro Jahr bei rd. 75 bis 80 Mrd. US\$.“ Entwicklungshilfe stellt somit in vielen Bereichen ein gewaltiges Geschäftsfeld: von Infrastrukturprojekten wie der Wasserversorgung über Dienstleistungen bis zur verarbeitenden Industrie reicht die Palette der hoch subventionierten Anlagemöglichkeiten.

Des Weiteren können Unternehmen auf ein komplexes System der Außenwirtschaftsförderung zurückgreifen, welches ihnen vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) zur Verfügung gestellt wird. Dazu heißt es beim BMWA: „Um bestmögliche Unterstützung deutscher Unternehmen zu gewähren, wirken die einzelnen Institutionen wie Auslandshandelskammern, Auslandsvertretungen, die Bundesagentur für Außenwirtschaft u.a. eng zusammen.“ Zu den Instrumentarien der politischen Flankierung deutscher Unternehmen im Ausland gehören außerdem die Risikoabsicherung, „durch den Abschluss bilateraler Investitionsförderungs- und Schutzverträge mit Entwicklungs- und Schwellenländern“, „Exportkreditgarantien“ aber auch die in der Verantwortung des BMZ stehende Finanzielle- und Technische Zusammenarbeit durch GTZ, KfW oder der DEG (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft m.b.H.). Letztere führt im Auftrag der Bundesregierung u.a. das Public-Private-Partnership-Programm durch, welches auch der Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul seit Jahren am Herzen liegt.

Nach Angaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sieht der Entwicklungshaushalt (Einzelplan 23) für 2004 Ausgaben in Höhe von rund 3,8 Mrd. Euro vor. Glaubt man den Ausführungen des Ifo-Instituts von 1999, so „ziehen 1 Mrd. Euro im

Einzelplan 23 bis zu 3 Mrd. Euro Exporte, etwa 10 Mrd. Euro im Bruttoinlandsprodukt und 2 Mrd. Euro öffentliche Einnahmen nach sich.“ Das Geschäft scheint also gut zu funktionieren.

### „Erweiterter Sicherheitsbegriff“

Die enge Verzahnung von Wirtschafts- und Entwicklungspolitik ist an sich aber nichts Neues. Neu ist vielmehr die Einbettung der Entwicklungspolitik in eine außenpolitische Gesamtstrategie, die den neuen geopolitischen Begebenheiten nach dem Abtreten des „Ostblocks“ angepaßt wird und auch Kriegseinsätze einbezieht. Die Notwendigkeit der politischen Neuorientierung ergibt sich aus den strategischen Planungen der Wirtschaft, die „neuen“ Märkte zu erschließen und sich gegen internationale Konkurrenz durchzusetzen. Der Siemens-Vorstand hatte 1992 - sicherlich im Sinne auch anderer deutscher Konzerne - die Interessen deutlich formuliert: „Mit den Kooperationen in Osteuropa verfolgen wir vor allem zwei strategische Ziele. Erstens sollen sie den Zugriff auf neue Märkte, insbesondere in Osteuropa verschaffen. Zweitens brauchen wir Niedriglohnstandorte, in denen wir so kostengünstig produzieren können, dass sich die Produkte auf den kaufkraftschwachen Ostmärkten absetzen lassen.“ Dass es an der politischen Flankierung nicht mangeln würde, stellten die CDU-Strategen Wolfgang Schäuble und Karl Lamers in ihrem 1994 verfassten Papier „Überlegungen zur europäischen Politik“ klar: Der Osten sei als „Aktionsraum für die deutsche Außenpolitik zurückgekehrt“ hieß es dort unzweideutig und die Zersetzungspolitik gegenüber dem früheren Jugoslawien ließen an dieser Aussage auch keinen Zweifel aufkommen. Kurz nachdem die BRD im Rahmen ihrer forcierten Anerkennungspolitik der jugoslawischen Teilstaaten Kroatien anerkannt hatte, nahm die Bundesregierung 1992 auch schon die Entwicklungszusammenarbeit auf. Zum eigentlichen Durchbruch einer außenpolitischen Gesamtstrategie konnte es jedoch erst unter der rot-grünen Regierungsverantwortung kommen, deren Feuertaufe der Krieg gegen Jugoslawien war. Begleitet von einer antiserbischen Propaganda, die in der Demagogie von Außenminister Joseph Fischer gipfelte: „Wir werden

kein neues Auschwitz zulassen“, zog die Bundeswehr in einen Krieg, der unter einer CDU geführten Regierung auf massiven parlamentarischen wie außerparlamentarischen sowie gewerkschaftlichen Widerstand gestoßen wäre.

Es ist kein Zufall sondern strategische Weitsicht, dass kein Jahr nach Kriegsbeginn die parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, Uschi Eid, vor der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) zum Thema „Sicherheitspolitische Auswirkungen der Entwicklungspolitik“ referierte. Sehr treffend hielt sie gleich zu Beginn ihrer Ausführungen fest, dass eine solche Themenformulierung vor zehn Jahren wohl noch niemandem eingefallen wäre und „erst ein erweitertes Verständnis von Sicherheitspolitik“ eine solche Fragestellung ermögliche. In der bemerkenswerten Rede skizzierte die seit 1980 bei den Grünen organisierte Staatssekretärin die Risiken aber auch Chancen in dem Prozeß der Globalisierung und die sich daraus ableitende Verantwortung: „Wir haben in Europa den Kapitalismus in den Rahmen einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft gestellt. Es gilt nunmehr, sich dieser Aufgabe im globalen Rahmen zu stellen.“ Sicherheit sei keine nationale Frage mehr und vor diesem Hintergrund sei in den 90er Jahren der Begriff der erweiterten Sicherheit geprägt worden. „Dieser Begriff stellt die Sicherheit des Menschen – und erst danach von Staaten – in den Vordergrund“, so Uschi Eid. Staatliche Souveränität kann in dieser Logik jederzeit mißachtet werden und legitimiert sind sogenannte "humanitäre Interventionen", die im Falle Jugoslawiens aber auch Afghanistans völkerrechtswidrig waren. In der Praxis läuft diese Politik auf „Menschenrechtsimperialismus“ hinaus, wie Gregor Schirmer auf einem Vortrag auf der IV. Rosa-Luxemburg-Konferenz "Welt ohne Krieg?" am 16. und 17. April 2004 in Dresden referierte.

## **Zivil-Militärische-Zusammenarbeit (ZMZ)**

Unmittelbar nach Beendigung des Krieges flossen die ersten BMZ-Gelder in den Kosovo (bis Ende 2003 182 Mio. Euro). Die ungelöste Statusfrage so das BMZ sei aber weiterhin ein Hindernis für den „dringend benötigten Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen.“ Ein Eindruck, den Klaus Gahr von der Kreditanstalt für Wiederaufbau in der SZ vom 13. Februar 2001 auch schon bemerkte: „In Uganda, im Kosovo oder in Montenegro würde doch keine private Firma investieren, wenn das nicht durch Mittel der KfW flankiert würde.“

Um diesen Zustand zu ändern, setzt sich die SPD eindringlich für die Unabhängigkeit des Kosovo ein. Im August erklärte der SPD-Vorsitzende Müntefering, „dass das Kosovo in der Lage ist, ein eigener souveräner Staat zu sein“ und die SPD-Außenpolitikerin Uta Zapf verlangt „die kosovarische Unabhängigkeit, die Souveränität“. „Ein solch souveräner Staat wird dann in die europäischen Strukturen eingegliedert werden“. „Wir“ müssten das „Problem Kosovo“ endlich lösen, auch wenn „Serbien (...) ganz entschieden für einen Verbleib“ seiner Südprovinz eintrete, sagt Zapf namens der deutschen Sozialdemokraten (zitiert nach: german-foreign-policy.com).

Um die politische Stabilität bzw. Unabhängigkeit und damit ein freundliches Investitionsklima zu schaffen, wird im Kosovo die enge Zusammenarbeit zwischen Militär und Entwicklungshilfe erprobt. „Das BMZ stellte für sogenannte zivil-militärische (CIMIC) Maßnahmen der Bundeswehr im Kosovo Mittel aus dem Studienfachkräftefonds bereit. (...) Das Militär lässt sich von Spezialisten in den Bereichen Zivilverwaltung, humanitäre Hilfe, zivile Infrastruktur, Wirtschaft und Kultur beraten“ wie die Missionszentrale der Franziskaner im April berichtete und zudem bemerkte, dass „bei der Durchführung militärisch-entwicklungspolitischer Projekte die Trennung zwischen militärischen Aufgaben und der zivilen Entwicklungspolitik faktisch aufgehoben“ wird. So führt die GTZ für die Bundeswehr in Afghanistan und auf dem Balkan beispielsweise Barackenbauaufträge durch. Resümierend fassen die Franziskaner zusammen, dass die Bonner Republik der Geschichte angehört. „An ihre Stelle tritt jetzt das Berlin-Brüssler Denken in

den Kategorien einer gemeinsamen europäischen Großmacht.“

In einem Diskussionspapier des BMZ vom Mai 2004 findet diese Einschätzung ihre Bestätigung. Dort heißt es u.a.: „Während partnerschaftliche EZ über Jahrzehnte dem Prinzip des geringsten Eingriffs folgte und ausländische Fachkräfte zunehmend durch einheimische ersetzt, kommt es im Rahmen militärischer Interventionen und mandatierter ziviler Missionen zu einer Renaissance internationalen Personals. Deutschland bereitet in seinem neuen Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) gezielt Personal für solche zivilen Missionen vor. Im Rahmen der zivilen ESVP-Instrumente (ESVP = Europäische Sicherheits und Verteidigungspolitik) werden für VN-, OSZE- oder EU-Missionen neben 5000 Polizeikräften auch mehrere Tausend Experten in den Bereich Recht, Verwaltung sowie Zivil- und Katastrophenschutz bereitgehalten (...) Diese Experten wie auch zum Teil die militärischen Kräfte sollen im Rahmen von Übergangsverwaltungen hoheitliche Funktionen ausüben. (...) Alle diese hoheitlichen Instrumente sind für gewisse, zeitlich begrenzte Situationen unverzichtbar, gehören zum außenpolitischen Instrumentarium und werden entsprechend finanziert.“ Und das dieses neokoloniale Instrumentarium vermehrt zum Einsatz kommen soll, findet in dem BMZ-Papier ebenfalls seine Berücksichtigung: „Das bedeutet zum Beispiel für die europäische EZ: Je mehr Einsätze der ESVP in Entwicklungsländern geplant sind, desto mehr gilt es, die Maßnahmen eng mit den vorhandenen entwicklungspolitischen Instrumenten der EU abzustimmen.“

### **Mit Clausewitz und Kant**

Auf bundespolitischer Ebene findet die Abstimmung bereits auf allen Ebenen statt. Was im Kosovo und Afghanistan an Zivil-Militärischer-Zusammenarbeit erprobt wird, wurde auf höchster Ebene im Bundessicherheitsrat (siehe Kasten) geplant. Seit dem rot-grünen Regierungsantritt 1998 hat auch das BMZ einen Platz im Bundessicherheitsrat erhalten, um ein „enges und kohärentes Zusammenwirken außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitischer Instrumente“ (BMZ-Papier) zu gewährleisten.

Von zentraler Bedeutung für die strategische Ausrichtung und Koordinierung außenpolitischer Maßnahmen ist die oben bereits erwähnte Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS). Ihre Bezugspunkte verdeutlicht die Akademie mit einer Collage auf ihrer Startseite – www.baks.com. Dazu heißt es: „Die Weltkarte soll den globalen Blick der Akademie verdeutlichen, mit Clausewitz als dem großen, Politik und Militär zusammenfügenden Denker und Kant, der sich philosophisch den Grundlagen von Staat und Gesellschaft näherte.“

Die Gründung der BAKS geht auf einen Beschluß des Bundessicherheitsrates und dem besonderen Engagement der damaligen Außen- und Verteidigungsminister, Genscher und Stoltenberg, Ende der 80er Jahre zurück. Als Ziel wurde die „ressortübergreifende Fortbildung in Sicherheitspolitik und Strategie“ genannt, um Führungspersonal heranzubilden, „dass befähigt ist, nationale Interessen im internationalen Bereich wirkungsvoll zu vertreten. (...) Die verstärkte sicherheitspolitische Diskussion in der Öffentlichkeit verlangt fachlich kompetente Führungskräfte in Regierung, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien, die die erforderliche Meinungsführerschaft übernehmen können.“ Dementsprechend sind neben Militärs unter anderem Vertreter der führenden think-tanks (Stiftung Wissenschaft und Politik SWP und Centrum für angewandte Politikforschung CAP), Frau Engelen-Kefer vom DGB, der Chefredakteur vom DeutschlandRadio, der Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios, die FAZ sowie die Evangelische Kirche im Beirat der Akademie vertreten. Um Reibungsverluste zwischen den Ministerien, think-tanks und anderen Institutionen zu minimieren, zog die BAKS im Jahr 2002 nach Berlin. Hier finden die jährlichen „Seminare für Sicherheitspolitik“ statt, mit denen gewährleistet werden soll, dass eine möglichst hohe Kohärenz zu Fragen der Sicherheitspolitik nach außen getragen werden. Denn, so die Akademie: „Die Akzeptanz unserer Sicherheitspolitik in der Bevölkerung ist ein vitales Element der Sicherheit selbst.“ Hauptauftrag ist es also,

„die Kenntnisse über den Gesamtkomplex eines erweiterten Sicherheitsbegriffes zu vermitteln und zu vertiefen (...) und so den Konsens in Fragen der Sicherheitspolitik zu fördern (...) Und es gilt, das Verständnis in der Bevölkerung dafür einzuwerben, denn die Umsetzung kostet Geld, Aufwand und Engagement, die bei der Lösung interner Probleme fehlen.“

### **Deutsche Wirtschaft bedankt sich**

So ergibt sich ein rundes Bild der „neuen“ deutschen - oder besser deutsch-europäischen - außenpolitischen Gesamtstrategie, deren Kosten offensichtlich zu Lasten sozialstaatlicher Aufgaben gehen: Einer wie auch immer gearteten „humanitären Katastrophe“, die medial entsprechend gewürdigt wird, folgt die „humanitäre Intervention“. Im Schlepptau und unter Führung des Militärs folgen Entwicklungs- und Aufbauhelfer sowie Programme der FZ und TZ um die politische und ökonomische Stabilisierung der nunmehr befriedeten Region zu garantieren. Nachdem das Investitionsklima durch verordnete Privatisierungen, PPP-Angeboten, Risikoabsicherung, Krediten etc.

geschaffen ist, folgen in der letzten Etappe Unternehmen und Konzerne, um sich den Kuchen aufzuteilen – Denn wo kein Kuchen, da wird sich auch in Zukunft kein Finger rühren, weder am Abzug eines Bundeswehrgewehrs noch an der Feder eifriger Journalisten. Die deutsche Wirtschaft bedankt sich schließlich auf ihre Weise für die politische und ökonomische Flankierung ihrer Interessen. Nachdem der jugoslawische Staat endgültig kriegerisch zerschlagen war, beförderte Kanzler Schröder seinen 'besten Mann' – Bodo Hombach - zum EU-Sonderkoordinator für den Balkan-Stabilitätspakt. Sehr erfreut darüber zeigte sich die deutsche Industrie, deren Sprecher, der damalige BDI-Präsident Hans Olaf Henkel in einem Spiegel-Interview frohlockte: *„Ohne Hombach hätte es die überfällige Kurskorrektur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht gegeben. Aber nun übernimmt er eine phantastische Aufgabe, und die deutsche Industrie wird künftig in Südosteuropa einen überaus kompetenten Ansprechpartner haben.“* Diese Einschätzung war wohl begründet. Osteuropa hat sich zu einem der bedeutendsten Investitionsfelder deutscher

Unternehmen entwickelt. Mit einem Anteil von rund 17% führt Deutschland die Liste ausländischer Investoren bei Fusionen und Übernahmen in Mittel- und Osteuropa an, gefolgt von den USA (12%) und Frankreich (9%). Hombachs Engagement fand entsprechende Anerkennung. Für die Essener Westdeutsche Allgemeine Zeitung öffnete des Kanzlers Liebling die entscheidenden Türen des Pressemarkts, so dass die WAZ-Gruppe die führenden Zeitungen in Serbien und Montenegro besitzt und in Kroatien mit 70% der Zeitungen nahezu ein Monopol auf dem Pressemarkt hält. Der Balkankoordinator wechselte Ende 2001 folgerichtig direkt in die Geschäftsführung der WAZ-Gruppe. Der Bundesverband der Deutschen Industrie honorierte die Arbeit mit einem Präsidiumsplatz im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Diverse Korruptions- und Unterschlagungsvorwürfe aus seiner Zeit in der NRW-SPD und bei Salzgitter tun der Musterkarriere des Bodo Hombach keinen Abbruch.

### **Bundessicherheitsrat**

Der Bundessicherheitsrat ist ein Ausschuss des Bundeskabinetts. Seine Sitzungen, die vom Bundeskanzler geleitet werden, sind geheim. Der Rat koordiniert die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesregierung, und ist auch für die Rüstungsexporte der Bundesrepublik zuständig.

Der Bundessicherheitsrat, der auf einen Kabinettsbeschluss von 1955 zurückgeht, hat neun Mitglieder: Der Bundeskanzler, der Chef des Kanzleramts, die Bundesminister des Äußeren, der Verteidigung, der Finanzen, des Inneren, der Justiz, der Wirtschaft sowie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung. Der Inhalt der Beratungen ist strengstens vertraulich. (Quelle: [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de))

Guatemala-Komitee Berlin, September 2004

# Zu Verflechtungen und Strategien von GTZ, Regierungen und NGOs im Mesoamerikanischen Biologischen Korridor (CBM)

## 1. Projekte

### 1.1. Projektfeld Institutionelle Stärkung

(GTZ-Schwerpunkt):

Regierungen werden unterwiesen, im Interesse des Nordens zu handeln:

Aufbau von Behörden auf verschiedensten Ebenen (u.a.: CCAD, SICA)

Ausbildung von "Policymakern"

Demarkation von Biosphärenreservaten

Ausbildung und Ausrüstung von Rangern

Verwaltung von Finanzen

Korrektes Verhalten gegenüber Geldgebern

### 1.2 Projektfeld Tourismus

Wofür ist es es gut ? Schafft Akzeptanz bei Regierungen, denn:

Tourismus-Einnahmen im Vergleich zu den Gesamtexporteinnahmen und Tourismus in % am

Export:

Costa Rica (2001):	1.3 Mrd. \$	(Export: 5.25 Mrd) 25%
Guatemala (2000):	751 Mio \$	(Export: 2.3 Mrd) 32%
Honduras (1999):	165 Mio \$	(Export: 1.3 Mrd) 12%
Mexiko (2001):	8.4 Mrd. \$	(Export: 161 Mrd) 5%
Nicaragua (2003?):	109 Mio \$	(Export: 602 Mio) 18%

### 1.3 Projektfeld Ökotourismus:

Klingt gut – schafft Akzeptanz bei der Bevölkerung des wirtschaftlichen Nordens; erfährt starke Betonung im CBM-Gesamtprojekt

Kritische Fragen:

Wer kann sich kommerziellen Öko-Tourismus leisten?

Wer zieht daraus Nutzen?

Wieviel davon ist tatsächlich "Öko"?

### 1.4 Projektfeld Aufforstung / Emissionshandel

Gegen Wiederaufforstung ist prinzipiell nichts zuzusagen, wenn sie nicht zur weiteren Marginalisierung der lokalen Bevölkerung führt, aber

Der Trend sind Baumplantagen. Diese sind dem ökologischen Gleichgewicht abträglich und bergen pikanterweise einen potentiellen "internen" Konflikt zwischen Gentech-Firmen, die Biodiversität verwerten wollen (Pharmakonzerne) und Forst- bzw. Papierkonzernen, die an schnellwachsenden Bäumen interessiert sind

Notorisches Beispiel für Baumplantagen: Eukalyptusbäume in Südmexiko (Firmen: *International Paper*, *Temple Inland Corporation*, *Smurfit Newsprint*)

Im Kommen: gentechnisch veränderte Bäume (*Grupo Pulsar*)

Neben Zellulose-Produktion - Emissionshandel mit Baumplantagen (ein ökologisch unsinniges und obendrein neokoloniales Konzept) auf der Basis von Public Private Partnership

### 1.5 Projektfeld Datenbanken

Inventarverzeichnisse von Fauna und Flora (das Wort "genetische Ressourcen" wird selten bzw. ungern ausgesprochen, aber in Wirklichkeit geht es bei dieser Bioprospektion auch um die Schaffung der Grundlagen für Biopiraterie)

### 1.6 Projektfeld Lokale Verankerung

**im Sinne der Herrschaftspolitik - wichtige Aufgabe der Naturschutz-NGOs zu Schaffung von Akzeptanz auf der Mikroebene**

Zusammenarbeit mit lokalen Eliten, lokalen NGOs, Universitäten etc.

Private Naturschutzflächen  
 Soziale Programme (lt. Conny in Chiapas Ausnutzung von Gender-Themen)

- Landwirtschaftliche Modellprojekte

## 2. Finanzen (Beispiele)

### 2.1 Vorphase (1990-1997)

CBM-Region gesamt: 791Mio. \$ für das Management von "natürlichen Ressourcen und geschützten Flächen" in Mexico & Mittelamerika (USAID/Weltbank-Analyse). Viel davon ist offenbar verpufft

### 2.2. Planungsphase für Südhälfte des CBM 02/1999 – 02/2002:

**UNDP/UNEP-verwaltet: 23.54 Mio \$**, davon:

- GEF 10.9
- DANIDA 6.0
- Regierungen 4.0
- GTZ 2.6

(Quelle: Projektbeschreibung)

### 2.3. Getätigte und geplante Ausgaben in der Nordhälfte des CBM (in US-\$):

Table 7. Major Conservation and Sustainable Development Donors in Northern Mesoamerica, 1993 to 2008

Donor	Amount (millions)
Government of Mexico	58.5
GEF	35.3
World Bank	32.6
USAID	17.8
Government of Guatemala	12.8
DANIDA-GTZ	8.6
PULSAR	5.4
Mexican Protected Areas Fund	3.8
GEF-UNDP Small Grants Program	3.1
Ford Foundation	1.2
GTZ	1.2
Inter-American Development Bank	0.5
Packard Foundation	0.3
Sharp Foundation	0.2
<b>Total</b>	<b>181.9</b>

## 3. Verflechtungen

### 3.1 "große" NGOs

- **Conservation International**
- The Nature Conservancy
- WWF
- The Rainforest Alliance
- World Resource Institute

### 3.2 (Willfähige) lokale Partner (Auswahl)

Mexico:

- Ecosur (Uni)

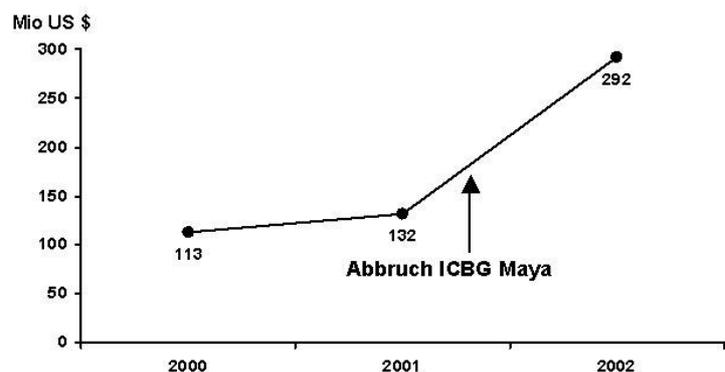
Honduras:

- MOPAWI
- PROLANSTATE

Nicaragua:

- Fundacion Alistar

Budget - Conservation International



### 3.3. Fallbeispiel

Critical Ecosystem Partnership Fund (CEPF), bestehend aus CI, GEF, MacArthur Foundation Japanische Regierung und WB: Gemeinsame Initiative zur Schaffung von drei Korridoren in der Südregion des CBM (Panama, Nicaragua, Costa Rica)

#### **Lokale Partner:**

- **Osa Alliance** (Halbinsel Osa, Piedras Blancas N.P., Talamanca-Gebirge, Costa Rica; **Talamanca-Osa Corridor**)
- **Fila Costeña Environ Assoc.** (SE Nica/N-Costa Rica; **Cerro Silva-Indio Maiz-La Selva-Corridor**)
- **Bocas del Toro Coalition** (La Amistad Biosphere Reserve, Panama; **Talamanca-Bocas del Toro Corridor**)

CEPF- Ziele (in Projektdokumenten beschrieben):

- Politikbeeinflussung zur Milderung der (negativen) Auswirkungen von Entwicklungsprojekten (z.B. Plan Puebla Panamá) auf die Biodiversität
- Unterstützung (lies: Beeinflussung) regionaler Allianzen, die als Vertreter der Zivilgesellschaft in bestehenden Foren wie CBM und Plan PP fungieren sollen
- CI hat von 1996-2001 in Panama „Training“ für Ökotourismus und Traditionelle Medizin „unterstützt“.

---

## Die Abkommen von San Andrés

### **Der Disput um die Anerkennung der indigenen und ländlichen Selbstverwaltung in Mexiko**

EZLN und mexikanische Regierung hatten im Rahmen der Friedensgespräche die Abkommen von San Andrés über Indigene Rechte und Kultur<sup>1</sup> am 16. Februar 1996 unterzeichnet, die später von der parlamentarischen Vermittlungskommission (COCOPA) zu einer Gesetzesvorlage ausgearbeitet (und von der EZLN akzeptiert) wurden.

Die "neue" Regierung unter Vicente Fox verwässerte die Reform 2001 total und verabschiedete eine "reforma light". Sie setzte die Abkommen nie um. In einem Kommuniqué bezeichnete die EZLN den verabschiedeten Entwurf von 2001 als ein „*Gesetz zum Schutz der Rechte von Großgrundbesitzern und Rassisten*“ und brach den Kontakt zur Regierung ab.

Im Widerspruch zur Regierungspraxis steht ebenfalls die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, welche Mexiko bereits 1990 unterzeichnet hatte. Die mexikanische politische Klasse bricht seitdem ihr Wort gegenüber der indigenen und ländlichen Bevölkerung und ihrem legitimen Anspruch auf Selbstverwaltung.

Neben der Befürchtung ökonomischer Nachteile im Falle einer Umsetzung der San Andrés-Abkommen seitens der Oligarchie im Kontext der neoliberalen Globalisierung markiert diese Haltung den anhaltenden Rassismus, Autoritarismus und Sexismus der mexikanischen Dominanzgesellschaft.

Die EZLN und ihre soziale Basis setzen nun - verstärkt seit 2003 - ihre "Autonomie ohne Erlaubnis" in Form lokaler und überregionaler Parallelstrukturen zum Staat um.

---

<sup>1</sup> Die Abkommen von San Andrés über indigene Rechte und Kultur waren nur das erste von vier vorgesehenen Verhandlungspaketen. Die weiteren von der EZLN geforderten Themenkomplexe Demokratie und Gerechtigkeit, Wirtschaft und Entwicklung sowie Frauenrechte wurden aufgrund der mangelnden Umsetzung der San Andrés-Verträge seitens der Regierung bis heute nicht verhandelt. Der Dialog bleibt unterbrochen.

Tab. 1	Abkommen von San Andrés	Gesetzesentwurf der COCOPA	Regierungsgesetz 2001	ILO 169
<b>Antidiskriminierungsbestimmungen</b>	Angehalten von der Regierung sind alle BürgerInnen und zivilen Organisationen dazu aufgefordert, die diskriminierende Haltung gegenüber indigenen Bevölkerungsgruppen abzulegen und eine Kultur der Pluralität und Toleranz zu entwickeln, die die Weltanschauung, die Form zu leben und die Entwicklungskonzepte der indigenen Völker akzeptiert.	Art. 4 VII: Die Föderation, die Bundesstaaten und die Kommunen müssen die Respektierung und die Anerkennung der unterschiedlichen existierenden Kulturen in Mexiko vorantreiben und jede Formen von Diskriminierung bekämpfen.	Art. 1: Verbot von Diskriminierung aufgrund ethnischer oder nationaler Herkunft, Religion, Alter etc...	Art. 3 Abs. 1: Indigenous peoples shall enjoy the full measure of human rights and fundamental freedoms without hindrance or discrimination.

Tab. 2	Abkommen von San Andrés	Gesetzesentwurf der COCOPA	Regierungsgesetz 2001	ILO 169
<b>Verpflichtungen und Garantien des Staates gegenüber den indigenen Völkern</b>	Der Staat muss: * die Ausbildung der indigenen Völker unter Berücksichtigung ihrer Kultur garantieren * indigenes Gewohnheitsrecht (z.B. Wahlrecht) akzeptieren * interne Regeln des Zusammenlebens achten * soziale, ökon., pol. und kult. Organisation achten * eigenen Normen zur Regelung interner Konflikte respektieren	Art. 4, Abs. VII: Die Föderation, die Staaten und die Gemeinden müssen im Bereich ihrer Zuständigkeit und in Abstimmung mit den indigenen Völkern deren nachhaltige Entwicklung und zweisprachige Erziehung fördern. * in Zusammenarbeit mit den indigenen Völkern sind Erziehungsprogramme zu entwickeln * interne Regeln des Zusammenlebens achten * eigenen Normen zur Regelung interner Konflikte respektieren * Wahlen nach Gewohnheitsrecht respektieren	Art. 2 Absatz B: Die Föderation, die Staaten und die Gemeinden richten Institutionen ein und treffen die notwendigen pol. Maßnahmen, um die Gültigkeit der Rechte der Indigenen und die Entwicklung ihrer Völker und Gemeinden zu garantieren. Die Autoritäten sind dazu verpflichtet: * den Schulbesuch der indigenen Kinder zu garantieren * ein Stipendiensystem für indigene Studenten zu gründen * den Zugang zu Gesundheitseinrichtungen zu sichern * die Produktionsformen der indigenen Gemeinden zu unterstützen - interne Regeln des Zusammenlebens achten - soz., ökon., pol. und kulturelle Organisation achten - eigene Normen zur Regelung interner Konflikte respektieren - Wahlen nach Gewohnheitsrecht respektieren	Art. 2 Governments shall develop action to protect the rights of these peoples; such action shall include measures for promoting the full realisation of the social, econ. and cult. rights of these peoples with respect for their social and cultural identity, their customs and traditions and their institutions  Art. 27 (1):  Education programmes and services for the peoples concerned shall be developed and implemented in cooperation with them

Tab. 3	Abkommen von San Andrés	Gesetzesentwurf der COCOPA	Regierungsgesetz 2001	ILO 169
<b>Landnutzungsrechte</b>	Recht der indigenen Völker auf kollektiven Zugriff und Verwertungsbefugnis aller Bodenschätze auf den Gebieten, die sie bewohnen und benutzen  (PP III.6)	Indigene Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Daraus ergeben sich Autonomierechte für folgende Bereiche: ...den kollektiven Zugriff auf Bodenschätze auf dem Gebiet, das sie bewohnen	Art. 2 Absatz A.: Indigene Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Daraus ergeben sich Autonomierechte für folgenden Bereiche:  ...unter Berücksichtigung der in der Verfassung u. den Gesetzen festgelegten Eigentumsformen und -modalitäten haben sie <u>vorrangigen</u> Zugriff auf die Bodenschätze auf den Gebieten, die sie bewohnen	Art. 14: 1. The rights of ownership and possession of the peoples concerned over the lands which they traditionally occupy shall be recognized  2. Governments shall take steps as necessary to... guarantee effective protection of their rights of ownership and possession.  3. Art. 15 (1) The rights of the peoples concerned to the natural resources pertaining to their lands shall be specially safeguarded. These rights include the right of these peoples to participate in the use, management and conservation of these resources.

Tab. 4	Abkommen von San Andrés	Gesetzesentwurf der COCOPA	Regierungsgesetz 2001	ILO 169
<b>Rechtsstatus und Möglichkeiten der Assoziierung der Gemeinden</b>	<u>Punkt: "Neuer juristischer Status" (2)</u> * Anerkennung der Gemeinden als <u>juristische Person</u> ("entidad de derecho publico") in der nationalen Gesetzgebung * Es besteht ein <u>Recht</u> der Gemeinden mit überwiegend indigener Bevölkerung, sich in Kommunen zusammenzuschließen und sich als Bezirke (municipios) nach ihren Vorstellungen (frei) zu assoziieren, um ihre Aktionen zu koordinieren	<u>Art. 115 Absatz VII:</u>  Die indigenen Gemeinden und die Bezirke (municipios), die sich zur Zugehörigkeit zu einem indigenen Volk bekennen, haben die <u>Möglichkeit</u> , sich nach ihren Vorstellungen (frei) als <u>juristische Person</u> zusammenzuschließen, um ihre Aktionen zu koordinieren.	<u>Art. 2 A Absatz VII:</u>  Die Verfassungen und Gesetze der Bundesstaaten werden ... die Normen zur Anerkennung der indigenen Gemeinden als Träger " <u>öffentlichen Interesses</u> " ("entidades de Interés publico") festlegen.  <u>Art. 115:</u> Die indigenen Gemeinden können sich auf kommunaler Ebene koordinieren und sich im <u>Rahmen der gesetzlichen Vorschriften</u> zusammenschließen.	<u>Art. 5:</u>  (b) In applying the provisions of the Convention the integrity of the values, practices and institutions of these peoples shall be respected  <u>Art. 6:</u>  (c) ... governments shall establish means for the full development of these peoples' own institutions an initiatives

## Verfassungsänderung in Mexiko 1991

Artikel 4: Die mexikanische Nation besitzt ein plurikulturelle Zusammensetzung und gründet sich ursprünglich auf ihre indigenen Völker. Das Gesetz schützt und fördert die Entwicklung ihrer Sprachen, Kulturen, Gewohnheiten, Ressourcen und die speziellen Formen ihrer sozialen Organisierung. Es garantiert den Angehörigen der indigenen Völker den Zugang zur Gerichtsbarkeit des Staates. Vor Gericht und in Agrar(gerichts)verfahren, an denen sie beteiligt sind, sind ihre Praktiken und ihre Gewohnheitsrecht auf der Grundlage der Gesetze zu berücksichtigen.

# Revolutionäres Agrargesetz der EZLN



Der Kampf der armen Bäuerinnen und Bauern in Mexiko fordert weiterhin das Land für die, die es bebauen. Nach Emiliano Zapata und entgegen den Reformen des Artikels 27 der Mexikanischen Verfassung nimmt die EZLN den gerechten Kampf der mexikanischen Bauern für Land und Freiheit wieder auf. Mit dem Ziel, die neue Landverteilung festzulegen, welche die Revolution nach Mexiko bringt, wird das folgende revolutionäre Agrargesetz ausgefertigt.

**Erstens.** Dieses Gesetz gilt für das gesamte mexikanische Staatsgebiet und begünstigt alle mexikanischen armen Bauern und Landarbeiter, ungeachtet ihrer politischen Zugehörigkeit, religiösen Glaubens, Geschlecht, Rasse oder Hautfarbe.

**Zweitens.** Dieses Gesetz betrifft jeden Landbesitz und inländische oder ausländische Agrar- und Vieh-Unternehmen auf mexikanischem Staatsgebiet.

**Drittens.** Alle Ländereien von mehr als 100 Hektar an schlechter Qualität und 50 Hektar an guter Qualität werden den revolutionären Agrarmaßnahmen unterworfen. Den Eigentümern, deren Land die oben erwähnten Grenzen überschreiten, wird die Übergröße entzogen und mit dem, von diesem Gesetz erlaubten, verbleibenden Minimum können sie als Kleinbesitzer weitermachen oder sich der Bewegung der Bauernkooperativen, Bauerngemeinschaften oder Gemeindeländereien anschließen.

**Viertens.** Nicht von den Agrargesetzen betroffen sind die Ländereien der Gemeinden, ejidos oder der Besitz von Volkskooperativen, auch wenn sie die im Absatz 3 erwähnten Grenzen überschreiten.

**Fünftens.** Die von diesem Agrargesetz betroffenen Ländereien werden an die landlosen Bauern und Landarbeiter, die es wünschen, als Kollektiveigentum verteilt, zur Gründung von Kooperativen, Bauerngesellschaften oder Agrar- und Vieh-Produktionskollektiven. Die betreffenden Ländereien sollen kollektiv bearbeitet werden.

**Sechstens.** Erstantragsrecht haben die Kollektive der armen landlosen Bauern und Landarbeiter, Männer, Frauen und Kinder, die den Nichtbesitz von Land oder den Besitz von schlechtem Land ordnungsgemäß nachweisen.

**Siebtens.** Für die Nutzung des Landes zugunsten der armen Bauern und Landarbeiter schließt die Beschlagnahme des Großgrundbesitzes und der Agrar- und Viehmonopole die der Produktionsmittel wie Maschinen, Düngemittel, Läden, finanzielle Mittel, chemische Produkte und technische Beratung ein. All diese Mittel müssen in den Besitz der armen Bauern und Landarbeiter übergehen, mit besonderer Berücksichtigung der in Kooperativen, Kollektiven und Gesellschaften organisierten Gruppen.

**Achtens.** Die durch dieses Agrargesetz begünstigten Gruppen sollen sich vorrangig der kollektiven Produktion von für die Bevölkerung Mexikos notwendigen Lebensmitteln widmen: Mais, Bohnen, Reis, Obst und Gemüse, sowie der Aufzucht von Rindern, Bienen, Schweinen und Pferden und den Nebenprodukten (Fleisch, Milch, Eier usw.)

**Neuntens.** In Kriegszeiten ist ein Teil der Produktion der von diesem Gesetz betroffenen Ländereien für den Unterhalt der Witwen und Waisen der revolutionären Kämpfer und zum Unterhalt der revolutionären Kräfte bestimmt.

**Zehntens.** Ziel der kollektiven Produktion ist es, zuerst die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, bei den Begünstigten das kollektive Bewußtsein über die Arbeit und den Ertrag zu fördern und Produktionseinheiten, Verteidigung und gegenseitige Hilfe auf dem mexikanischen Land zu schaffen. Wenn in einer Region ein Produkt nicht hergestellt wird, wird unter gerechten und gleichen Bedingungen ein Austausch mit einer anderen Region organisiert, in der dieses angebaut wird. Der Produktionsüberschuß kann in andere Länder exportiert werden, wenn keine Nachfrage für das Produkt im Inland besteht.

**Elfens.** Die großen Agrar-Unternehmen werden enteignet und gehen in den Besitz des mexikanischen Volkes über; sie werden kollektiv von den Arbeitern selbst verwaltet. Maschinen für den Ackerbau, Ackergerät,

Saatgut usw., das unbenutzt in Fabriken, Geschäften und an anderen Orten herumliegt, wird unter den Landkollektiven aufgeteilt, um das Land extensiv zu bebauen und anzufangen, den Hunger der Bevölkerung auszumerzen.

**Zwölftens.** Individuelle Aneignung von Land oder Produktionsmitteln wird nicht zugelassen.

**Dreizehtens.** Die unberührten Urwaldgebiete und die Wälder werden erhalten und in den wichtigsten Gebieten werden Wiederaufforstungskampagnen durchgeführt.

**Vierzehntens.** Die Quellen, Flüsse, Lagunen und Meere sind kollektives Eigentum des mexikanischen Volkes; sie werden geschützt, ihre Verschmutzung vermieden und bestraft.

**Fünftehtens.** Zugunsten der armen landlosen Bauern und Landarbeiter werden, zusätzlich zur Landverteilung, die dieses Gesetz vorsieht, Handelszentren geschaffen, die die Produkte der Bauern zu einem gerechten Preis ankaufen und ihnen die Waren, die sie zu einem würdigen Leben brauchen, zu einem gerechten Preis verkaufen. Es werden gemeinschaftliche Gesundheitszentren geschaffen, mit allen Neuerungen der modernen Medizin, mit ausgebildeten und bewußten Ärzten und Krankenschwestern und mit kostenloser Medizin für das Volk.

Es werden Freizeitzentren geschaffen, damit die Bauern und ihre Familien eine würdige Erholung ohne Kneipen oder Bordelle haben. Es werden Bildungszentren und kostenlose Schulen geschaffen, wo die Bauern und ihre Familien, ungeachtet ihres Alters, Geschlechts, Rasse oder politischen Zugehörigkeit, die für ihre Entwicklung notwendige Technik erlernen können.

Es werden Zentren für Wohnungs- und Straßenbau geschaffen, mit Ingenieuren, Architekten und den notwendigen Materialien, damit die Bauern eine würdige Wohnung und gute Straßen für den Transport haben können. Es werden Dienstleistungszentren geschaffen, damit die Bauern und ihre Familien elektrisches Licht, fließendes Trinkwasser, Entwässerung, Radio und Fernsehen, neben allem für die Hausarbeit Notwendigen wie Ofen, Kühlschrank, Waschmaschine, Getreidemühle usw. haben.

**Sechzehntens.** Es gibt keine Steuern für die Bauern, die kollektiv, auf den ejidos, in Kooperativen oder auf Gemeindeland arbeiten. Von dem Moment an, an dem dieses revolutionäre Agrargesetz ausgefertigt wurde, werden alle Kreditschulden, Steuern oder Darlehen aberkannt, die die armen Bauern oder Landarbeiter mit der Unterdrücker-Regierung, dem Ausland oder den Kapitalisten vereinbart haben.

(Der Mexikanische Wecker, Informationsorgan der EZLN, Nr.1, Dezember 1993, in: Mittelstätt 1997: 72-75)

---

# Umweltschutz innerhalb der zapatistischen Selbstverwaltung

## Fünf Beschlüsse der Guten Regierung

Während des ersten Jahres der Juntas der Guten Regierung, wurden einige interne Abkommen formalisiert, die vor längerer Zeit eingeführt wurden, außerdem wurden neue Beschlüsse definiert. Sie betreffen den Schutz der Wälder, den Drogenhandel, den Schmuggel mit undokumentierten Migranten, den Fahrzeugverkehr in den Regionen, und die Staatswahlen für Bezirkspräsidenten und den Staatskongress.

### 1. Über den Schutz der Wälder

Ich schreibe nun wortwörtlich eins der Gesetze ab, die in den Juntas der Guten Regierung in Kraft sind. Der Wortgehalt variiert von einer Region zur nächsten, aber die Essenz ist die gleiche:

Gesetz zum Schutz der Bäume oder zum Schutz der Natur

Nach Beschluss der Junta der Guten Regierung Corazón del Arco Iris, gilt dieses Gesetz in den Gebieten der Autonomen Bezirke in Rebellion ausnahmslos für alle; das Gesetz betrifft den Schutz der Wälder, weil der Wald Wasser und Sauerstoff produziert, weil er unser Leben ist und weil er auch die Tiere des Waldes

beschützt; aus diesem Grund sollten wir alle verstehen, wie wichtig es ist, in allen Gebieten der Autonomen Bezirke für unsere Wälder zu sorgen.



Als Junta der Guten Regierung schlagen wir vor, dass jeder Bezirk eine Baumschule einrichtet, um die Umsetzung dieses Gesetzes zu unterstützen.

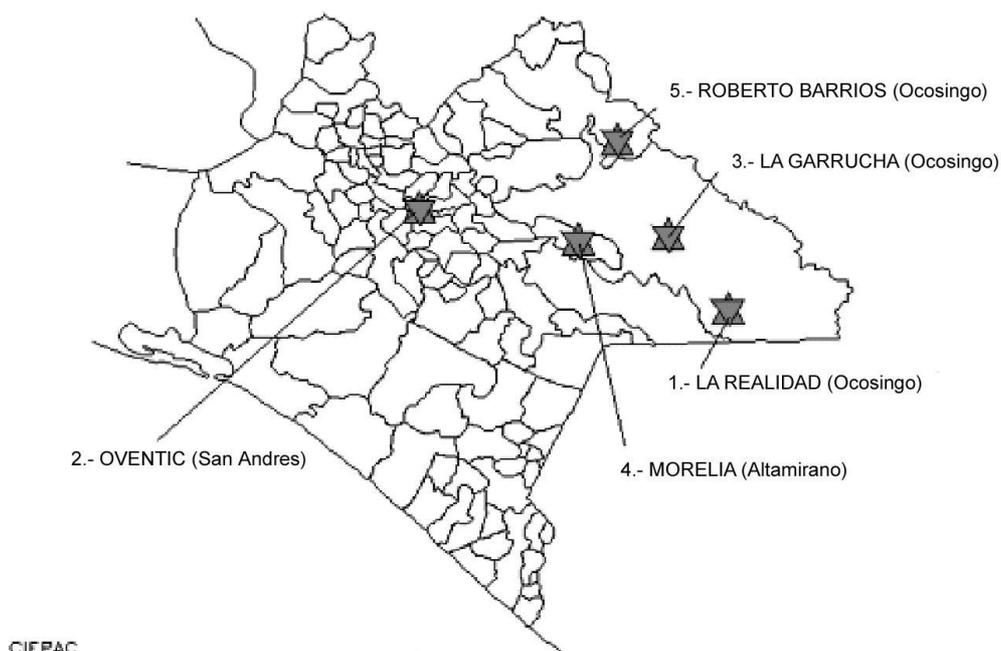
1. Bäume werden nur für häusliche Bedürfnisse gefällt, nicht zum Verkauf.
2. Wir sind verpflichtet, die Wälder zu hegen und zu schützen, und wir haben auch das Recht die Bäume für häusliche Zwecke zu nutzen, mit einer Zulassung von den autonomen Autoritäten.
3. Für jeden gefällten Baum, ist die Person, die ihn gefällt hat verpflichtet, zwei junge Bäume zu pflanzen und für sie zu sorgen.

4. Jedes autonome Gebiet soll Sanktionen gemäß ihren Satzungen verhängen.
5. Jedes unautorisierte Fällen wird mit der Pflanzung von 20 jungen Bäumen sanktioniert.
6. Alle Zulassungen sollen vom Land- und Gebietskomitee ausgestellt werden.

Nach einem existierenden Beschluss soll jeder Bezirk, in dem es Raum für Wiederaufforstung gibt, dies betreiben. Dabei sollen Bäume wiederaufgeforstet werden, die von der Gemeinde benötigt werden. Als geeigneter Raum für solche Anpflanzungen gelten solche Gegenden, die gut für Familienausflüge sind, zum Beispiel Flussufer. Im Autonomen Bezirk 17 de Noviembre haben wir beispielsweise vier wiederaufgeforstete Zentren mit insgesamt 2.000 Zederbäumen. (...)

Quelle: Subcomandante Marcos: Ein Video lesen - Teil V, August 2004, in: [www.gruppe-basta.de](http://www.gruppe-basta.de)

## LOS CARACOLES ZAPATISTAS



CIEPAC

# I. CHIAPANEKISCHES TREFFEN GEGEN NEOLIBERALISMUS

## **"WIDERSTÄNDE VERSTÄRKEN, ALTERNATIVEN SUCHEN"**

San Cristóbal de las Casas, Chiapas, Mexiko, 9. bis 12. Oktober 2002

Wir, RepräsentantInnen von 80 chiapanekischen Organisationen, BewohnerInnen dieser Ländereien, sind an diesem Ort zusammengekommen, um ihn wieder zu einem Ort der Geburt zu machen. Während vier Tagen haben wir über die vier Gefahren gesprochen, die unsere Mutter Erde bedrohen. Diejenigen, die sie vergiften, wissen, dass sie uns zusammen mit ihr umbringen werden. Wir, die wir Sämereien der Bevölkerung wie der Mais sind, keimen und wachsen in ihr, jedoch nur, wenn wir sie am Leben erhalten. Daher weisen wir die Wissenschaft des Todes zurück und kämpfen, um eine Zukunft zu konstruieren, in der unsere Früchte existieren, wo wir uns eine Regierung geben, die uns respektiert, die die Mutter respektiert, die uns allen das Leben gibt.

Hier hat unser erster Schritt den chiapanekischen Raum wiedererlangt, der uns erlaubt, zu kommunizieren und zu informieren, der der Weg ist, um uns mit allen Kämpfen zu vereinen, die das Leben auf dem gesamten Planeten verteidigen. Der zweite Schritt war, unmittelbare Aktionen zu beschließen, die uns in diesen Kämpfen vereinen.

Wegen alledem:

- Fordern wir Respekt für unsere Naturressourcen, unsere Kultur, unsere Traditionen und unsere Menschenrechte, weil sie die Hoffnung des Lebens für die gesamte Schöpfung sind.
- Weisen wir das ALCA, den PPP, den mesoamerikanischen biologischen Korridor, das NAFTA, den Bau von Staudämmen, die Privatisierung des Wassers und des elektrischen Stroms zurück, weil sie Zerstörung, Raub und Tod für unsere Völker bringen.
- Fordern wir Respekt für die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter der Agroindustrie und der Maquiladora-Fabriken. Wir protestieren gegen die Modifikationen der Arbeitsgesetze zugunsten der Handelsverträge.
- Wir halten unser Wort. JA zu den Abkommen von San Andrés.
- Entwaffnung der Paramilitärs! Raus mit der Armee aus unseren Gemeinden! Unsere Mobilisierung dient dazu, zu vermeiden, dass weitere Flüsse des Blutes der Bevölkerung fließen, die Gerechtigkeit fordert.
- Als Kinder dieser Ländereien sagen wir Nein zum "PROCEDE". Wir sagen, dass ein Bauer ohne Land ein Sklave für die Maquiladoras ist. Wir erlangen unser Territorium zurück.
- Wir weisen die Kaffee-Preis-Spekulation an der Börse von New York und die Unterstützung der Regierung für die transnationalen Firmen zurück. Wir fördern den nationalen Konsum mittels des fairen Handels. Wir kontrollieren, was wir produzieren und produzieren, was wir benötigen.
- Wir weisen die "Wissenschaft des Todes" der agrochemischen und gentechnischen Konzerne zurück. Wir bauen Mais an, Mais unsere Erinnerung, Mais unser Wort. Wir sind die Sämereien der Bevölkerung in Verteidigung der Souveränität der Ernährung, Basis unserer Autonomie. Unsere Gesundheit, Land und Arbeit steht nicht zum Verkauf, dafür arbeiten wir, wir fördern die Produktion und den Konsum organischer Produkte,

die Erhaltung der Böden, Flüsse, Ländereien; die kommunitäre Entwicklung, die kulturelle Identität und einen gerechten, solidarischen und alternativen Handel.

- Wir werden die Plünderung des Erbes unserer Völker nicht zulassen. Wir sind diejenigen, die sich um die Verteidigung und Entwicklung des Lebens der Mutter Erde gekümmert haben und sich darum kümmern werden wie um unser eigenes Leben.

Für das I. Chiapanekische Treffen gegen Neoliberalismus:

Abogados y Asesores Pro Derechos Humanos, Alianza Civica Chiapas, Área Diocesana de Derechos Humanos, BACOSAN, CAPISE, Catequistas de Huitiupán, CCESSC/ INCMNSZ, CEDIAC, AC, Centro de Derechos Humanos Fray Bartolomé de Las Casas; CEPAZ; CIAM; CICE; CIDECI; CIEPAC; Circulo Sancristobalense de Abogados, A.C.; CIRSA, COCIDEP; CODIMUJ; COLEM; Comisión Local de Reconciliación y DDHH de Los Altos; Comité Civil Electricista, Comité de Desarrollo Comunitario del Sur, COMPITCH; Comunidad Agua de Tigre; Comunidad Nueva Cruz, Comunidad Nuevo Monte Cristo, Comunidad Santa Rosalia, Comunidades afectadas por Represas, comunidades Eclesiales de Base, Convergencia de Organizaciones Campesinas de Chiapas, CORECO, Chiltak, A.C., Defensoras Derechos Humanos de las Mujeres, DESMI, A.C., EDUPAZ, A.C., Enlace, Comunicación y Capacitación, Facultad de Ciencias Sociales UNACH, Feminario, foro para el Desarrollo sostenible, A.C., Fundación León XIII; FZLN San Cristóbal de Las Casas, Global Exchange, Grupo de Mujeres de Amátan, Grupo de Mujeres Tzome Ixuk, Iglesia Católica de Región Sureste, Iglesia de la Parroquia de Santo Domingo., Jolom Mayaetik, La Voz de Cerro Hueco, Las Abejas, Maderas del Pueblo del Suereste, Melel Xojobal, Misión Altamirano, Misión de Guadalupe, Mpio de Independencia, Chis, MUK`TA NA (Casa Grande), Municipio San Andrés Larráinzar, Nemi Zapata, Nuevo Amenercer Indígena 94 (NAI94), Nuevo Yibeljoj, Obra Kolping, OCOMITCH, OMIECH, OMITAC (Organización de Médicos Indígenas Tradicionales) Organización de Pueblos Indígenas de la Zona Patihuitz, Parroquia de Altamirano, Parroquia de San Andrés Apóstol, Parroquia de Santo Domingo de Guzmán, Plural Chiapas, Programa "Desarrollo Humano en Chiapas" UAM, Promedios, Pueblos Creyente, Red de Defensores Comunitarios por los Derechos Humanos, RICAA, Roberto Barrios, SADEC, Seminario de Género (UNACH), Sociedad Cooperativa Unión Lucha y Progreso, Unión Tzotzil de Diversificación SSS de Simojovel.

San Cristóbal de Las Casas, Chiapas, 11. Oktober 2002.

\*\*\*

Quelle: <http://chiapas.indymedia.org> 21.10.2002

# Plan Puebla-Panama



Seit Dezember 2000 arbeitet die mexikanische Regierung an der Durchführung des "Plan Puebla-Panama" (PPP), der mit den mittelamerikanischen Staaten Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama vereinbart wurde. Das Entwicklungsprogramm, soll die Region zwischen dem süd-mexikanischen Bundesstaat Puebla und Panama durch den Anschluss an den Weltmarkt von der Armut befreien. Konkret beinhaltet der Plan die Schaffung von Investitionsanreizen für multinationale Konzerne (die Arbeitskraft im Süden gilt als 40 Prozent billiger als in den Maquiladoras im Norden Mexikos), die Vermarktung der regionalen Biodiversität sowie den Ausbau von Infrastruktur und Monokulturen. Außerdem sind Ökotourismusprojekte und exklusive Hotel- und Freizeitanlagen geplant.

Der PPP entstand im Rahmen der Verhandlungen zum NAFTA- (North-American Free Trade Area) und FTAA-Abkommen (Free Trade Agreement of the Americas). In deren Zuge werden die Schranken für Investitionen gesenkt, die Regierungen verpflichten sich zu makroökonomischer und politischer Stabilität und die Weltbank, der IWF und die Interamerikanische Entwicklungsbank stellen Kredite im Umfang von ca. 9 Mrd. US Dollar zur Verfügung.

Als die Führung der Zapatistischen Guerilla 2001 ihren Marsch in die Hauptstadt antrat, um für das "Gesetz für indigene Rechte und Kultur" einzutreten, drohte der mexikanische Unternehmerverband Coparmex damit, den PPP platzen zu lassen, falls die Regierung auf die

Forderung der Zapatisten eingehe. Die Unternehmer fürchten die Autonomie der indigenen Gemeinden. Nach der Verabschiedung des nun stark verwässerten Gesetzes gibt es kein Mitspracherecht für die betroffenen Bauern bzw. die indigenen Gemeinden, obwohl die PPP-Maßnahmen teilweise Umsiedlung und Privatisierung kommunaler Gebiete beinhalten.

Mitte Juli 2002 hat in Managua das dritte Forum zentralamerikanischer PPP-GegnerInnen stattgefunden. Bereits auf dem zweiten Forum in Xelajú (Guatemala) ist ein Positionspapier erarbeitet worden, das den PPP als undemokratisch und ausbeuterisch ablehnt. Kritisiert werden zudem seine militärischen Implikationen: Das wirtschaftliche Aufbauprogramm ist nämlich auch dazu gedacht, den Zugriff des Militärs auf autonome Provinzen in Chiapas zu verstärken. Fox' Koordinator für den PPP, Florencio Salazar, erklärte: "Das Hauptziel des Programms ist nicht die Einschränkung der Guerilla, obwohl das eine Konsequenz daraus sein könnte. Wir wollen einfach den Menschen mehr Möglichkeiten eröffnen."

## *Beschreibung des PPP*

*durch die mexikanische Regierung: <http://ppp.sre.gob.mx>*

*Kritische Darstellung: [www.ciepac.org](http://www.ciepac.org)*

*Informationen über die Widerstandsbewegung gegen PPP: [www.chiapas.indymedia.org](http://www.chiapas.indymedia.org)*

*Quelle: iz3w Blätter des Informationszentrums Dritte Welt Nr. 263*

# GTZ-Projekt setzt Ureinwohner unter Druck

## Kampagne Landrecht - Ureinwohner beschweren sich - Drückerkolonne im Regenwald -

Die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) betreibt das FOMISS-Forstprojekt in Sarawak, Malaysia, ohne der davon betroffenen Bevölkerung ein Mitspracherecht einzuräumen. Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und im Projektgebiet lebende Penan, die als Ureinwohner Landrechtsansprüche geltend machen, beklagen sich über die drohende "Enteignung" und die Zerstörung der traditionellen Lebensweise, die überdies mit deutschen Steuergeldern finanziert wird. Die Münchner Organisation Pro REGENWALD fordert nun in einem Brief an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das Projekt nur dann weiter zu fördern, wenn sich die GTZ an strenge Auflagen hält und erhebliche Verbesserungen zugunsten der Regenwaldbewohner einführt.

Eine routinemäßige interne Überprüfung des Projektes hat nun selbst erhebliche Mängel festgestellt, auf die NROen schon seit Monaten vergeblich hingewiesen hatten. "Die Leute im Projektgebiet sind nicht einmal richtig gefragt worden", bestätigt Herr Zimmer vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) jetzt die Vorwürfe gegen das Projekt. "Ein Dialog mit den Leuten ist nicht richtig geführt worden." Das BMZ fördert das Projekt bisher mit mehreren Millionen Mark.

Doch auch die Verbesserungsvorschläge der GTZ-Experten ignorieren weiterhin die Interessen der im Gebiet lebenden Menschen. Die GTZ will wie geplant in Kooperation mit der sarawakischen Forstbehörde auf einer 170.000 Hektar großen Konzession des malaysischen Holzkonzerns Samling [1] schonendere Holzerntemethoden und Forstplanung erproben. Damit mißachtet sie die Tatsache, daß sich als rechtmäßige Besitzer der Region seit Jahrhunderten ansässige indigene Gruppen sehen, unter ihnen Kenyah, Kelabit und Penan. [2]

Internationales Aufsehen weckten insbesondere die Penan, die sich seit Beginn der 80-er Jahre vehement gegen den Holzeinschlag in ihrem Lebensraum gewehrt hatten. Um der Holzindustrie den Zugriff auf die Wälder zu ermöglichen, änderte die Regierung Sarawaks in den vergangenen Jahren das Gesetz zur Regelung der Landrechtsfrage: wer nicht binnen weniger Monate seine Ansprüche schriftlich hinterlegt hatte, verlor seinen Anspruch. Einige der betroffenen Dorfgemeinschaften wissen heute noch nicht von dieser umstrittenen Gesetzesänderung. Harrison Ngau, ein NRO-Vertreter aus der sarawakischen Stadt Miri, der Indigene bei Gerichtsverfahren unterstützt, kann bis heute nicht verstehen, warum die GTZ in dem umstrittenen Gebiet aktiv ist - zumal mehrere Verfahren anhängig sind, die die Samling-Konzession als verfassungswidrig erklären können.

Anstatt die traditionellen Landrechte der Bewohner entsprechend der BMZ-Grundsätze zu respektieren, ergreift die GTZ Partei für den Holzkonzern. Pro REGENWALD-Sprecher Laszlo Maraz: "Die GTZ verstößt damit nicht nur gegen BMZ-Richtlinien. Sie setzt sich dem Verdacht aus, daß deutsche Steuergelder dazu benutzt werden, die Landrechtsfrage zugunsten der Holzgeschäfte zu entscheiden."

Pro REGENWALD fordert vom BMZ, der Bevölkerung endlich angemessenes Mitspracherecht einzuräumen. Weitere Voraussetzung ist die Klärung der Landrechtsfrage. Zudem müssen für eine echte Partizipation im Rahmen des Projektes finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Die Betroffenen, örtliche Organisationen und Unterstützergruppen in Europa sind gezwungen, sich auf eigene Kosten in den Prozess einzubringen, oder - wie derzeit - gegen ein

Projekt zu wehren, das die Lebensgrundlage der indigenen Bevölkerung [3] und den Regenwald bedroht.

"Partizipation ist für die GTZ-Repräsentanten im FOMISS-Projekt offenbar ein Fremdwort. Die GTZ-Experten sind mit der Aufgabe, die Bevölkerung in ein solches Projekt einzubeziehen, völlig überfordert", so Maraz. Nach Aussagen von Betroffenen hat das Projektteam wiederholt versucht, die Bewohner durch Drohungen zur Zustimmung zum Projekt zu bewegen, indem sie die Menschen vor die Wahl stellte, nach dem Motto: "Entweder ihr macht mit, oder Samling holzt euren Wald sowieso ab." Erpressung statt Partizipation. Ein BMZ-Mitarbeiter sieht das anders: "Wir versuchen, den Penan eine Lebensgrundlage zu geben, denn Samling hat eine legale Lizenz für den Holzeinschlag. Die Fakten erpressen uns."

Die offensichtlichen Schwächen des Projektes sollen nun durch die Einstellung von zwei weiteren Mitarbeitern behoben werden. "Wir befürchten, daß diese wie eine Drückerkolonne durch die Dörfer ziehen sollen, um die Menschen umzustimmen," so Maraz.

Pro REGENWALD kritisiert in dem Brief an das BMZ darüber hinaus auch, daß sich das Projekt einseitig auf den Holzeinschlag im Urwald konzentriert, anstatt echte Entwicklungsmöglichkeiten mit und für die betroffenen Bevölkerungsgruppen zu suchen. "Wir sind entsetzt über die Vorgänge im Projektgebiet. Die FOMISS-Mitarbeiter müssen sich aufgeführt haben wie Kolonialherren vergangener Zeiten", sagt Maraz. Wollte man ein Projekt zugunsten der Waldbevölkerung durchführen, müßte man diese von Beginn in die Projektdiskussion einbinden. Stattdessen wurden bereits die Holzvorräte auf dem Land der Penan vermessen, ohne die Bewohner um Erlaubnis oder Kooperation zu fragen. Die Beschwerden der Menschen blieben ungehört. Sie fürchten weiterhin um ihre Zukunft.

### Ergänzungen:

[1] Samling wurde Anfang der 60-er Jahre von Datuk Yaw Teck Seng gegründet, der heute noch gemeinsam mit seinem Sohn Che Ming die Samling-Gruppe kontrolliert. Samling kontrolliert in Sarawak 1,5 Mio. Hektar Wald, und war in vergangenen Jahren auch in Guyana (1,69 Mio. Hektar) und Kambodscha (800.000 ha) tätig. Die Firma ist für ihre Raubbau-Praktiken berüchtigt. Analysten bezeichnen die Samling-Gruppe als die größte und die aggressivste Holzindustrie in Sarawak. Mehrere Blockaden auf Samling-Konzessionen in Sarawak sind dokumentiert und diverse Klagen der Ureinwohner gegen die Firma und die sie unterstützende Polizeikräfte an Gerichten anhängig.

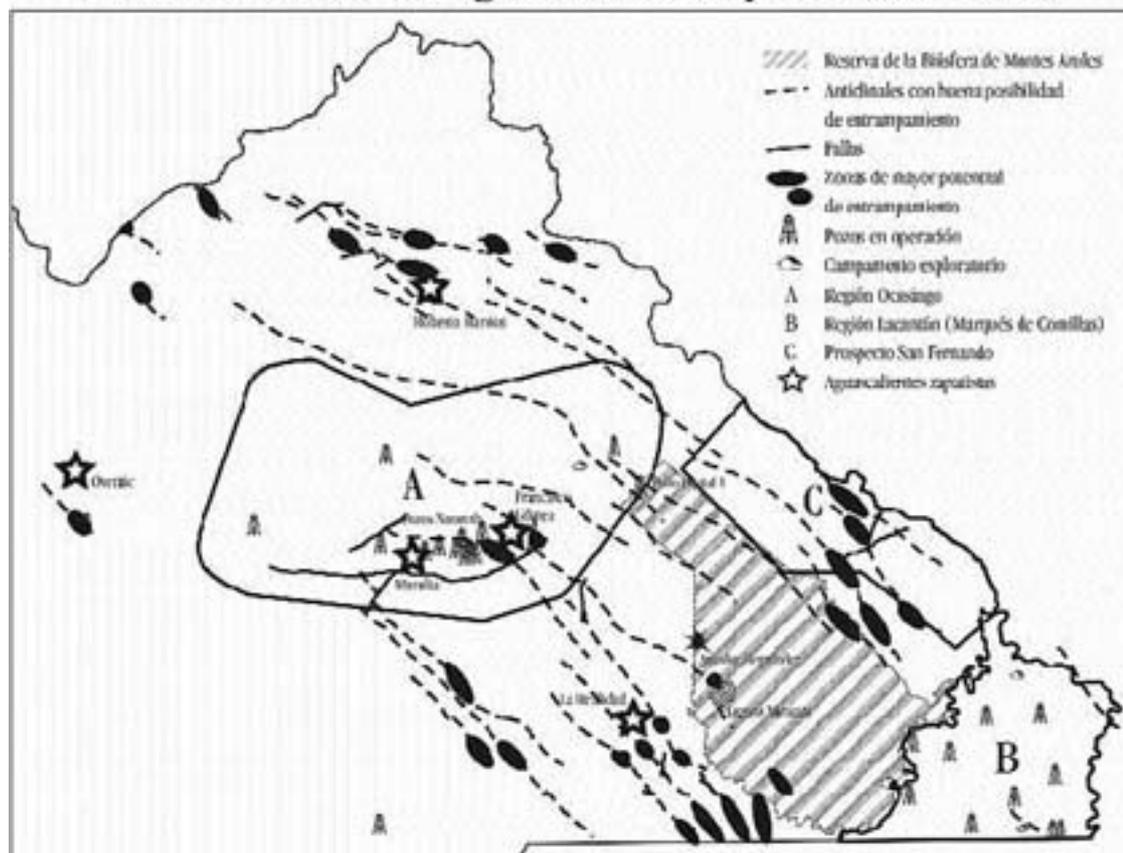
[2] Das bergige Projektgebiet ist eines der wichtigsten Wassereinzugsgebiete der Region, in dem nach Ansicht von Experten besser überhaupt kein Holzeinschlag stattfindet. Denn selbst bei schonenderen Einschlagsmethoden drohen Erdbeben und die Verschmutzung der Flüsse. Folgen davon sind sowohl die Verunreinigung des Trinkwassers für Bewohner in der Region als auch der drastische Rückgang der Fischbestände als Nahrungsquelle für die Waldbewohner.

[3] Die Holzfirmen sind besonders interessiert an den Meranti-Bäumen in den Wäldern Sarawaks. Diese werden bevorzugt für den Bau von Fenstern eingesetzt. Allerdings stellen die Samen der Bäume die wichtigste Nahrungsquelle der Wildschweine dar, welche die Einheimischen neben Fisch als wichtige Eiweißquelle nutzen. Wer die dicksten Merantibäume abholzt, nimmt der Bevölkerung die wichtigsten Nahrungsmittel.

Quelle: <http://www.pro-regenwald.de/> März 2004

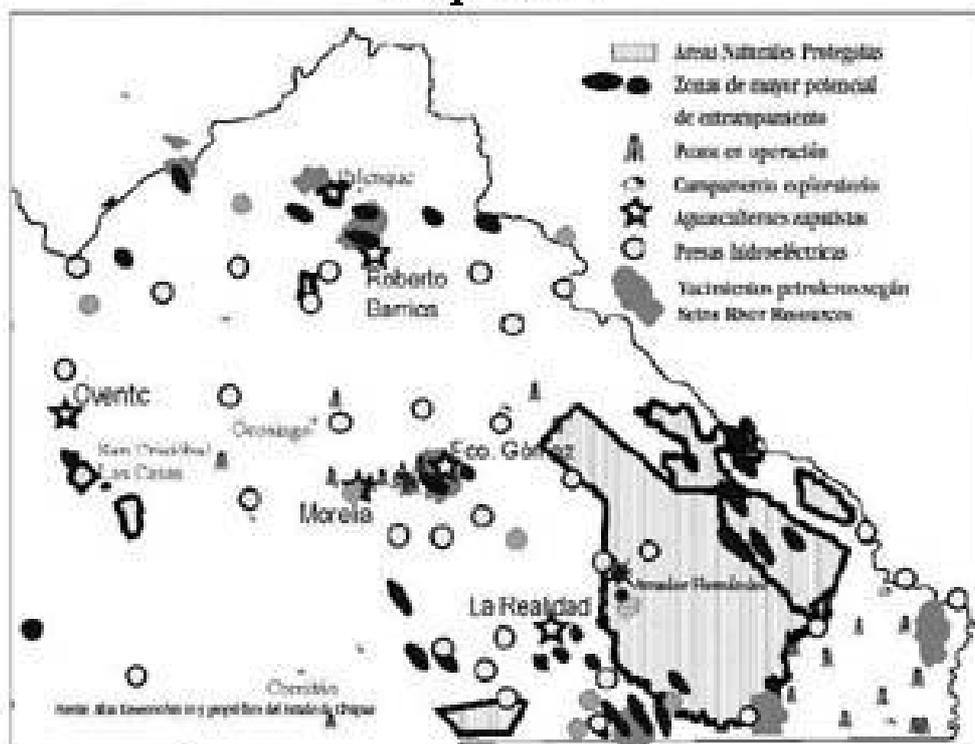
## MAPA 5

### Petróleo entre los Aguascalientes y Montes Azules



Fuente: Andrés Barrota, *Atlas geoeconómico y geopolítico del estado de Chiapas*, 1999

### Presas, Petróleo y Biodiversidad en las regiones Zapatistas



PREIS 2,- €

